

*Timo Wollmershäuser, Silvia Delrio, Clemens Fuest, Marcell Göttert, Christian Grimme, Carla Krolage, Stefan Lautenbacher, Robert Lehmann, Wolfgang Nierhaus, Andreas Peichl, Magnus Reif, Radek Šauer, Felix Schröter, Tobias Schuler, Marc Stöckli, Klaus Wohlrabe, Anna Wolf und Christoph Zeiner*

# ifo Konjunkturprognose 2017–2019: Deutsche Wirtschaft auf dem Weg in die Hochkonjunktur

Der Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit nunmehr 2013 befindet, hat sich merklich beschleunigt. Das ifo Institut rechnet mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,3% im laufenden, 2,6% im kommenden Jahr und 2,1% im Jahr 2019. Die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürfte im Prognosezeitraum spürbar zunehmen, und der Lohn- und Preisanstieg verstärkt sich. Damit befindet sich die deutsche Wirtschaft auf dem Weg in die Hochkonjunktur. Maßgeblich dazu beitragen wird die Industrie, die von den deutlich verbesserten Konjunkturaussichten im Euroraum und dem Rest der Welt profitiert und ihre Export- und Investitionstätigkeit spürbar ausweiten wird. Aber auch der private Konsum und die Bauwirtschaft werden weiterhin kräftig expandieren, wenn gleich sich ihr Beitrag etwas abschwächen wird.

## 1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

### 1.1. ÜBERBLICK

Die Weltwirtschaft befindet sich seit 2010 in einem Aufschwung, der mittlerweile die meisten Volkswirtschaften erfasst hat. Im Sommerhalbjahr 2017 ist das Expansionstempo merklich gestiegen und das reale Bruttoinlandsprodukt der Welt legte im zweiten und dritten Quartal mit Raten von jeweils 0,9% im Vergleich zum Vorquartal zu (vgl. Abb. 1.1 oben links). Wesentlicher Treiber des Aufschwungs ist die Industrieproduktion sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern (vgl. Abb. 1.1 oben rechts). Nach einer ausgeprägten Schwächephase in den Jahren 2015 und 2016 beschleunigte sie sich bis zum Frühsommer 2017 deutlich und weitet sich seitdem mit weitgehend unverändert hohen Zuwachsraten aus. Im selben Zeitraum gewann der weltweite Warenhandel an Dynamik. Vor allem die Schwellenländer trugen zu der Belebung bei; aber auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nahm der internationale Warenaustausch bis zuletzt beschleunigt zu (vgl. Abb. 1.1 unten links). Mit der Erholung bei der Industrieproduktion und dem Welthandel belebte sich auch die weltweite Investitionstätigkeit (vgl. Abb. 1.1 unten rechts).

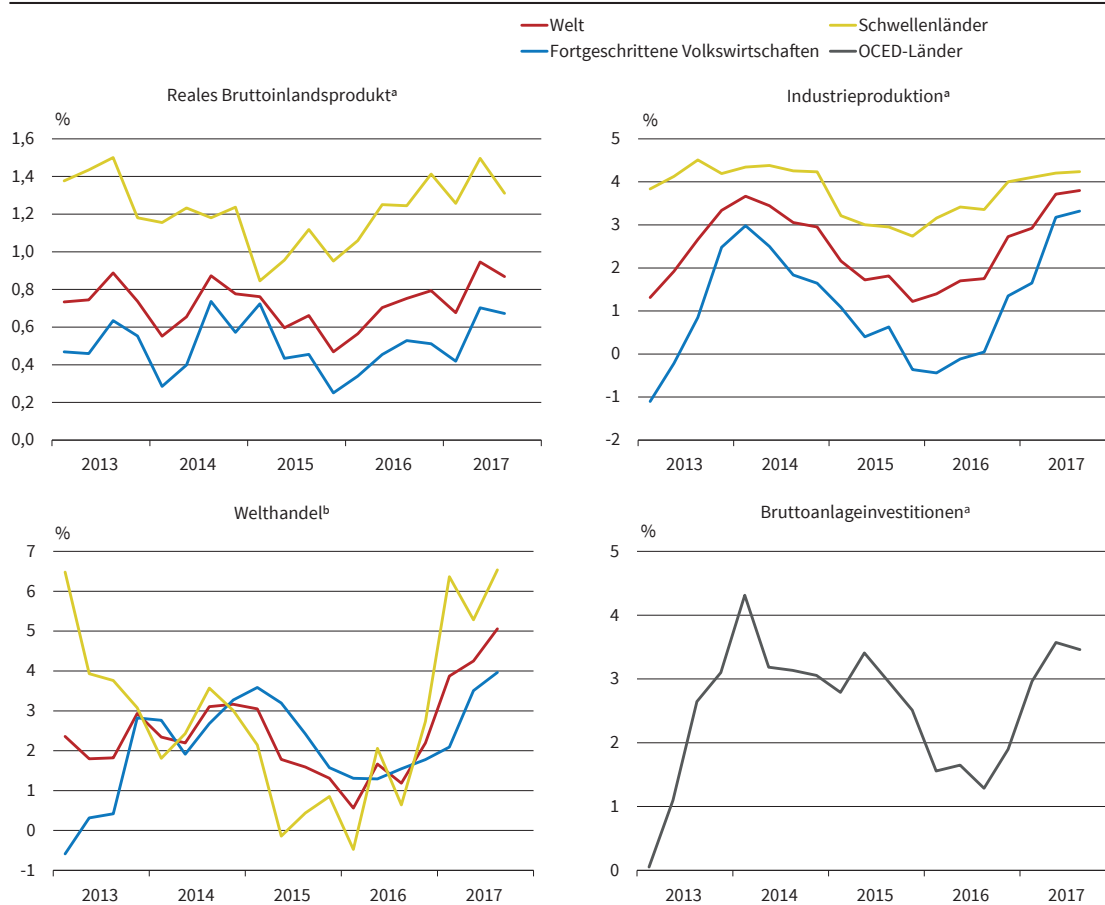
Zur Beschleunigung der konjunkturellen Dynamik dürfte beigetragen haben, dass eine Vielzahl von Risiken im Verlauf des Jahres an Bedeutung verloren haben. So ist der seit langem befürchtete Wachstums-

einbruch in China weiterhin ausgeblieben und die inländische Nachfrage erwies sich als robust. Auch die Umsetzung tiefgreifender wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den USA scheiterte bislang aus unterschiedlichen Gründen. Das Brexit-Votum führte zwar zu einer Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung im Vereinigten Königreich; das Abgleiten in eine Rezession oder ein Übergriff auf wichtige britische Handelspartner blieben aber bisher aus. In den Parlamentswahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland haben die europakritischen Parteien weniger an Stimmen gewonnen als befürchtet, so dass die Europäische Union nicht an politischer Stabilität verloren hat. All dies führte dazu, dass sich die Erwartungen von Unternehmen und Haushalten stärker aufgehellt haben als ursprünglich angenommen und sich die weltkonjunkturelle Dynamik verfestigen konnte.

Obwohl die Weltwirtschaft im Verlauf dieses Jahres bereits die Normalauslastung erreicht haben dürfte (vgl. Abb. 1.2 oben links), ist die Preisentwicklung allenfalls moderat (vgl. Abb. 1.2 oben rechts). Zwar nahm die Inflationsrate insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften seit 2015 kontinuierlich zu. Allerdings war dieser Preisschub weitgehend auf den Anstieg der Rohölpreise in diesem und im letzten Jahr zurückzuführen (vgl. Abb. 1.2 unten links), der auch Folge der weltweiten konjunkturellen Erholung gewesen sein dürfte. Die Kerninflationsraten, die den Anstieg der Verbraucherpreise unter anderem ohne Berücksichtigung der Energiekomponente messen, liegen in den OECD-Ländern seit län-

Abb. 1.1

## Indikatoren zur realwirtschaftlichen Entwicklung in der Welt



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

<sup>b</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat; CPB; OECD; IWF; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

gerem weitgehend unverändert bei 1,8% (vgl. Abb. 1.2 unten rechts).

Die weltweite Geldpolitik ist insgesamt noch expansiv ausgerichtet. So verharren die Leitzinsen im Euroraum, in Großbritannien und Japan weiter auf einem sehr niedrigen Niveau. Gleichzeitig weiten die Notenbanken dieser Länder die Zentralbankgeldmenge im Rahmen umfangreicher Wertpapierankaufprogramme stark aus. In China wurde die Geldpolitik im Verlauf des Jahres hingegen moderat gestrafft. Auch in den USA wurden bereits erste Zinsschritte nach oben unternommen und jüngst wurde begonnen, die Bilanzsumme schrittweise abzubauen durch geringere Reinvestitionen von fälligen Anleihen.

## 1.2. AUSBLICK

Anknüpfend an das starke Sommerhalbjahr 2017 dürfte die Weltwirtschaft auch im Winterhalbjahr 2017/18 mit überdurchschnittlichen Raten expandieren; allerdings dürfte sich die Dynamik etwas abschwächen (vgl. Abb. 1.3). Darauf deutet die Mehrzahl der weltweiten Stimmungskennzeichen hin. So hat sich das ifo Weltwirtschaftsklima seit dem zweiten Quartal nur noch leicht verbessert (vgl. Abb. 1.4

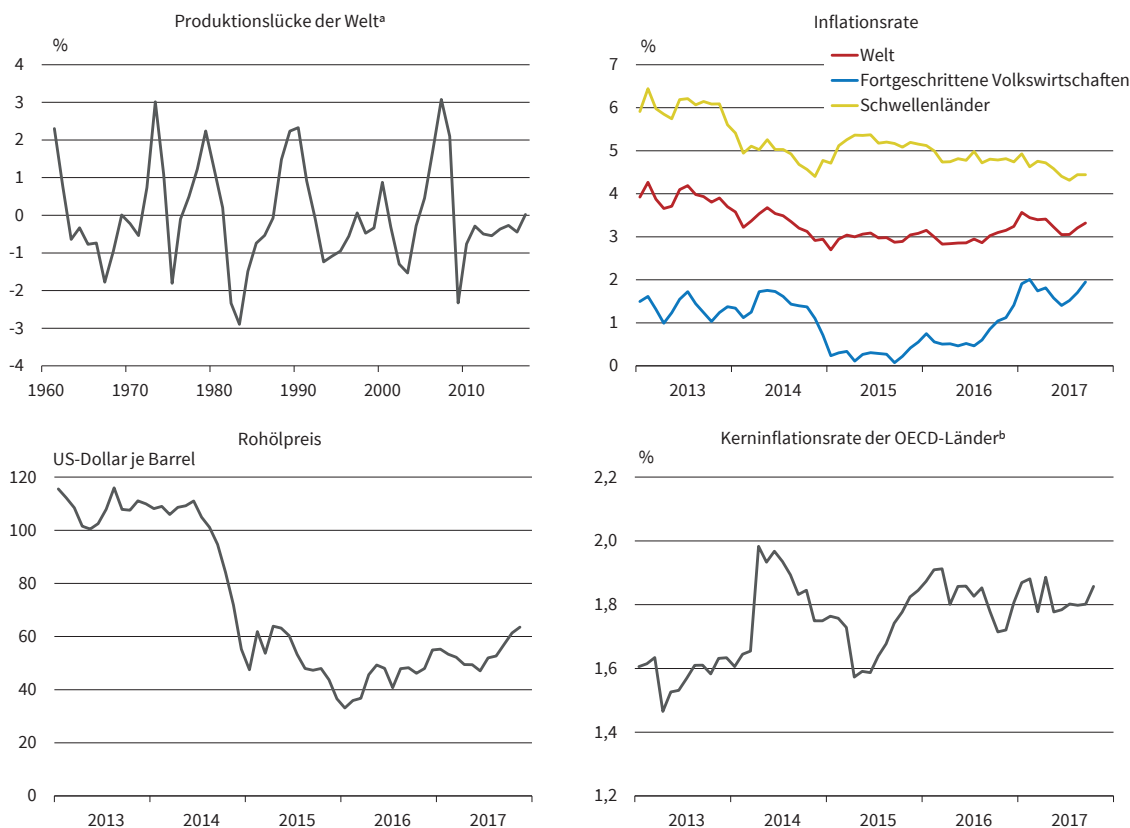
links); die Beurteilung der Lage ist zwar weiter aufwärtsgerichtet, die Erwartungen sind aber nicht mehr ganz so optimistisch wie noch im Sommer. Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs bewerten die Experten aller fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihre jeweilige Lage und Erwartung grundsätzlich aber weiter positiv (vgl. Abb. 1.5).<sup>1</sup> Die Entwicklung in den Schwellenländern ist etwas gemischer, deutet insgesamt aber auch auf ein positives Bild hin. In den rohstoffexportierenden Ländern Brasilien, Russland und Mexiko wird die Lage noch als negativ bewertet, die Einschätzungen werden aber zunehmend positiver. In China werden Lage und Erwartungen günstiger beurteilt also noch im Juli. Auch der seit August weitgehend unveränderte weltweite Einkaufsmanagerindex deutet auf keine weitere Beschleunigung der konjunkturellen Entwicklung hin (vgl. Abb. 1.4 rechts).

Auch im weiteren Verlauf dürfte sich der Aufschwung fortsetzen; die Zuwachsraten der globalen Produktion werden jedoch voraussichtlich etwas niedriger liegen als im Winterhalbjahr 2017/18. Zum einen spricht dafür, dass in vielen fortgeschrittenen Volks-

<sup>1</sup> Für eine detaillierte Analyse der Oktoberergebnisse des ifo Weltwirtschaftsklimas (vgl. Boumans et al. 2017).

Abb. 1.2

Indikatoren zur Preisentwicklung in der Welt



<sup>a</sup> 1960 bis 2017. Berechnung mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters (Glättungsparameter 100). 2017: Prognose des ifo Instituts.

<sup>b</sup> In Abgrenzung der OECD (ohne Lebensmittel und Energie).

Quelle: Weltbank; IWF; HWWI; OECD; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

wirtschaften die Kapazitäten wohl zunehmend ausgelastet sein werden. Zum anderen dürfte die chinesische Wirtschaft aufgrund des restriktiveren Kurses der Zentralbank und der starken Verschuldung des Unternehmenssektors etwas weniger stark expandieren. Dem gegenüber steht der wirtschaftliche Erholungsprozess in Indien und Brasilien, der in diesen Ländern für eine sich belebende Dynamik sorgt.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt in diesem Jahr mit 3,3% wohl deutlich stärker zulegen als noch im Jahr 2016. Diese Beschleunigung ist zu annähernd gleichen Teilen auf die Schwellenländer und die fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückzuführen (vgl. Tab. 1.1). In den kommenden beiden Jahren dürfte die Rate ähnlich hoch bei 3,3% bzw. 3,0% liegen. Damit wird der derzeitige Aufschwung

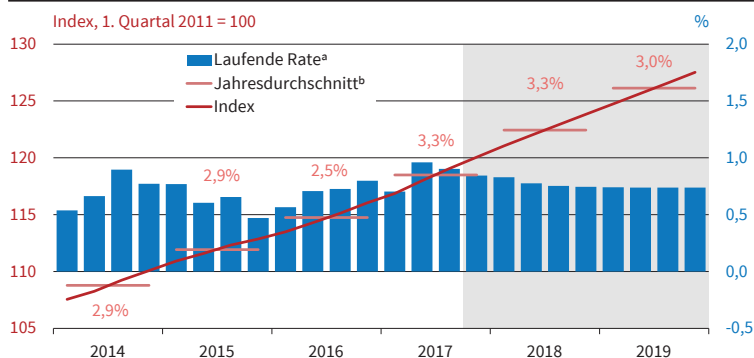
in der Weltwirtschaft der längste in der Nachkriegszeit werden. Im Vergleich zur Juniprognose 2017 des ifo Instituts wurden die Wachstumsraten nahezu aller Regionen für dieses Jahr um insgesamt 0,3 Prozentpunkte und für das kommende Jahr um 0,6 Prozentpunkte nach oben revidiert (vgl. Abb. 1.6 sowie Wollmershäuser et al. 2017).

Die Inflationsrate wird in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im laufenden Jahr wohl deutlich höher liegen als im Vorjahr. Das ist aber im Wesentlichen eine Folge des Energiepreisanstiegs. Unter Annahme realer Konstanz

Abb. 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt in der Welt

Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

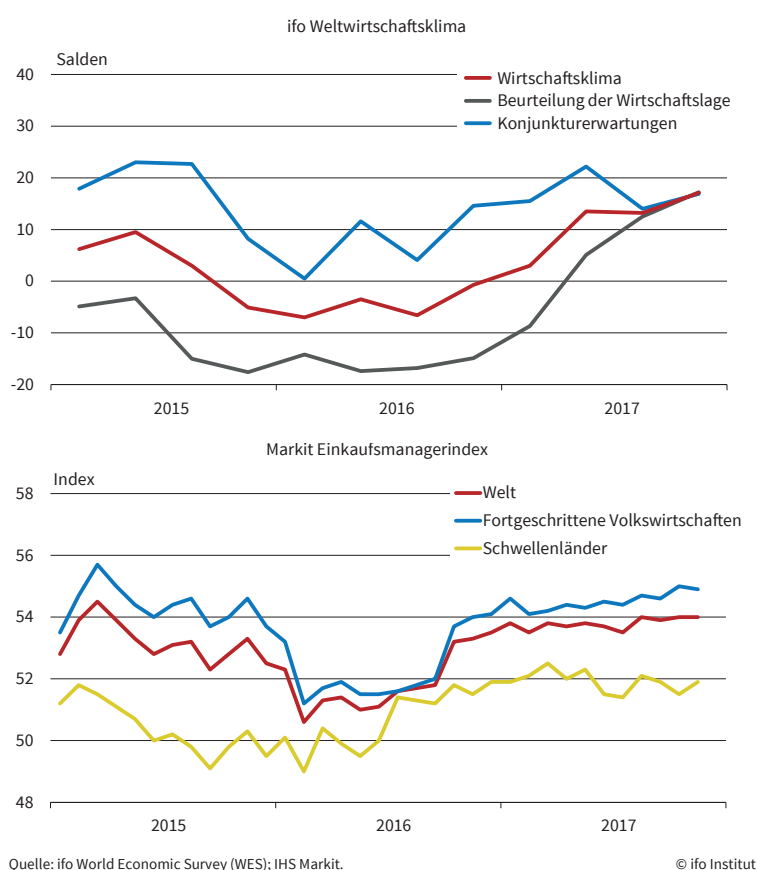
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; Berechnungen des ifo Instituts;

ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.4  
ifo Weltwirtschaftsklima und Markt Einkaufsmanagerindex



Quelle: ifo World Economic Survey (WES); IHS Markit. © ifo Institut

der Ölpreise im weiteren Prognosezeitraum dürften die positiven Impulse auf die Verbraucherpreise in den kommenden zwei Jahren wieder auslaufen. Die dynamisch expandierende Konjunktur führt aber zu einer zunehmenden Auslastung der Kapazitäten, so dass sich von dieser Seite sukzessive ein Aufwärtsdruck auf die Preise ergeben dürfte. In China liegt die Infla-

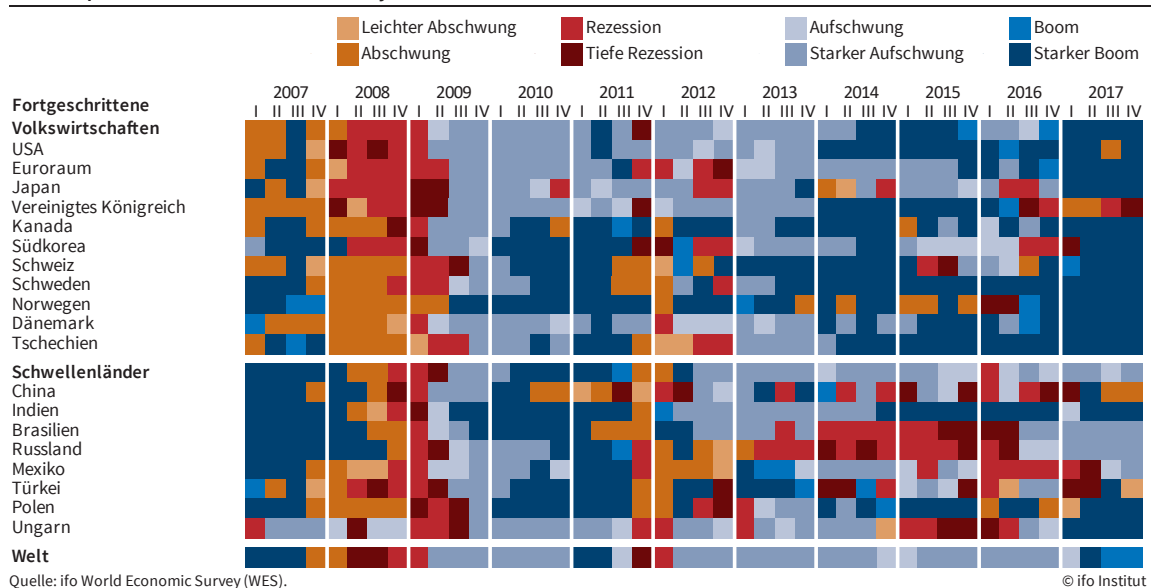
bzw. 3,9% expandieren. Damit nimmt der Welthandel mehr als doppelt so stark zu wie in den Jahren 2012 bis 2016.

Die stärkere Dynamik des Welthandels im Prognosezeitraum ist zum einen auf die Belebung der weltweiten Konjunktur zurückzuführen. Zum anderen dürfte die Elastizität des Welthandels, definiert als Ver-

tion im aktuellen Jahr etwas niedriger aufgrund der zu Jahresbeginn gefallen Lebensmittelpreise, die den Verbraucherpreisanstieg vorübergehend spürbar gebremst haben.

Der Welthandel wird die sehr hohe Dynamik des dritten Quartals (in Höhe von 1,4%) nicht halten können. Darauf deutet die Abschwächung wichtiger Frühindikatoren des internationalen Warenverkehrs hin (vgl. Abb. 1.7). So gingen der RWI/ISL-Containerumschlag-Index und die Welthandelserwartungen des ifo World Economic Surveys zuletzt nach mehreren, zum Teil kräftigen Anstiegen in Folge zurück. Mit laufenden Raten von jeweils 1,1% im vierten Quartal 2017 und im ersten Quartal 2018 sowie 1,0% im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird der Weltwarenhandel jedoch weiterhin ein wichtiger Treiber der internationalen Konjunktur bleiben. Insgesamt wird der internationale Warenaustausch in diesem Jahr preisbereinigt um 4,4% und in den kommenden beiden Jahren um 4,2%

Abb. 1.5  
Heatmap des ifo World Economic Survey



Quelle: ifo World Economic Survey (WES). © ifo Institut

Tab. 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt**

	Gewicht in % <sup>a</sup>	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
<b>Fortgeschrittene Volkswirtschaften</b>	<b>69,3</b>	<b>1,6</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>0,8</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>
USA	29,9	1,5	2,3	2,6	2,1	1,3	2,1	2,1	2,2
Euroraum	19,2	1,8	2,4	2,5	2,0	0,2	1,5	1,6	1,7
Japan	7,9	0,9	1,8	1,4	0,9	-0,1	0,4	1,0	1,4
Vereinigtes Königreich	4,2	1,8	1,6	1,4	1,2	0,7	2,7	2,6	2,2
Kanada	2,5	1,4	2,9	2,1	1,9	1,4	1,6	1,9	2,0
Südkorea	2,3	2,8	3,2	3,1	3,0	1,0	2,0	2,0	2,0
Schweiz	1,1	1,4	1,0	1,7	1,7	-0,4	0,5	0,6	0,7
Schweden	0,8	3,0	2,7	2,7	2,4	1,1	1,7	1,8	2,0
Norwegen	0,6	1,0	2,1	1,8	1,9	3,6	2,0	1,8	2,1
Dänemark	0,5	2,0	1,8	1,1	1,8	0,3	1,1	1,5	1,8
Tschechien	0,3	2,5	4,4	3,2	3,2	0,7	2,5	2,5	2,0
<b>Schwellenländer</b>	<b>30,7</b>	<b>4,9</b>	<b>5,6</b>	<b>5,6</b>	<b>5,5</b>	<b>3,5</b>	<b>2,7</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>
China	18,1	6,7	6,8	6,8	6,5	2,0	1,5	1,9	2,0
Indien	3,6	7,8	6,2	7,6	7,7	4,5	3,5	4,7	4,5
Brasilien	2,9	-3,5	1,1	1,9	2,3	8,7	3,6	4,0	4,2
Russland	2,1	-0,3	1,9	2,0	2,0	7,0	3,0	3,5	3,5
Mexiko	1,7	2,7	2,2	2,0	2,3	2,8	6,0	3,9	3,1
Türkei	1,4	3,2	6,8	4,2	4,0	7,8	10,8	9,6	8,9
Polen	0,8	2,9	4,5	3,5	3,2	-0,6	1,9	2,3	2,7
Ungarn	0,2	2,1	3,9	3,3	3,2	0,4	2,2	2,5	3,0
<b>Welt</b>	<b>100,0</b>	<b>2,5</b>	<b>3,3</b>	<b>3,3</b>	<b>3,0</b>	<b>1,6</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>
<i>nachrichtlich:</i>									
Welthandel, real <sup>b</sup>		1,4	4,4	4,2	3,9				
Annahmen									
Ölpreis \$/Barrel (Brent)		43,6	54,1	63,5	64,7				
Wechselkurs \$/€		1,1	1,13	1,19	1,19				

<sup>a</sup> Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar. <sup>b</sup> Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

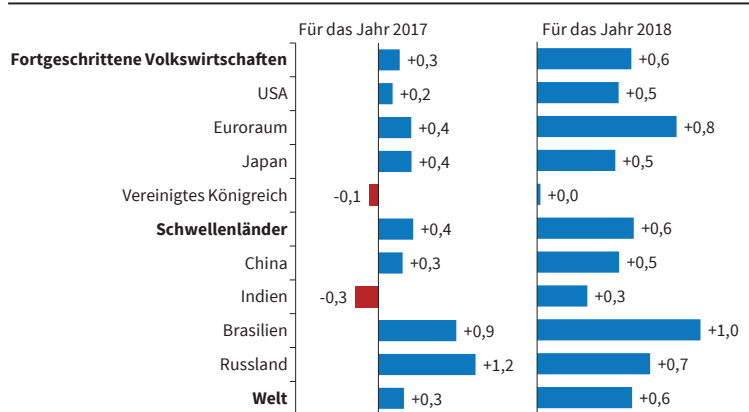
hältnis von Welthandel zu Weltproduktion, höher liegen als im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016.<sup>2</sup> Es ist zu beobachten, dass die Elastizität seit Mitte 2016 im Trend wieder etwas ansteigt. Dies dürfte darauf

zurückzuführen sein, dass sich seither auch die weltweite Investitionstätigkeit beschleunigte, die eine recht handelsintensive Komponente mit einem höheren Importanteil darstellt als beispielsweise Konsumgüter (vgl. Bussière et al. 2013 und Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2016, Kasten 5).

<sup>2</sup> Eine Analyse zum Rückgang der Elastizität zwischen 2012 und 2016 findet sich unter anderen in Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017b) und Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2016).

Abb. 1.6

**Revision der Prognose der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts**  
Differenz zur Prognose im Juni 2017; in Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

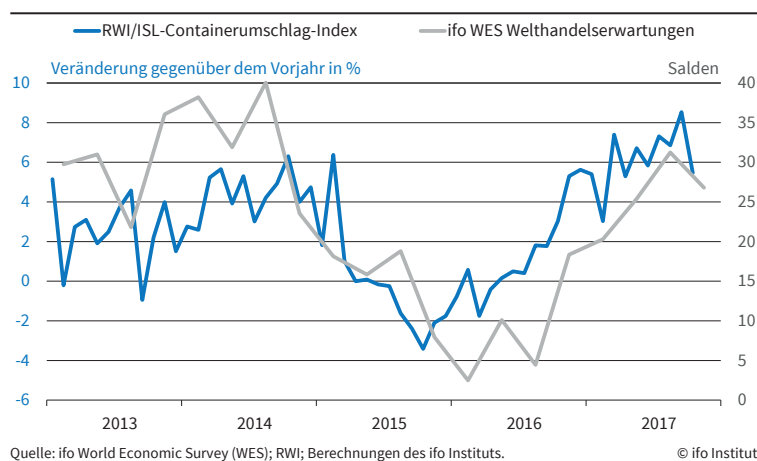
© ifo Institut

**1.3. RISIKEN**

Die Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung sind weitgehend ausgeglichen. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU nicht scheitern und es zu keinem »harten Brexit« kommt. Dieser hätte vor allem für Großbritannien, aber auch für die EU deutlich negative wirtschaftliche Effekte (vgl. Felbermayr et al. 2017). Würde der Handel in Zukunft auf Basis von WTO-Regeln erfolgen, so wäre das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf für das Vereinigte

Abb. 1.7

## Frühindikatoren des internationalen Warenverkehrs



Königreich langfristig um 1,4% niedriger, das der EU um 0,25%.

Ein weiteres Risiko für die Weltwirtschaft stellt die Entwicklung in China dar. Dort hat sich die Verschuldung im Unternehmenssektor in den vergangenen Jahren massiv ausgeweitet und befindet sich jetzt auf einem im internationalen Vergleich sehr hohen Niveau. Dadurch erhöht sich das Finanzstabilitätsrisiko in China, zum Beispiel infolge einer schneller als ursprünglich erwarteten Normalisierung der US-amerikanischen Geldpolitik, die zu einem verstärkten Kapitalabfluss aus China führen könnte.

Zu den Auswirkungen der geplanten Steuerreform in den USA<sup>1</sup>

Kern der US-Steuerreform ist eine Einkommensteuersenkung. Der Spitzensteuersatz sinkt von 39,6% auf 38,5%. Der Spitzensatz wird aber erst ab 1 Mio. US-Dollar Einkommen erhoben statt bislang oberhalb von 427 000 US-Dollar. Der Grundfreibetrag wird erhöht und der Steuertarif insgesamt abgeflacht. Dennoch werden vor allem Bezieher hoher Einkommen profitieren. Die durchschnittliche Entlastung für alle Steuerzahler wird bei 1,2% des Nettoeinkommens liegen, die 1% mit den höchsten Einkommen gewinnen 4,5%. Bei diesen Zahlen sind eventuelle Wachstumseffekte der Reform ebenso wenig einberechnet wie die Folgen künftiger Ausgabenkürzungen oder künftiger Steuererhöhungen, die durch das entfallende Steueraufkommen erforderlich werden könnten.

Die Unternehmensbesteuerung soll von 35% auf 20%, vielleicht auch nur auf 22% gesenkt werden. Hinzu kommt eine Sofortabschreibung von Investitionsgütern. Im Ausland erzielte Gewinne amerikanischer Unternehmen werden von der US-Besteuerung freigestellt. Bislang waren diese Gewinne steuerpflichtig, wenn sie in die USA überwiesen wurden. Zwar wurden im Ausland gezahlte Steuern auf die inländische Steuerschuld angerechnet, aber wegen des hohen US-Steuersatzes lohnte es sich, das Geld erst einmal im Ausland liegen zu lassen. Bis Ende 2016 hatten US-Unternehmen nach Schätzungen 1 300 Mrd. Euro im Ausland gehortet. Außerdem haben immer mehr US-Firmen ihren Sitz ins Ausland verlegt, um der US-Besteuerung ganz zu entgehen. Im Rahmen der Steuerreform sollen die im Ausland gehorteten Gewinne einer einmaligen Besteuerung unterworfen werden, egal ob sie in die USA überwiesen werden oder nicht. Künftige Auslandsgewinne sollen in den USA von der Besteuerung freigestellt werden. Damit folgen die USA einem globalen Trend. Großbritannien etwa hat 2009 die Besteuerung von Auslandsgewinnen abgeschafft, in Deutschland und in den meisten anderen OECD-Staaten sind diese Gewinne von der heimischen Besteuerung freigestellt. Die Reform sieht allerdings nicht nur Erleichterungen vor, sondern auch Verschärfungen. Vor allem wird die Abzugsfähigkeit von Zinsen eingeschränkt, um Steuervermeidung durch Fremdkapitalfinanzierung zu verhindern.

Drei Aspekte dieser Unternehmensteuerreform sind hervorzuheben. Erstens hat die US-Regierung ihre ursprünglichen Pläne aufgegeben, eine bestimmungslandorientierten Unternehmensbesteuerung einzuführen. Das wäre ein radikaler Systemwechsel gewesen, bei dem die Unternehmensbesteuerung Ähnlichkeiten mit der Mehrwertsteuer aufweist (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2017a, S. 18–19). Der Umstellungsaufwand und die mit dem Systemwechsel verbundene Unsicherheit waren offenbar zu groß. Zweitens folgt die US-Regierung mit dieser Reform dem international seit langer Zeit dominierenden Trend zu niedrigeren Steuersätzen, der Freistellung von Auslandsgewinnen und unilateralen Maßnahmen gegen Gewinnverlagerung mit dem Ziel der Steuervermeidung. Drittens wird diese Reform den internationalen Steuerwettbewerb dramatisch verschärfen. Durch die Kombination aus massiver Steuersatzsenkung und der Verbesserung steuerlicher Abschreibungen entstehen erhebliche Anreize, Investitionen in die USA zu verlagern. Andere Industriestandorte, auch Deutschland, werden reagieren müssen, um attraktiv zu bleiben. Unter Druck gesetzt, werden außerdem Steueroasen, die bislang gut davon leben, dass US-Unternehmen Anreize hatten, die hohe Gewinnbesteuerung zu Hause zu vermeiden.

Als Folge der US-Steuerreform dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt zumindest vorübergehend durch wachsende Investitionen und steigende Konsumausgaben sowie einem erhöhten Arbeitsangebot stimuliert werden. Die Höhe dieser Effekte ist aber umstritten. Der US-Senat rechnet mit eher verhaltenen Wirkungen (vgl.



Joint Committee on Taxation 2017). Demnach soll das reale Bruttoinlandsprodukt in den nächsten zehn Jahren um durchschnittlich 0,8% höher liegen, als es ohne die Reform erreichbar wäre. Eine andere Studie kommt zu dem Schluss, dass sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,7% bzw. 0,6% in den Jahren 2018 und 2019 und um jeweils 0,4% bis 0,5% in den Jahren bis 2025 erhöhen dürfte (vgl. Tax Policy Center 2017). Optimistischer ist eine Studie der US Tax Foundation, die einen langfristigen Anstieg des US-Bruttoinlandsprodukts um 3,7% erwartet (vgl. Tax Foundation 2017). Der Unterschied zu den ersten beiden Schätzungen erklärt sich vor allem daraus, dass diese Studie stärkere Investitionseffekte und einen langsameren Zinsanstieg erwartet.

Die erwarteten Steueraufkommensverluste hängen maßgeblich von den prognostizierten Wachstumseffekten der Steuerreform ab. Nach den Schätzungen des US-Senats wird nur etwa ein Sechstel der Steuersenkung durch Wachstumseffekte ausgeglichen; unter dem Strich bleibt ein Anstieg des staatlichen Defizits, der im Jahr 2020 mit 207 Mrd. US-Dollar seinen Höhepunkt erreicht; das Tax Policy Center geht von 231 Mrd. US-Dollar im Jahr 2020 aus. Zum Vergleich: 2016 lag das gesamte Haushaltsdefizit bei 550 Mrd. US-Dollar, bei Steuereinnahmen von etwa 3 000 Mrd. Dollar. Bei dem deutlich optimistischeren Wachstumsschub, den die US Tax Foundation erwartet, wäre die Reform nach vorübergehenden Aufkommensverlusten langfristig selbstfinanzierend.

Kurzfristig wird der positive Konjunkturimpuls die Exporte in die USA und damit die Weltwirtschaft wohl beleben. Davon wird auch die deutsche Wirtschaft profitieren. Gleichzeitig wird Europa auf den verstärkten Steuerwettbewerb reagieren und die Unternehmenssteuern weiter senken müssen. Die USA befinden sich zurzeit in einem Aufschwung. In diesem Umfeld führt eine groß angelegte Steuersenkung zu einem verstärkten Aufwärtsdruck bei den Preisen, so dass sich die amerikanische Notenbank gezwungen sehen kann, ihre Geldpolitik früher als erwartet zu straffen und die Zinsen schneller anzuheben. Dadurch würde ein Teil der positiven Effekte der Steuerreform zurückgenommen werden. Gleichzeitig würde sich der Zinsabstand zwischen den USA und dem Rest der Welt vergrößern, was einerseits zu verstärkten Kapitalverschiebungen in Richtung USA führen und andererseits die Zentralbanken weltweit zwingen würde, ihre Zinsen früher als erwartet anzuheben.

<sup>1</sup> Dieser Kasten basiert auf einem Beitrag von Fuest (2017).

Ein schnelleres Anheben der Leitzinsen in den USA könnte eine unmittelbare Folge der derzeit zwischen dem Senat und dem Repräsentantenhaus verhandelten Steuerpläne der US-Regierung sein. Diese stellen für die vorliegende Konjunkturprognose ein signifikantes Aufwärtsrisiko dar, da die US-Konjunktur durch die beabsichtigten Steuersenkungen zumindest kurzfristig deutlich stimuliert werden könnte. Gleichzeitig dürfte aber auch die Staatsverschuldung in den USA stark zunehmen, was für sich genommen zu einem Anstieg der weltweiten Kapitalnachfrage und damit der Kapitalmarktzinsen führen dürfte (vgl. Kasten »Zu den Auswirkungen der geplanten Steuerreform in den USA«).

Die Risiken im Euroraum werden im Abschnitt zur »Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum« diskutiert.

## 2. Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum

### 2.1. EURORAUM AUF STARKEM UND STABLEM EXPANSIONSKURS

Die Wirtschaft im Euroraum befand sich im Sommer 2017 weiterhin auf einem starken und stabilen Expansionskurs. Das reale Wirtschaftswachstum lag im dritten Quartal bei 0,6% gegenüber dem Vorquartal, nach 0,7% im zweiten und 0,6% in den beiden Quartalen zuvor. Der Aufschwung im Euroraum hat sich damit gefestigt. Getragen wurde er maßgeblich durch den

privaten Konsum und die privaten Investitionen, die von einer verbesserten Lage auf den Arbeitsmärkten der Mitgliedstaaten und besseren Kreditvergabebedingungen profitierten. Die Exporte leisteten ab Ende 2016 ebenfalls einen bedeutenden Beitrag, was auf eine verstärkte Auslandsnachfrage in wichtigen Absatzmärkten zurückgeführt werden kann. Zur starken Expansion trugen alle Mitgliedstaaten bei, wobei die Geschwindigkeit weiterhin variiert. Unter den vier größten Volkswirtschaften verzeichneten Spanien und Deutschland in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres im Durchschnitt die höchsten Expansionsraten (jeweils 0,8%), gefolgt von Frankreich (0,6%) und Italien (0,4%).

Die Arbeitslosenquote im Euroraum lag im Oktober bei 8,8% und war damit einen Prozentpunkt niedriger als ein Jahr zuvor. Das Beschäftigungswachstum beschleunigte sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr und erreichte zuletzt Zuwächse von durchschnittlich 0,4% (Q2) gegenüber dem Vorquartal. Wenngleich die Arbeitslosenquote in allen Mitgliedstaaten zurückging, bestehen weiterhin große Unterschiede im Niveau. In Spanien waren im Oktober 16,7% der Erwerbspersonen als arbeitslos registriert, während die Quoten in Deutschland (3,6%) und den Niederlanden (4,5%) sehr viel niedriger waren. Italien und Frankreich rangierten im Mittelfeld, mit im Vorjahresvergleich leicht gesunkenen Raten von 11,1% und 9,4%.

Die Inflationsrate im Euroraum stieg im ersten Quartal 2017 auf 1,8%, bevor sie sich in den folgenden beiden Quartalen auf jeweils 1,5% abschwächte. Dass diese Entwicklung vor allem auf Energiepreiseffekte zurückgeht, wird anhand des gegenläufigen Trends der

sogenannten Kernrate der Inflation deutlich. Diese um Energiepreisänderungen bereinigte Rate erhöhte sich im selben Zeitraum von 0,8% im ersten Quartal 2017 auf 1,2% und 1,3% im zweiten und dritten Quartal. Im langfristigen Vergleich sind diese Raten allerdings immer noch niedrig. Auch beim Tempo der Preissteigerungen gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten des Euroraums. Während die Inflationsrate in Deutschland und Spanien infolge der stärkeren konjunkturellen Dynamik über dem Euroraum-Durchschnitt lag, war der Preisauftrieb in Italien und Frankreich vergleichsweise moderat.

**2.2. FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN WEITERHIN SEHR GÜNSTIG**

Die Europäische Zentralbank entschied in ihrer Ratsitzung im Oktober 2017 über die weitere Gestaltung des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Program, APP). Demnach werden die monatlichen Anleihekäufe in Höhe von 60 Mrd. Euro bis Ende Dezember 2017 fortgeführt. Ab Januar 2018 erfolgt die Fortsetzung des Programms bei einem monatlichen Volumen von 30 Mrd. Euro bis mindestens Ende September 2018. Bis Ende November stellte die Europäische Zentralbank den Geschäfts-

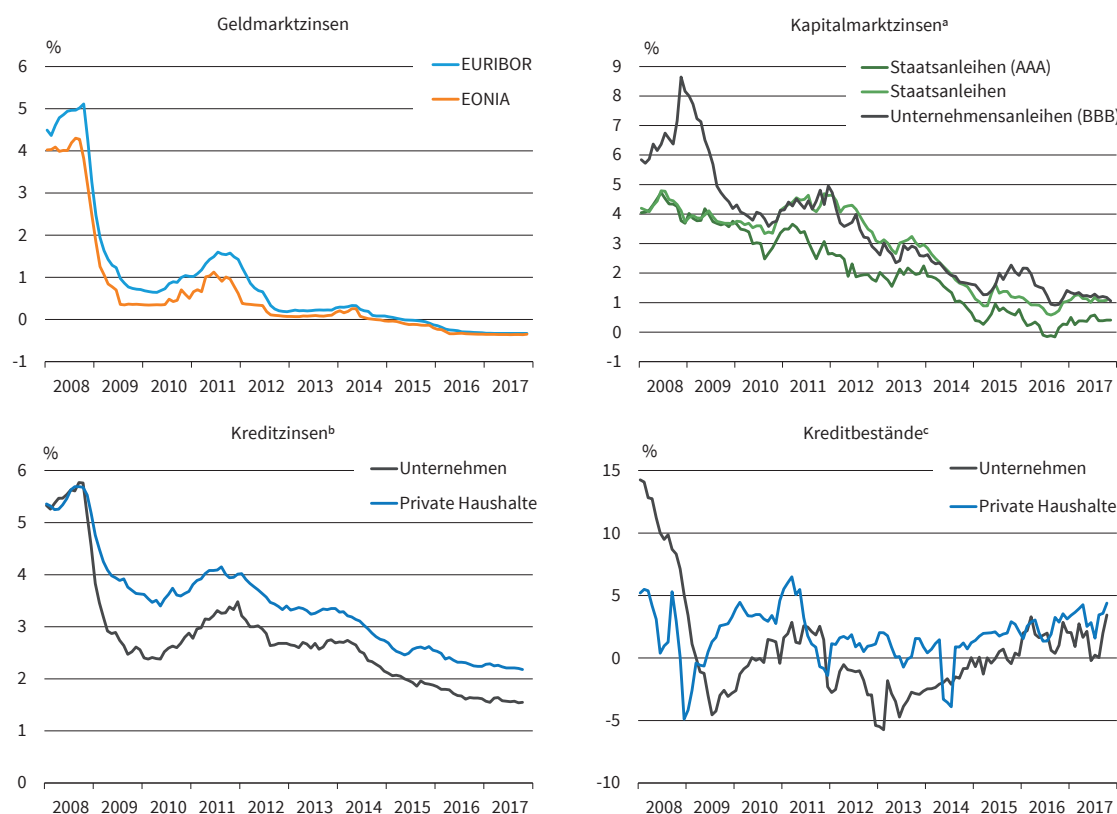
banken im Rahmen des APP nunmehr Zentralbankgeld in Höhe von 2 243 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Europäische Zentralbank beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0%, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und den Einlagesatz bei - 0,4%.

Mit dem anhaltenden Liquiditätsüberschuss des Bankensystems blieben die Geldmarktzinsen für Tagesgeld (EONIA) und Dreimonatsgeld (EURIBOR) unter - 0,3% und somit nahe dem Einlagesatz (vgl. Abb. 2.1). Die Kapitalmarktzinsen stabilisierten sich weiter auf niedrigem, leicht positivem Niveau und lagen im November für 10-jährige Anleihen von Staaten höchster Bonität (AAA) bei 0,4%. Die Zinsen für Unternehmensanleihen mittlerer Bonität (BBB) verharrten auf dem durchschnittlichen Niveau der Staatsanleihen im Euroraum.

Die Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen und Immobilienkredite sind seit Sommer weitgehend unverändert geblieben und lagen im November bei 1,6% bzw. 2,2%. Das ausstehende Volumen an Immobilienkrediten legte mit annualisierten Verlaufs-raten von 4,4% weiterhin deutlich zu und Unternehmenskredite expandierten nunmehr mit deutlich stärkeren 3,4%.

Insgesamt sind die Finanzierungsbedingungen im Euroraum weiterhin sehr günstig. Insbesondere

Abb. 2.1  
Zur monetären Lage im Euroraum



<sup>a</sup> Unternehmensanleihen = Zinsen für Anleihen von Unternehmen mit mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von 10 Jahren. Staatsanleihen = durchschnittliche Zinsen für Staatsanleihen von allen Ländern des Euroraums bzw. von Ländern mit höchster Bonität (AAA); Restlaufzeit 10 Jahre; BIP-gewichtete Durchschnitte.  
<sup>b</sup> Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte (Immobilienkredite).  
<sup>c</sup> Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (Immobilienkredite) (Gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in % (annualisiert), saisonbereinigt).  
 Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.



die Kreditvergabebereitschaft der Banken hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Aus den Befragungen von Banken (Bank Lending Survey) ergaben sich günstige Finanzierungsbedingungen für Nichtbanken, wobei die Vergabebedingungen für Haushalte (Immobilien- und Konsumentenkredite) noch einmal gelockert wurden. Wettbewerbsdruck, die Risikoeinschätzung der Banken und Refinanzierungskosten führten auch zu einer Lockerung der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, wohingegen die Bereitschaft der Banken, Risiken einzugehen, abnahm und daher einen straffenden Einfluss hatte. Die kleinen und mittleren Unternehmen berichteten in der SAFE-Umfrage (Survey on the Access to Finance of Enterprises) ebenfalls von einem verbesserten Zugang zu Fremdfinanzierungsmitteln und dies nunmehr auch in Ländern, die stärker von der Finanz- und Eurokrise betroffen waren.

Im Prognosezeitraum wird die Europäische Zentralbank ihren Expansionskurs fortsetzen. Während die Leitzinsen bis Mitte 2019 auf dem derzeitigen Niveau bleiben dürften, wird das Volumen der Wertpapierkäufe Anfang 2018 von durchschnittlich 60 Mrd. Euro monatlich auf durchschnittlich 30 Mrd. Euro monatlich zurückgeführt. Für die Zeit nach September 2018 wird eine weitere Reduktion der Wertpapierankäufe durch die Europäische Zentralbank erwartet, bevor diese spätestens Anfang 2019 auf null reduziert werden dürften (vgl. Abschnitt »Zur Geldpolitik der Europäischen Zentralbank«). Vor diesem Hintergrund dürften im Prognosezeitraum die Kapitalmarktzinsen allmählich wieder steigen.

**2.3. FINANZPOLITIK WEITERHIN EXPANSIV**

Nach der Konsolidierungsphase der Jahre 2011 bis 2014 ist der finanzpolitische Kurs im Euroraum seit 2015 wieder gelockert worden. Zwar hat sich die durchschnittliche Neuverschuldung der Mitgliedstaaten seit den Krisenjahren 2009/2010 kontinuierlich verringert und lag im vergangenen Jahr bei 1,5% des Bruttoinlandsprodukts. Seit 2015 ist diese Verbesserung jedoch nur zustande gekommen, da es zu Mehreinnahmen bzw. Minder Ausgaben kam, die einerseits im Zusammenhang mit der konjunkturellen Erholung standen und andererseits Folge der Nullzinspolitik der EZB waren.

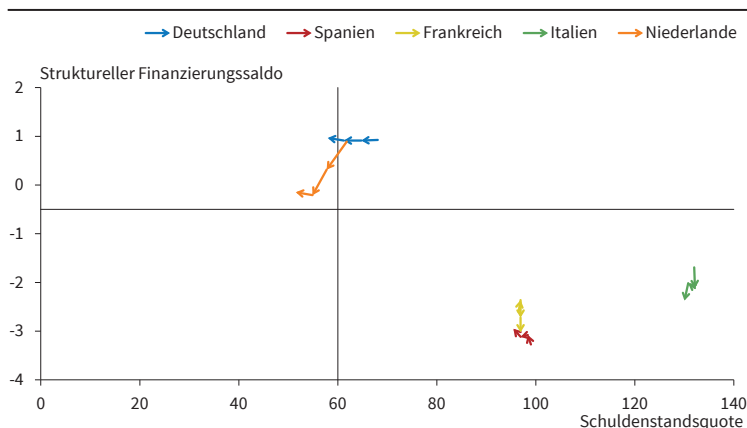
Bereinigt man den Finanzierungssaldo um die konjunkturellen Effekte und die Zinszahlungen auf die bestehenden Staatsschulden, verschlechterte sich dieser sogenannte strukturelle Primärsaldo seit 2015 wieder. Nach Schätzung der EU-Kommission lag

der auf diese Weise gemessene expansive fiskalische Impuls in den vergangenen beiden Jahren bei jeweils 0,2 Prozentpunkten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.<sup>3</sup> Die größten Impulse gingen dabei im Jahr 2016 von Spanien (1,1 Prozentpunkte), Italien (1,1 Prozentpunkte) und Österreich (1,0 Prozentpunkte) aus. Auch in Deutschland verschlechterte sich der Primärüberschuss um 0,1 Prozentpunkte, während die Finanzpolitik in den Niederlanden und in Griechenland restriktiv ausgerichtet war.

Im Prognosezeitraum dürfe sich der lockere finanzpolitische Kurs im Euroraum fortsetzen. Zwar ist eine Vielzahl von Ländern weit davon entfernt, die Regeln des europäischen Fiskalpaktes, insbesondere im Hinblick auf die Schuldenstandsquote (maximal 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und das strukturelle Finanzierungsdefizit (maximal 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), auch nur annähernd einzuhalten (vgl. Abb. 2.2). Allerdings zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre, dass diese Fiskalregeln – unter anderem auch aufgrund der wohlwollenden Haltung der EU-Kommission gegenüber Verstößen von Mitgliedstaaten – wenig disziplinierende Wirkung entfalten. Deshalb dürfen nach jüngsten Schätzungen der EU-Kommission in diesem und in den nächsten beiden Jahren nur sieben von 19 Mitgliedstaaten das Defizitziel erreichen. Im Schnitt über alle Länder wird sich das strukturelle Finanzierungsdefizit wohl leicht auf 1,1% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen (nach 1,0% in den Jahren 2014 bis 2016). Dabei dürfen sich insbesondere in den hoch verschuldeten Ländern die strukturellen Finanzierungsdefizite bis 2018 noch vergrößern und damit die Rückführung der Schuldenstandsquoten auf die lange Bank geschoben werden. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden geldpolitischen Normalisierung und des damit einhergehenden Anstiegs der Kapitalmarktzinsen könnten einige Länder erneut unter Druck geraten.

<sup>3</sup> Bei der Schätzung der strukturellen Salden bereinigt die EU-Kommission die Finanzierungssalden zudem um einmalige und sonstige befristete Maßnahmen. Dazu zählen z.B. Verkaufserlöse oder Aufwendungen zur Bankenrettung.

Abb. 2.2  
Einhaltung europäischer Fiskalregeln (2016–2019)



Quelle: EU-Kommission; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

## 2.4. AUSBLICK

Die konjunkturellen Frühindikatoren bleiben für den Euroraum übereinstimmend positiv und weisen auf eine Fortsetzung des Aufschwungs im Prognosezeitraum hin. Konsumenten- und Unternehmensvertrauen setzen ihren Aufwärtstrend, getragen von geringen gesamtwirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten, fort. Verbesserungen der Lage am Arbeitsmarkt und bei den Kreditvergabekonditionen dürften die Inlandsnachfrage weiter anregen, während der positive Ausblick der Weltwirtschaft für eine steigende Exportnachfrage sorgt. Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen und eine geringere Unsicherheit fördern Unternehmensinvestitionen, die aufgrund der zunehmenden Kapazitätsauslastung weiter steigen dürften.

Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wird daher im Schlussquartal 2017 wohl um 0,7% gegenüber dem Vorquartal zulegen; im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich damit in diesem Jahr ein durchschnittlicher Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Höhe von 2,4%. Im kommenden Jahr dürften die Expansionsraten hoch bleiben. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,5%, bevor sich die Dynamik im Jahr 2019 etwas auf 2,0% abschwächt (vgl. Abb. 2.3 und Tab. 2.1). Die Produktionslücke dürfte bereits seit Herbst 2017 geschlossen sein und sich bis zum Ende des Prognosezeitraums weiter auf voraussichtlich 1,0% in Relation zum Produktionspotenzial öffnen.

Die wirtschaftliche Erholung erfasst nunmehr alle Mitgliedstaaten und somit dürften die Unterschiede in den Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts im Ländervergleich geringer werden (vgl. Tab. 2.2.). Die Expansionsgeschwindigkeiten von Deutschland und Frankreich werden sich wohl nach 2,6% bzw. 1,8% im

Jahr 2017 im nächsten Jahr beschleunigen (auf 2,7% bzw. 1,9%) und 2019 wieder leicht zurückgehen (auf 2,1% bzw. 1,6%). Unter den vier größten Volkswirtschaften hat Spanien die besten Wachstumsaussichten (3,1%, 3,0% und 2,2% in den Jahren 2017, 2018 und 2019). Die erwarteten Expansionsraten Italiens bleiben weiterhin unter denen des Euroraums zurück (1,6% im Jahr 2017 sowie 1,3% und 1,2% in den Jahren danach).

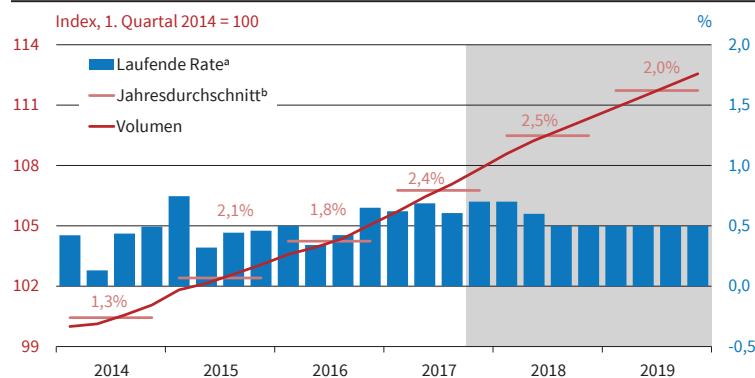
Im Vergleich zum Stand von Juni 2017 wurden alle Wachstumsprognosen für das laufende Jahr nach oben revidiert, mit der Ausnahme Spaniens, für das die Prognose geringfügig um 0,1 Prozentpunkte nach unten angepasst wurde. Für die Jahre 2017 und 2018 wurden die prognostizierten Expansionsraten für den Euroraum um 0,3% bzw. 0,8% erhöht. Die Prognosen für die vier größten Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) wurden für 2017 im Durchschnitt um 0,3% und für 2018 in Durchschnitt um 0,6% angehoben (vgl. Abb. 2.4).

Die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt dürften sich voraussichtlich verbessern und die Arbeitslosenquote dürfte weiter sinken. Nach voraussichtlich 9,1% im laufenden Jahr, dürften im nächsten Jahr 8,2% und im Jahr 2019 7,5% der Erwerbstätigen als arbeits-

Abb. 2.3

### Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. <sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.  
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts;  
ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 2.1

### Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2016	2017	2018	2019
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % <sup>a</sup>			
Private Konsumausgaben	1,9	1,6	1,6	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,1	1,2	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	4,5	4,0	4,4	3,4
Inländische Verwendung	2,3	2,2	2,2	2,0
Exporte	3,3	4,8	4,2	3,5
Importe	4,7	4,7	4,4	3,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,8	2,4	2,5	2,0
Arbeitslosenquote <sup>a</sup> (in % der Erwerbspersonen)	10,0	9,1	8,2	7,5
Verbraucherpreise <sup>b</sup> (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	0,2	1,5	1,6	1,7
Finanzierungssaldo des Staates (in % des Bruttoinlandsprodukts)	- 1,5	- 1,1	- 0,9	- 0,8

<sup>a</sup> Standardisiert. <sup>b</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quelle: Eurostat; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 2.2

**Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euroraum**

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>				Verbraucherpreise <sup>b</sup>				Arbeitslosenquote <sup>c</sup>			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in %			
		2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Deutschland <sup>d</sup>	29,1	1,9	2,5	2,6	2,1	0,4	1,8	1,9	2,2	4,2	3,8	3,6	3,3
Frankreich	20,7	1,1	1,8	1,9	1,6	0,3	1,1	0,9	1,2	10,0	9,7	9,4	8,9
Italien	15,6	1,0	1,6	1,3	1,2	-0,1	1,3	1,2	1,4	11,7	11,5	11,2	10,9
Spanien	10,4	3,3	3,1	3,0	2,2	-0,4	1,7	1,5	1,7	19,6	17,2	15,2	13,5
Niederlande	6,5	2,2	3,2	2,8	2,2	0,1	1,3	1,5	1,9	6,0	4,9	4,5	4,2
<b>Euroraum<sup>e</sup></b>	<b>100,0</b>	<b>1,8</b>	<b>2,4</b>	<b>2,5</b>	<b>2,0</b>	<b>0,2</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>10,0</b>	<b>9,1</b>	<b>8,2</b>	<b>7,5</b>

<sup>a</sup> Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt, außer für Irland und Slowakei. <sup>b</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). <sup>c</sup> Standardisiert. <sup>d</sup> Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts sind um Kalendereffekte bereinigt. <sup>e</sup> Gewichteter Durchschnitt der aufgeführten Länder.

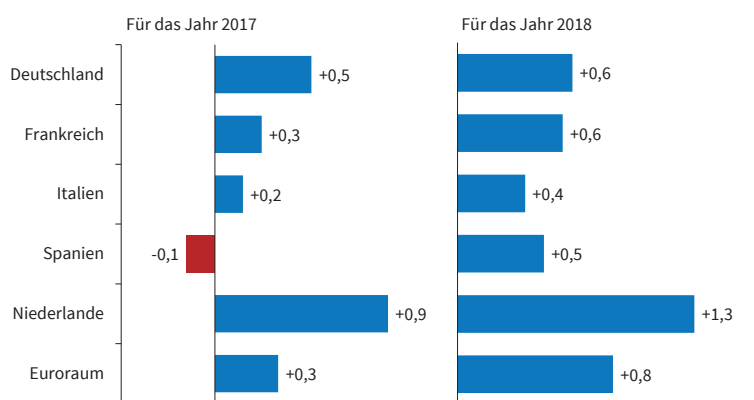
Quelle: Eurostat; OECD; IWF; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2.4

**Revision der Prognose der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts**

Differenz zur Prognose im Juni 2017; in Prozentpunkten



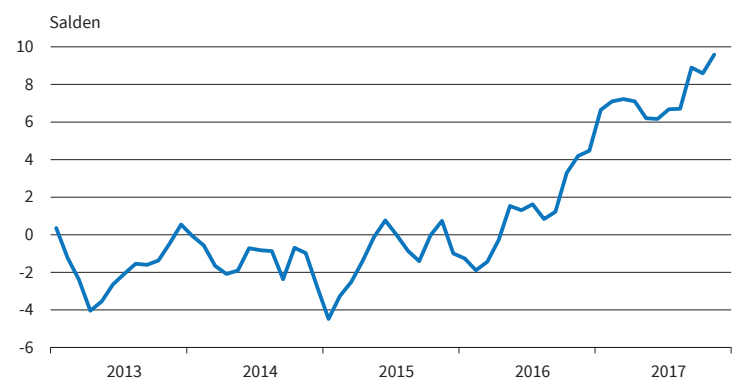
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2.5

**Preiserwartungen der Unternehmen<sup>a</sup>**

Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Erwartete Verkaufspreise im Verarbeitenden Gewerbe, Baugewerbe, Handel und den übrigen Dienstleistungsbereichen in den kommenden 3 Monaten. Saldo der prozentualen Anteile "steigen" und "fallen".  
Quelle: EU-Kommission.

© ifo Institut

los registriert sein. Trotzdem bleibt die Arbeitsmarktlaute in einigen Mitgliedstaaten noch markant. Während in jeder der vier größten Volkswirtschaften die Arbeitslosenquote sinken dürfte, geschieht dies von sehr unterschiedlichen Niveaus aus. Bis 2019 dürfte sich die Arbeitslosenquote in Deutschland auf 3,3% verringert haben, während sie in Spanien, Italien und Frankreich wohl nur auf 13,5%, 10,9% und 8,9% sinken

wird. In Spanien dürfte sich der Arbeitsmarkt am dynamischsten entwickeln (ausgehend von 17,2% im Jahr 2017).

Die Inflationsrate dürfte im Prognosezeitraum als Folge der verbesserten Situation auf den Arbeitsmärkten und stärkerer Lohnzuwächse anziehen. Darauf deutet auch der wachsende Anteil der Unternehmen hin, die in den kommenden Monaten ihre Preise anheben wollen (vgl. Abb. 2.5). Der Anstieg der Verbraucherpreise wird auch von höheren Energiepreisen getrieben, auch wenn die Inflationsrate Anfang 2018 aufgrund von Basiseffekten etwas zurückgehen wird. Die Unterschiede bei der Preisentwicklung bleiben im Ländervergleich weiterhin beträchtlich. Sie spiegeln die verschiedenen Geschwindigkeiten bei der wirtschaftlichen Erholung sowie unterschiedliche Arbeitsmarktbedingungen wider. Deutschland, die Niederlande und Spanien werden die höchsten Anstiege bei den Verbraucherpreisen (auf im Durchschnitt 1,7%) erfahren; in Frankreich und Italien werden sie deutlich darunter liegen (1,1% im Durchschnitt). Im Euroraum insgesamt wird die Inflationsrate nach 1,5% in diesem Jahr auf 1,6% im Jahr 2018 und 1,7% im Jahr 2019 steigen. Die

Kerninflation dürfte sich von 1,1% in diesem Jahr auf 1,7% im Jahr 2019 beschleunigen.

**2.5. RISIKEN**

Die Risiken, die die Konjunkturprognose für den Euroraum nach oben oder unten abweichen lassen könnten, sind weitgehend ausgeglichen. Die durchweg

Tab. 2.3

**Schuldentragfähigkeit Italiens<sup>a</sup>**

	2017	2018	2019
<b>Basisszenario (Leitzinsanhebung nicht vor Ende 2019)</b>			
BIP, real (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,6	1,3	1,2
Preisniveau (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,3	1,2	1,4
BIP, nominal (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,9	2,5	2,6
<b>Staatsverschuldung (in % des BIP)</b>	<b>132,1</b>	<b>130,8</b>	<b>130,0</b>
Budgetdefizit (in % des BIP)	- 2,1	- 1,6	- 1,1
Durchschnittliche Zinsen auf italienische Staatsanleihen	2,1	2,1	2,1
Nominale Zinszahlungen auf bestehende Staatsverschuldung (in % des BIP)	2,8	2,8	2,7
<b>Diskrepanz zwischen nominalem Wachstum und Zinszahlungen (in Prozentpunkten)</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,1</b>
<b>Alternativszenario (Anstieg der Leitzinsen auf 2% bis Ende 2019)</b>			
Durchschnittliche Zinsen auf italienische Staatsanleihen	2,1	3,1	4,1
Nominale Zinszahlungen auf bestehende Staatsverschuldung (in % des BIP)	2,8	4,1	5,5
<b>Diskrepanz zwischen nominalem Wachstum und Zinszahlungen (in Prozentpunkten)</b>	<b>0,1</b>	<b>- 1,6</b>	<b>- 2,9</b>
<b>Staatsverschuldung (in % des BIP)</b>	<b>132,1</b>	<b>132,1</b>	<b>133,9</b>
<b>Abweichung vom geplanten Pfad der Staatsverschuldung (in Prozentpunkten)</b>	<b>0,0</b>	<b>1,3</b>	<b>3,9</b>

<sup>a</sup>Schätzung der Staatsverschuldung und des Defizits entsprechend der EU-Kommission (AMECO). Modellrechnung unter Annahme konstanter Kapitalmarktzinsen im Ausgangsszenario. Szenario mit steigenden Kapitalmarktzinsen unter gleichbleibenden Wachstums- und Inflationsannahmen. Die Veränderung des Preisniveaus wird durch den Harmonisierten Verbraucherpreisindex anstelle eines BIP-Deflators approximiert.

Quelle: EU-Kommission; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

positiven Einschätzungen von Unternehmen, Haushalten und Finanzmarktakteuren im Hinblick auf die aktuelle Lage und den Ausblick auf die kommenden Monate können dazu führen, dass die Wirtschaft im Euroraum insbesondere kurzfristig deutlich stärker expandiert als in dieser Prognose unterstellt. Auch die erfolgreiche Umsetzung weiterer struktureller Reformen in den Mitgliedstaaten könnte die Arbeitsmarktlage noch schneller verbessern und eine höhere Inflationsdynamik mit sich bringen.

Allerdings stellen die Brexit-Verhandlungen, die fragile Situation im Bankensektor einzelner Mitgliedstaaten und langfristig steigende Zinssätze Abwärtsrisiken für den Ausblick dar. Auf den Brexit wurde bereits im Risikoabschnitt im Abschnitt »Lage und Prognose der Weltwirtschaft« eingegangen. Die Probleme im europäischen und insbesondere im italienischen Bankensektor sind weiterhin vorhanden, wenn auch in geringerem Umfang als noch vor einem halben Jahr. So wurden einige italienische Banken erfolgreich rekaptalisiert bzw. liquidiert. Auch reduzierte sich der Anteil von notleidenden Krediten um knapp 5 Prozentpunkte; mit zuletzt knapp 12% ist dieser Anteil aber weiterhin noch recht hoch und birgt weiterhin eine Gefahr für die Finanzstabilität. Schließlich stellen abrupte Erwartungsänderungen bezüglich der Geldpolitik ein Risiko für Länder mit hoher Staatsverschuldung dar. Dies sei am Beispiel der Schuldentragfähigkeit in Italien demonstriert, wo aufgrund der politischen Konstellation mittelfristig mit keinen weiteren Strukturereformen zu rechnen ist. Eine Anhebung der Leitzinsen um jeweils 1 Prozentpunkt für 2018 und 2019 würde den Abbau der Staatsschulden in Italien zusätzlich erschweren. Die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt würde – anstatt auf 130% zu fallen – weiter bis auf knapp 134% zunehmen (vgl. Tab. 2.3). Dies schränkt den Handlungsspielraum der

Geldpolitik ein (vgl. auch Abschnitt »Zur Geldpolitik der Europäischen Zentralbank«) und könnte zu einem Wiederaufflammen der Vertrauenskrise im Euroraum führen.

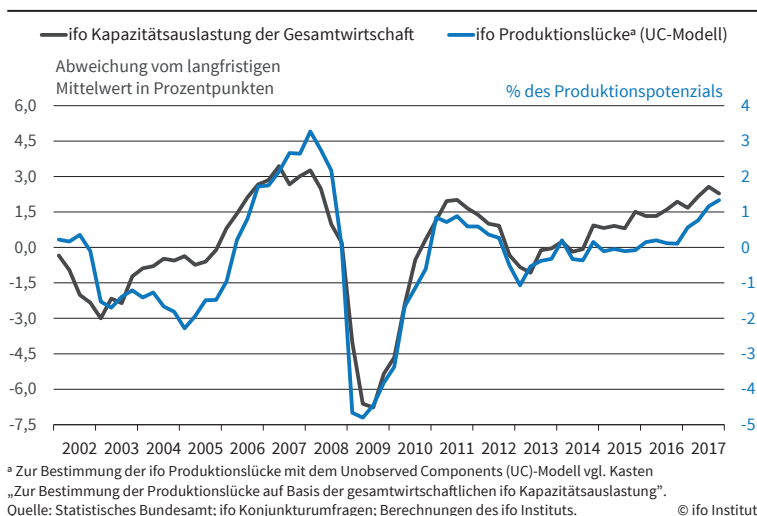
## 3. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

### 3.1. ÜBERBLICK

Der Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit nunmehr 2013 befindet, hat sich in diesem Jahr merklich beschleunigt. In den ersten drei Quartalen legte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt mit durchschnittlich 0,8% gegenüber dem Vorquartal zu. Damit weitet sich die gesamtwirtschaftliche Produktion annähernd doppelt so stark aus, wie aktuelle Schätzungen der Potenzialrate nahelegen. Entsprechend hat die Überauslastung der deutschen Wirtschaft deutlich zugenommen (vgl. Abb. 3.1 und Kasten »Zur Bestimmung der Produktionslücke auf Basis der gesamtwirtschaftlichen ifo Kapazitätsauslastung«) und insbesondere im Baugewerbe scheinen bereits Kapazitätsgrenzen erreicht zu sein.

Maßgeblich beigetragen zur Beschleunigung in diesem Jahr hat die deutsche Industrie, die im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsbereichen mit überdurchschnittlichen Raten expandierte. Wie in der Juni-prognose 2017 des ifo Instituts zutreffend erwartet worden war (vgl. Wollmershäuser et al. 2017), konnte damit der Aufschwung, der bislang weitgehend vom Konsum und der Bauwirtschaft getragen wurde, gleichzeitig auf eine breitere Basis gestellt werden. Während die binnenwirtschaftlichen Kräfte mit Ausnahme des staatlichen Konsums weitgehend unvermindert wirk-

Abb. 3.1  
Indikatoren zum Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft



ten, verstärkten sich die Impulse aus dem Ausland. Davon profitierten die exportorientierten deutschen Unternehmen, die sowohl ihre Beschäftigung als auch ihren Kapitalstock ausweiteten.

Trotz zunehmender Anspannungen am Arbeitsmarkt blieb ein außergewöhnlicher Lohn- und Preisanstieg, den man in einer Phase der Hochkonjunktur erwarten würde, bislang aus. Zwar entwickelten sich die tatsächlich gezahlten Löhne etwas dynamischer als die Tariflöhne. Die zurückliegenden Tariflohnabschlüsse selbst scheinen aber maßgeblich durch die niedrigen Preissteigerungsraten der Jahre

### Zur Bestimmung der Produktionslücke auf Basis der gesamtwirtschaftlichen ifo Kapazitätsauslastung

In der angewandten Konjunkturanalyse werden Zeitreihen häufig in einen Trend und einen Zyklus zerlegt. Im Zusammenhang mit dem realen Bruttoinlandsprodukt wird dabei vom Produktionspotenzial und der Produktionslücke gesprochen. Zur Bestimmung dieser unbeobachtbaren Komponenten kommen in der Literatur häufig der Hodrick-Prescott-Filter und der Baxter-King-Filter zur Anwendung. Ihre Popularität lässt sich damit erklären, dass sie sehr einfach anzuwenden sind und häufig plausible Ergebnisse liefern. Jedoch basieren diese Methoden zum einen auf Parametern, die keine ökonomische Bedeutung haben. Zum anderen weisen diese Methoden eine sog. Endwertinstabilität auf, d.h. kleine Änderungen am Ende des Datensatzes können zu großen Änderungen der Resultate führen.

Alternativ kann zur Bestimmung des Trends und des Zyklus einer Zeitreihe auch ein sog. strukturelles Zeitreihenmodell (*unobserved components*, kurz UC, *model*) verwendet werden.<sup>1</sup> Dieses nimmt eine explizite Modellierung der jeweiligen unbeobachtbaren Komponenten vor und ermöglicht eine empirische Überprüfung der Modellparameter. Bei diesen Schätzungen können zudem andere ökonomische Größen berücksichtigt werden, die wichtige Informationen über den Trend oder den Zyklus der betrachteten Zeitreihe beinhalten. Nachfolgend kommt in Anlehnung an Clark (1989) ein bivariates strukturelles Zeitreihenmodell zur Anwendung. Mit dessen Hilfe werden das reale saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die saisonbereinigte gesamtwirtschaftliche ifo Kapazitätsauslastung (KA) in eine Trend- und eine Zykluskomponente zerlegt:

$$BIP_t = Trend_{BIP,t} + Zyklus_{BIP,t} + u_t \text{ mit } u_t \sim N(0, \sigma_u)$$

$$KA_t = Trend_{KA,t} + Zyklus_{KA,t}$$

Die Zerlegung des Bruttoinlandsprodukts beinhaltet ferner eine sog. irreguläre Komponente ( $u_t$ ), welche verhindert, dass einzelne nicht-zyklische Ereignisse trendwirksam werden. Die relative Wichtigkeit der irregulären Komponente wird über deren geschätzte Standardabweichung ( $\sigma_u$ ) bestimmt. Die jeweiligen Trendkomponenten sind als Zufallsprozesse (*random walk*) modelliert, deren Standardabweichungen  $\sigma_\epsilon$  und  $\sigma_v$  ebenfalls geschätzt werden:

$$Trend_{BIP,t} = Trend_{BIP,t-1} + \beta_{t-1} + \epsilon_t \text{ mit } \epsilon_t \sim N(0, \sigma_\epsilon)$$

$$Trend_{KA,t} = Trend_{KA,t-1} + v_t \text{ mit } v_t \sim N(0, \sigma_v)$$

Durch den sog. Drift-Parameter  $\beta_t$  wird dabei gewährleistet, dass der Trend des Bruttoinlandsprodukts nichtstationär ist.  $\beta_t$  wird ebenfalls als Zufallsprozess modelliert. Der Trend der Kapazitätsauslastung ist hingegen stationär. Der Zyklus der Kapazitätsauslastung beschreibt approximativ die Abweichung von der Normalauslastung und ist als autoregressiver Prozess zweiter Ordnung modelliert. Ferner wird unterstellt, dass der Zyklus des Bruttoinlandsprodukts (d.h. die Produktionslücke) durch den Zyklus der ifo Kapazitätsauslastung determiniert ist (vgl. dazu auch Wohlrabe und Wollmershäuser 2017):

$$Zyklus_{BIP,t} = \alpha_0 \cdot Zyklus_{KA,t} + \alpha_1 \cdot Zyklus_{KA,t-1} + \mu_t \text{ mit } \mu_t \sim N(0, \sigma_\mu)$$

Durch das Einfügen von stochastischen Fehlertermen ( $\mu_t$ ) sowie einer möglichen zeitlichen Verzögerung zwischen den beiden Zyklen ( $\alpha_1 \neq 0$ ) kann es zu leichten Abweichungen zwischen der Kapazitätsauslastung und dem Zyklus des Bruttoinlandsprodukts kommen.

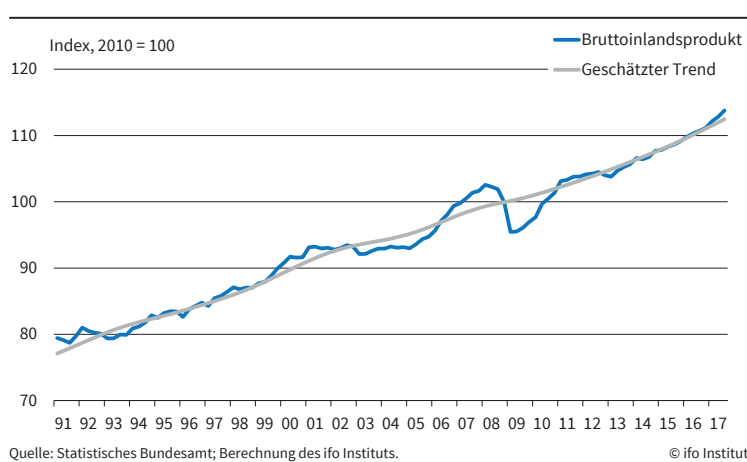
Mit der Schätzung dieses Modells kann somit eine Produktionslücke für die deutsche Wirtschaft unter Berücksichtigung der sich aus der ifo Konjunkturumfrage berechneten Kapazitätsauslastung ermittelt werden (vgl. Abb. 3.1). Abbildung 3.2 zeigt den geschätzten Trend sowie den tatsächlich Verlauf des Bruttoinlandsprodukts.

Die mit Hilfe des UC-Modells geschätzte Produktionslücke unterscheidet sich quantitativ von der Produktionslücke, die im Abschnitt »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion« in Anlehnung an die Methode der EU-Kommission ermittelt wird. Während die jahresdurchschnittliche Produktionslücke nach der Kommissionmethode in diesem Jahr bei 0,3% des Produktionspotenzials liegt (vgl. Abb. 4.1), ist die Überauslastung nach dem UC-Modell mit 1,0% deutlich höher. Bis zum Ende des Prognosezeitraums öffnet sich nach beiden Verfahren die Produktionslücke weiter. Nach der Kommissionmethode steigt die Überauslastung bis 2019 auf 1,4%, nach dem UC-Modell auf 2,2%. Zur Fortschreibung der Produktionslücke im Rahmen des UC-Modells über den aktuellen Rand hinaus wird unterstellt, dass die Trendwachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts unverändert auf dem zuletzt geschätzten Wert in Höhe von 1,7% bleibt.

<sup>1</sup> Für eine methodische Einführung siehe Flaig (2003) oder Kim und Nelson (1999).

Abb. 3.2

Tatsächliches Bruttoinlandsprodukt und geschätzter Trend



2015 und 2016 gebremst worden zu sein. Nachdem der Verfall der Weltmarktpreise für Rohöl im letzten Jahr zum Erliegen kam, zieht die Inflationsrate mittlerweile aber deutlich an. Insbesondere die Kernrate, die die Teuerung ohne die schwankungsanfälligen Energiepreisänderungen misst, erhöhte sich von etwa 1,1% im Frühsommer 2016 fast kontinuierlich auf 1,7% im dritten Quartal 2017.

3.2. AUSBLICK

Im vierten Quartal 2017 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter überdurchschnittlich gestiegen sein. Im Vergleich zum dritten Quartal scheint die hohe Schlagzahl aber nicht ganz gehalten worden zu sein. Hierfür spricht, dass sich die aktuelle Geschäftslage der Unternehmen der Gewerblichen Wirtschaft nicht mehr verbessert hat und die Industrieproduktion im Oktober sogar gesunken ist. Der Index der Geschäftserwartungen und damit auch der ifo Geschäftsklimaindikator sind aber bis zuletzt weiter deutlich aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 3.3).

Die ifo Konjunkturampel, die in einem grün-gelb-rot-Farbschema die monatlichen Veränderungen des Geschäftsklimaindex in Wahrscheinlichkeiten für die Konjunkturphase »Expansion« umsetzt (vgl. Abberger und Nierhaus 2010), steht seit Februar dieses Jahres auf Dauergrün. Die Wahrscheinlichkeit für eine weiter expansive Wirtschaftsentwicklung übertraf zuletzt die 90%-Marke recht deutlich (vgl. Abb. 3.4).

Im Verlauf des Jahres 2017 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt um 3,0% expandiert haben, das ist der höchste konjunkturelle Anstieg seit dem Jahr 2010. In der Jah-

Abb. 3.3

ifo Geschäftsklima in der Gewerblichen Wirtschaft  
Saisonbereinigter Verlauf

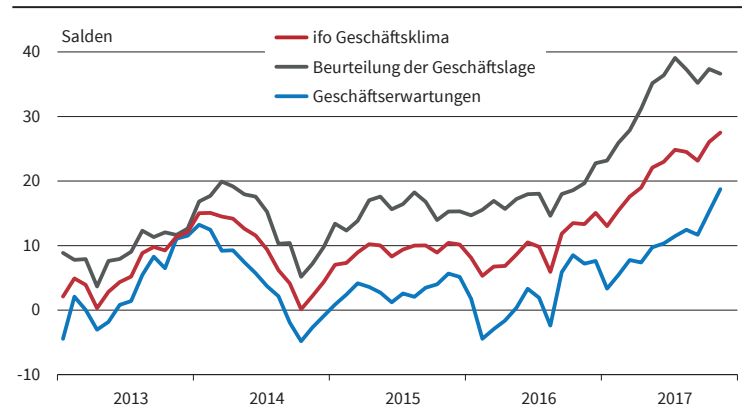




Abb. 3.4  
ifo Konjunkturampel in der Gewerblichen Wirtschaft<sup>a</sup>

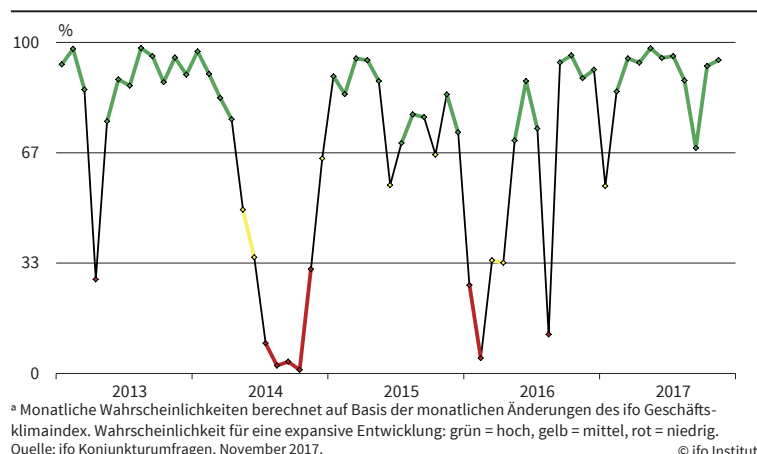
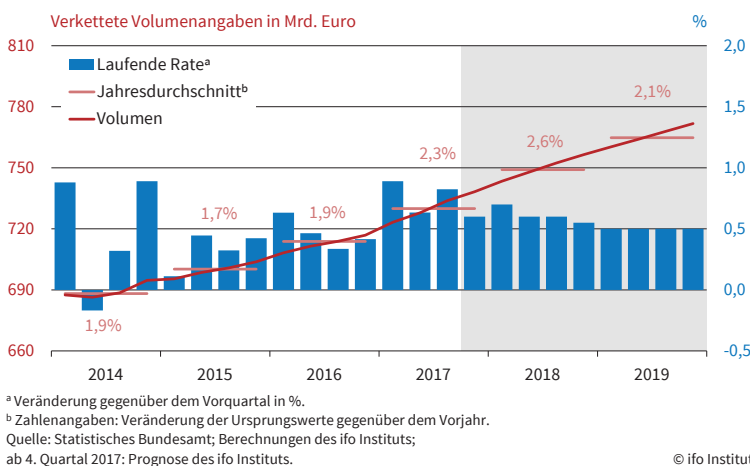


Abb. 3.5  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



resdurchschnittsbetrachtung dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt 2017 um 2,3% gestiegen sein (vgl. Abb. 3.5), kalenderbereinigt, d.h. unter Berücksichtigung der geringeren Zahl von Arbeitstagen, um 2,5%.

durchschnitt 2018 dem Ursprungwert nach als auch kalenderbereinigt um 2,6% steigen, wobei für das höhere Anstiegstempo im Vergleich zu 2017 der Übergang in Höhe von 1% maßgeblich ist (vgl. Tab. 3.2). Im

Tab. 3.1  
Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>a</sup>  
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,8	0,9	-0,1	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentlicher Konsum	0,2	0,2	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	2,3	3,3	1,5	1,6	1,4	1,3	1,1	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9
Bauten	3,5	0,5	-0,4	1,1	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	2,0	0,9	0,6	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Vorratsinvestitionen <sup>b</sup>	-0,8	0,2	0,4	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	1,2	0,4	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag <sup>b</sup>	0,6	-0,4	0,4	0,0	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,7	1,0	1,7	1,6	1,5	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Importe	0,4	2,4	0,9	1,8	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>	<b>0,8</b>	<b>0,6</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>

<sup>a</sup> Saison- und kalenderbereinigte Werte. <sup>b</sup> Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2017: Prognose des Ifo Instituts.

© Ifo Institut

In den kommenden beiden Jahren wird sich der Aufschwung in Deutschland fortsetzen, befördert von der Binnennachfrage und den Exporten (vgl. Tab. 3.1). Der private Konsum wird kräftig expandieren, getrieben von steigenden Effektivlöhnen, zunehmenden Transfereinkommen und steigender Beschäftigung. Deutlich schwächer als bisher expandiert hingegen der öffentliche Konsum; hier schlägt sich die deutlich verringerte Fluchtmigration nieder. Angesichts des weiter zunehmenden Auslastungsgrads wird sich die kräftige Expansion der Unternehmensinvestitionen fortsetzen, wobei sich der konjunkturelle Anstieg der Investitionen in Ausrüstungen und in gewerbliche Bauten allmählich etwas abschwächen dürfte. Dies gilt auch für die Investitionen in Wohnbauten; darauf deutet jedenfalls der zu beobachtende Rückgang der Auftragsbestände sowie der Baugenehmigungen hin. Auch die Ausfuhren dürften im Prognosezeitraum nicht mehr ganz so kräftig wie bisher steigen, wengleich die konjunkturelle Schlagzahl angesichts der großen weltwirtschaftlichen Dynamik beachtlich hoch bleiben wird.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahres-

Tab. 3.2

**Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts**

	2016	2017	2018	2019
Statistischer Überhang <sup>a</sup>	0,6	0,6	1,0	0,9
Jahresverlaufsrate <sup>b</sup>	1,9	3,0	2,5	2,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,9	2,5	2,6	2,1
Kalendereffekt <sup>c</sup>	0,1	- 0,3	0,0	0,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung	1,9	2,3	2,6	2,1

<sup>a</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. <sup>b</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. <sup>c</sup> In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Juni 2017 wird damit die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresdurchschnitt 2018 um 0,6 Prozentpunkte angehoben (vgl. Kasten »Zur Revision der Prognose vom Juni 2017«). Im Jahresdurchschnitt 2019 wird das reale Bruttoinlandsprodukt mit 2,1% voraussichtlich wieder etwas langsamer expandieren. Diese Rate gilt auch für das kalenderbereinigte Ergebnis. Damit steigt im Prognosezeitraum die gesamtwirtschaftliche Produktion schneller als das Produktionspotenzial, das im Schnitt mit einer Rate von 1¾% wächst. Die Produktionslücke, die den Abstand der laufenden Produktion vom Produktionspotenzial misst und die bereits seit 2016 positiv ist, wird sich infolgedessen bis Ende 2019 spürbar auf annähernd 2% des Produktionspotenzials ausweiten (vgl. Kasten »Zur Bestimmung der Produktionslücke auf Basis der gesamtwirtschaftlichen ifo Kapazitätsauslastung« sowie Abschnitt »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«).

Bei alledem bleiben die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt gut, jedoch wird sich die derzeit überaus schwungvolle Zunahme der Beschäftigung allmählich verlangsamen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt 2017 mit voraussichtlich 650 000 Personen stärker zulegen als im vergangenen Jahr; im Jahr 2018 wird sich der Zuwachs dann auf 490 000 Personen verringern, im Jahr 2019 schließlich auf 415 000 Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleibt auch zukünftig die treibende Kraft des Aufschwungs am Arbeitsmarkt. Hingegen wird die Zahl der Selbstständigen und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten leicht rückläufig sein, weil diese Personen verstärkt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wechseln dürften. Die Arbeitslosigkeit wird im

Prognosezeitraum weiter sinken; im Jahresdurchschnitt 2017 um gut 150 000 Personen auf 2,5 Millionen. Im kommenden Jahr ist mit einem Rückgang um 175 000 Personen zu rechnen; im Jahr 2019 um 150 000. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) dürfte sich in diesem Jahr auf 5,7% belaufen. Im kommenden Jahr wird sie voraussichtlich auf 5,3% sinken, im Jahr 2019 auf 4,9% (vgl. Tab. 3.3).

Die Verbraucherpreise (gemessen am VPI) dürften im Jahresdurchschnitt 2017 um 1,8% gestiegen sein, nach einer Rate von 0,5% im vergangenen Jahr. Erstmals seit drei Jahren geht von den Energieträgern kein negativer Inflationsbeitrag mehr aus. Im kommenden Jahr wird sich der Verbraucherpreisindex angesichts der weiter guten Konjunktur voraussichtlich um 1,9% erhöhen, im Jahr 2019 auf 2,2%. In ähnlicher Größenordnung wird in beiden Jahren die Kernrate (VPI ohne Energieträger) liegen. Die Beschleunigung beim Preisanstieg sowie die zunehmende Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürften die effektiven Verdienste der Arbeitnehmer in diesem Jahr mit 2,8% merklich stärker steigen lassen als die Tariflöhne. In den kommenden beiden Jahren dürften zusätzliche Knappheiten beim Arbeitsangebot zu stärkeren Arbeitsmarktanspannungen führen. Die Effektivver-

Tab. 3.3

**Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2016	2017	2018	2019
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % <sup>a</sup>			
Private Konsumausgaben	2,1	2,1	1,7	1,8
Konsumausgaben des Staates	3,7	1,1	0,9	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	3,1	3,8	3,9	3,1
Ausrüstungen	2,2	4,3	5,8	4,0
Bauten	2,7	3,6	2,7	2,5
Sonstige Anlagen	5,5	3,7	3,5	3,3
Inländische Verwendung	2,4	2,3	2,3	2,1
Exporte	2,6	4,3	5,6	4,5
Importe	3,9	4,9	5,5	5,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,9	2,3	2,6	2,1
Erwerbstätige <sup>b</sup> (1 000 Personen)	43 638	44 289	44 779	45 195
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 691	2 534	2 356	2 203
Arbeitslosenquote BA <sup>c</sup> (in %)	6,1	5,7	5,3	4,9
Verbraucherpreise <sup>d</sup> (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	0,5	1,8	1,9	2,2
Lohnstückkosten <sup>e</sup> (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,6	1,7	1,6	2,2
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f</sup>				
- in Mrd. EUR	25,7	42,1	50,6	62,1
- in % des Bruttoinlandsprodukts	0,8	1,3	1,5	1,7
Leistungsbilanzsaldo				
- in Mrd. EUR	259,3	252,0	265,0	278,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	8,2	7,7	7,8	7,8

<sup>a</sup> Preisbereinigte Angaben. <sup>b</sup> Inlandskonzept. <sup>c</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). <sup>d</sup> Verbraucherpreisindex (2010=100). <sup>e</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. <sup>f</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

## Zur Revision der Prognose vom Juni 2017

Im Dezember 2016 hatte das ifo Institut die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2017 auf 1,5% veranschlagt. In der ifo Prognose vom Juni 2017 wurde diese Zuwachsrate um 0,3 Prozentpunkte auf 1,8% angehoben. Maßgeblich für die Aufwärtskorrektur waren die nunmehr deutlich optimistischere Einschätzung der Weltkonjunktur und die damit verbundenen Exportchancen deutscher Unternehmen.

In der vorliegenden Prognose wird die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2017 abermals kräftig heraufgesetzt, und zwar um 0,5 Prozentpunkte auf 2,3% (vgl. Tab. 3.4). Hierzu hat die turnusmäßige Revision der amtlichen VGR zur Jahresmitte 2017 nicht unerheblich beigetragen. Mit der Erstveröffentlichung der Ergebnisse für das zweite Vierteljahr 2017 wurden vom Statistischen Bundesamt u.a. auch die Quartalergebnisse 2016 sowie die Angaben für das erste Vierteljahr 2017 überarbeitet und – soweit erforderlich – revidiert. Die neuen amtlichen Vierteljahresergebnisse zeigen insbesondere für das erste Quartal 2017 eine schnellere Gangart der Konjunktur als bisher ausgewiesen, was zeitreihenarithmetisch eine Korrektur der jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2017 nach oben mit sich zieht.

Tab. 3.4

## Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2017

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Juniprognose 2017		ifo Dezemberprognose 2017		Prognosekorrektur für 2017	
	Prognosewerte für 2017		Prognosewerte für 2017		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten <sup>a</sup> (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten <sup>a</sup> (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
<b>Inlandsnachfrage</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>2,3</b>	<b>2,2</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>
Privater Konsum	1,2	0,6	2,1	1,1	0,9	0,5
Staatlicher Konsum	1,4	0,3	1,1	0,2	-0,3	-0,1
Ausrüstungen	1,0	0,1	4,3	0,3	3,2	0,2
Bauten	3,0	0,3	3,6	0,3	0,6	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	2,5	0,1	3,7	0,1	1,2	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,1	-	0,1	-	0,0
<b>Außenbeitrag</b>	<b>-</b>	<b>0,3</b>	<b>-</b>	<b>0,1</b>	<b>-</b>	<b>-0,2</b>
Ausfuhr	4,4	2,0	4,3	2,0	-0,1	0,0
Einfuhr	4,5	-1,7	4,9	-1,9	0,5	-0,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>

<sup>a</sup> Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Eine statistische Zerlegung der Prognosekorrektur<sup>1</sup> des ifo Instituts für das reale Bruttoinlandsprodukt in vierteljährliche Revisionsbeiträge zeigt, dass 0,1 Prozentpunkte der Aufwärtskorrektur auf die Revision der amtlichen Ergebnisse für das zweite bis vierte Vierteljahr 2016 zurückzuführen sind und 0,3 Prozentpunkte auf die Revision des amtlichen Ergebnisses für das erste Quartal 2017 (vgl. Tab. 3.5). Die verbliebene Prognoseanpassung in Höhe von 0,1 Prozentpunkten geht auf die günstigere Einschätzung der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im vierten Quartal zurück; die Berücksichtigung der für das zweite und dritte Quartal gemachten Schätzfehler spielen hingegen keine Rolle, weil sie sich im Jahresergebnis 2017 ausgleichen. Summa summarum: Wäre bei der Juniprognose des ifo Instituts der amtliche Rechenstand von August (statt vom Mai) bekannt gewesen, so hätte sich die im Juni geschätzte jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für 2017 ceteris paribus, d.h. ohne ergänzende Korrekturen der konjunkturellen Dynamik im restlichen Jahr, nicht auf 1,8%, sondern auf 2,2% belaufen, was nahezu dem nunmehr prognostizierten Ergebnis entspricht.

Nach der Verwendung aufgeschlüsselt, zeigt sich bei etlichen Aggregaten hinsichtlich der Prognosekorrekturen ein ähnliches Muster. Beim privaten Konsum entfallen von der gesamten Aufwärtskorrektur in Höhe von 0,9 Prozentpunkten knapp 90% auf die Revision der amtlichen VGR; bei den Investitionen in sonstige Anlagen sind es 75% und bei den Ausrüstungsinvestitionen noch 30%. Bei der gesamten inländischen Verwendung, die in dieser Prognose um 0,8 Prozentpunkte angehoben wird, entfallen auf die amtliche Revision 0,3 Prozentpunkte. Bei den Bauinvestitionen saldiert sich der aus der Überarbeitung der amtlichen Statistik herrührende Revisionsbedarf größtenteils mit den im Sommerhalbjahr 2017 gemachten Prognosefehlern. Keine größeren Prognosekorrekturen im Gefolge der VGR-Revisionen ergeben sich bei den jahresdurchschnittlichen Zuwachs-

Tab. 3.5

**Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2017**

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V) = Summe der Spalten (I) bis (V)	Revision <sup>a</sup> der VGR		Prognosefehler <sup>b</sup>		Prognoseanpassung <sup>c</sup>
		2. bis 4. Quartal 2016	1. Quartal 2017	2. Quartal 2017	3. Quartal 2017	4. Quartal 2017
		(I)	(II)	(III)	(IV)	(V)
<b>Inlandsnachfrage</b>	<b>0,7</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,5</b>	<b>- 0,1</b>	<b>0,0</b>
Privater Konsum	0,9	0,3	0,5	0,4	- 0,3	0,0
Staatlicher Konsum	- 0,3	0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	0,0
Ausrüstungen	3,1	- 0,2	1,1	1,7	0,4	0,1
Bauten	0,6	0,2	1,2	- 0,3	- 0,6	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	1,2	- 0,3	1,2	0,2	0,0	0,1
Vorratsveränderungen <sup>d</sup>	- 0,1	- 0,1	- 0,4	0,1	0,2	0,0
<b>Außenbeitrag<sup>d</sup></b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>- 0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>
Ausfuhr	- 0,1	- 0,2	0,4	- 0,6	0,2	0,1
Einfuhr	0,5	0,0	0,0	0,6	- 0,2	0,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>- 0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>

<sup>a</sup> Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt. <sup>b</sup> Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das zweite bzw. - für das dritte Quartal des Jahres 2017 aus der ifo Sommerprognose und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

<sup>c</sup> Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das vierte Quartal des laufenden Jahres. <sup>d</sup> Veränderungsbeitrag.

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

raten von Ex und Importen. Der hier entstandene Revisionsbedarf folgt in erster Linie aus den im zweiten Quartal 2017 gemachten Prognosefehlern. Da in der vorliegenden Prognose die Zuwachsrates der Einfuhr erhöht, die der Ausfuhr hingegen leicht gesenkt wurde, sinkt der Beitrag des Außenhandels zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts geringfügig im Vergleich zur Juniprognose.

Die Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 wird von 2,0% auf 2,6% angehoben. Zum einen fällt der statistische Überhang am Jahresende 2017 höher aus, zum anderen wird die nunmehr erwartete unterjährige konjunkturelle Dynamik stärker sein als im Juni 2017 prognostiziert.

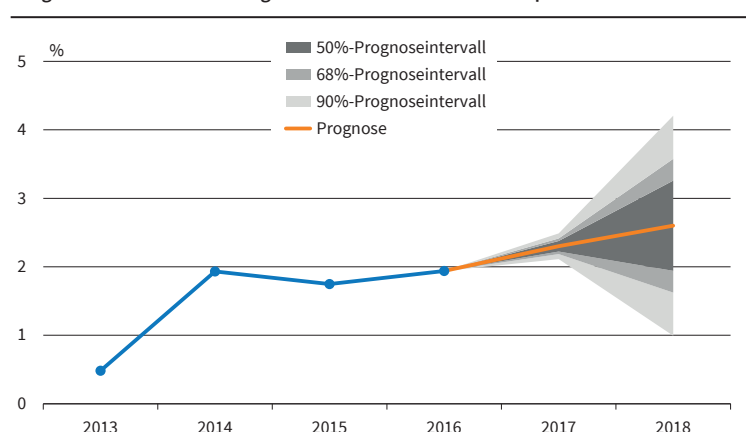
<sup>1</sup> Die Zerlegung beruht auf dem Sachverhalt, dass sich jahresdurchschnittliche Wachstumsraten approximativ als gewogener Durchschnitt von Quartalsraten darstellen lassen. Die einzelnen Quartalsraten gehen dabei mit unterschiedlicher Gewichtung in die Jahresdurchschnittsrates ein: Das höchste (auf Eins normierte) Gewicht wird dem ersten Quartal im laufenden Jahr zugemessen (25,0%), danach kommen das Endquartal des Vorjahres bzw. das zweite Quartal im aktuellen Jahr (jeweils 18,75%). Das dritte Quartal hat stets ein Gewicht von 12,5%. Das zweite Quartal im Vorjahr (Startquartal) und das vierte Quartal im laufenden Jahr haben mit 6,25% das kleinste Gewicht. Das Gewichtsmuster der Quartalsraten ähnelt damit einer Dreiecksverteilung. Revisionen der amtlichen Ergebnisse für das Jahresendquartal und/oder für die beiden ersten Quartale im Berichtsjahr wirken sich in der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate aufgrund ihres großen Gewichts besonders deutlich aus (vgl. Nierhaus 2007).

dienste pro Arbeitnehmer werden demnach voraussichtlich beschleunigt um 3,4% im kommenden Jahr und um 3,5% im Jahr 2019 expandieren. Damit befindet sich die deutsche Wirtschaft auf dem Weg in eine Hochkonjunktur.

Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr schwach expansiv ausgerichtet. Insgesamt beträgt der fiskalische Impuls im laufenden Jahr rund 15 Mrd. Euro oder 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In den kommenden beiden Jahren wird die Finanzpolitik annähernd konjunkturneutral ausgerichtet sein. Dieser Prognose liegt der Status quo zugrunde. Durch die noch ausstehende Regierungsbildung ist die Einschätzung des Ausrichtungsgrades der Finanzpolitik im Prognosezeitraum mit großer Unsicherheit behaftet. Bei Beibe-

haltung des Status quo wird der deutsche Staat im laufenden Jahr das vierte Mal in Folge einen Rekordüberschuss erzielen und auch in den kommenden beiden Jahren von Rekord zu Rekord eilen. Der um konjunkturelle Einflüsse und Einmaleffekte bereinigte

Abb. 3.6

**Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts**

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

strukturelle Finanzierungssaldo weist im gesamten Prognosezeitraum ebenfalls Überschüsse auf, die bei rund 1% in Relation zum nominalen Produktionspotenzial liegen dürften.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die zu prognostizierende Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 3.6). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2017 und 2018 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2016 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die

Spanne z.B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2017 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt,  $\pm 0,1$  Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 2,3% reicht das Intervall also von 2,2% bis 2,4%. Die Punktprognose von 2,3% stellt den mittleren Wert dar (vgl. orange Linie in Abb. 3.6). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf  $\pm 1,0$  Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von 2,6% reicht das 68%Prognoseintervall dann von 1,6% bis 3,6%.

Tab. 3.6

**Finanzpolitische Maßnahmen<sup>a</sup>**

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2017	2018	2019
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften<sup>b</sup></b>			
Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag, Verschiebung der Tarifeckwerte, Erhöhung des Kindergeldes	- 2,3	- 3,7	- 0,3
Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag zum Jahresbeginn 2019 <sup>c</sup>			- 1,6
Alterseinkünftegesetz	- 1,2	- 1,3	- 1,4
Altkapitalerstattungen 2008 und 2009 <sup>d</sup>	0,1	2,3	0,0
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer	- 0,4	0,0	0,0
Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften	- 0,4	- 0,1	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>e</sup>	- 1,9	- 1,0	- 1,0
Ausweitung der Mautstrecken und Lkw- Klassen		0,8	0,9
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>			
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte im Jahr 2017 und 0,03 Prozentpunkte im Jahr 2018	- 0,3	- 0,3	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte im Jahr 2017	2,6	0,1	0,0
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2018		- 1,2	0,0
Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,2 Prozentpunkte im Jahr 2016	0,1	0,0	0,0
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2018		- 1,0	- 0,1
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>			
Zusätzliche investive Ausgaben <sup>f</sup>	- 2,6	- 1,6	- 0,6
Förderung des Breitbandausbaus	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Ausgaben des Flutfonds	1,1	0,4	0,2
Förderungen E- Mobilität	- 0,2	- 0,1	0,3
Mobilitätsfonds	- 0,1	- 0,6	0,8
Zusätzliche Finanzmittel für die Deutsche Bahn AG <sup>g</sup>	- 0,9	0,6	0,0
Investitionsprogramm Mikroelektronik	- 0,1	- 0,2	0,0
Wohnbauförderungen	- 0,3	- 0,1	0,4
Zusätzliche soziale Leistungen <sup>h</sup>	- 2,3	0,1	0,1
<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>			
Zweites Pflegestärkungsgesetz	- 4,6	0,6	0,0
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	- 0,6	- 0,8	0,0
Rentenpolitische Maßnahmen <sup>i</sup>	0,0	- 0,2	- 0,8
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	- 0,1	- 0,1	- 0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>- 14,5</b>	<b>- 7,6</b>	<b>- 3,4</b>
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	- 0,4	- 0,2	- 0,1

<sup>a</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen. <sup>b</sup> Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. <sup>c</sup> Aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben voraussichtliche Erhöhung der Freibeträge. <sup>d</sup> Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit, bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückstellungen geltend zu machen. <sup>e</sup> Steuerrechtsänderungen bei Bund- und Ländersteuern; u.a. Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Änderung des Einkommensteuergesetzes im Rahmen der Hilfen für Milchbauern, Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer. <sup>f</sup> Investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds, Investitionspaket über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Kita- Ausbau, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. <sup>g</sup> Verringerung der Bahndividende und Aufstockung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn. <sup>h</sup> Erhöhung der Bafögleistungen, Unterhaltsvorsuchsgesetz, Integrationsfonds, Bundesteilhabegesetz, Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. <sup>i</sup> Reform der Strukturen der Krankenhaushilfe, Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der Gesetzlichen Krankenversicherung, Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz), Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung. <sup>j</sup> Rentenangleichung Ost/West, Rentenerhöhung und Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente.

Quelle: Bundesregierung, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

### 3.3. FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

In diesem Jahr ist die Finanzpolitik schwach expansiv und in den kommenden beiden Jahren annähernd konjunkturneutral ausgerichtet (vgl. Tab. 3.6).<sup>4</sup> Insbesondere das Zweite Pflegegeldgesetz wirkt in diesem Jahr konjunkturstimulierend. Jedoch schwächt die Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte und die daraus resultierenden Mehreinnahmen der Sozialversicherungen den Impuls ab. Des Weiteren tragen die zusätzlichen investiven Ausgaben zum expansiven Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik bei. Auch die Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag, die Verschiebung der Tarifeckwerte und die Erhöhung des Kindergeldes wirken im laufenden Jahr expansiv. Insgesamt beträgt der fiskalische Impuls im laufenden Jahr rund 15 Mrd. Euro oder 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr werden die Entlastungen im Bereich der Einkommensteuern für sich genommen ebenfalls expansiv wirken. Allerdings wird das Auslaufen der Altkapitalerstattungen restriktiv wirken. Insgesamt wird die Finanzpolitik im kommenden Jahr damit annähernd konjunkturneutral ausgerichtet sein. Im Jahr 2019 wird die verfassungsrechtlich gebotene Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag expansiv, die Ausweitung der Mautstrecken und Lkw-Klassen jedoch restriktiv wirken. Insgesamt wird die Finanzpolitik auch im Jahr 2019 annähernd konjunkturneutral ausgerichtet sein.

Der Einschätzung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen liegt der Status quo zugrunde. Durch die noch anstehende Regierungsbildung auf Bundesebene ist die Einschätzung des Ausrichtungsgrades für die kommenden beiden Jahre jedoch mit hoher Unsicherheit behaftet.

### 3.4. WELTWIRTSCHAFTLICHES UMFELD UND PREISLICHE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

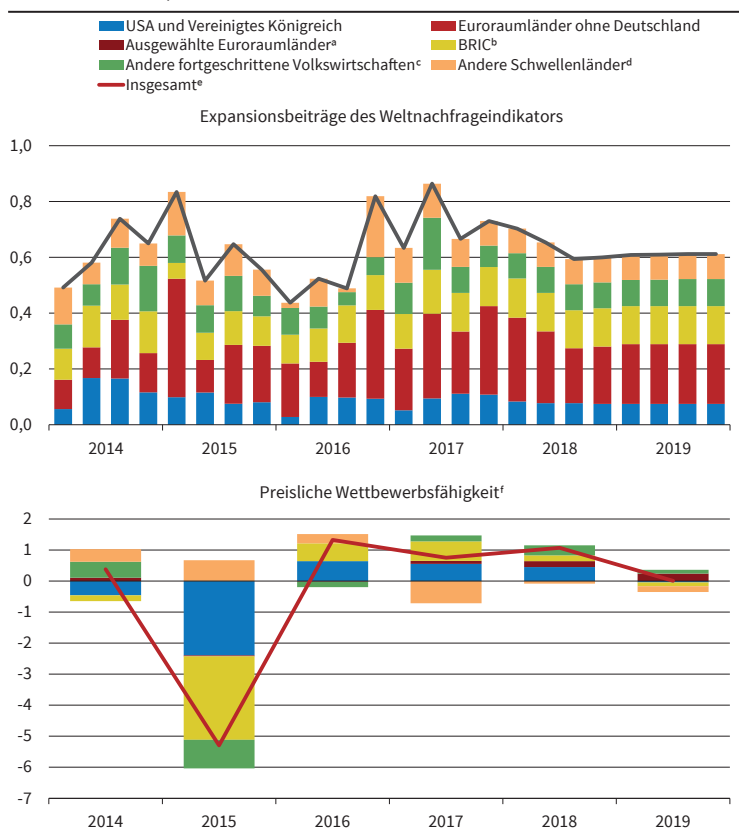
Die Prognose basiert auf der Annahme, dass ein Barrel Rohöl der Sorte Brent in diesem Jahr durchschnittlich 54,1 US-Dollar, im kommenden Jahr 63,5 US-Dollar und im Jahr 2019 64,7 US-Dollar kostet. Der Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar beträgt

in diesem Jahr 1,13. Für die kommenden zwei Jahre wird angenommen, dass sich das Tauschverhältnis auf 1,19 beläuft.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, dürfte die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum sehr dynamisch expandieren. Der ifo Welt-nachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der wichtigen deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, steigt insbesondere im Winterhalbjahr 2017/18 äußerst stark aufgrund der Entwicklung im übrigen Euroraum und in den USA (vgl. oberes Bild Abb. 3.7). Im weiteren Prognosezeitraum legt der Welt-nachfrageindikator mit etwas niedrigeren, aber weiterhin überdurchschnittlichen Raten zu. Die leichte Abschwächung erklärt sich vor allem durch eine Abflachung der Dynamik in den USA und im restlichen Euroraum.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 25 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes dürfte sich in diesem Jahr verschlechtern, insbesondere durch die deutliche Aufwertung des Euro gegenüber einem breiten Währungskorb im Sommerhalbjahr (vgl. unteres Bild Abb. 3.7); Deutschland verschlechtert sich dabei insbesondere

Abb. 3.7  
Exportindikatoren  
Prozent bzw. Prozentpunkte



<sup>a</sup> Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien. <sup>b</sup> Brasilien, Russland, Indien und China. <sup>c</sup> Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien. <sup>d</sup> Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn. <sup>e</sup> Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 25 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. <sup>f</sup> Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Quelle: Deutsche Bundesbank; IWF; OECD; Berechnungen des ifo Instituts; 2017, 2018 und 2019: Prognose des ifo Instituts.

<sup>4</sup> Der Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik wird hier auf Basis der Maßnahmenmethode ermittelt (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2017a).



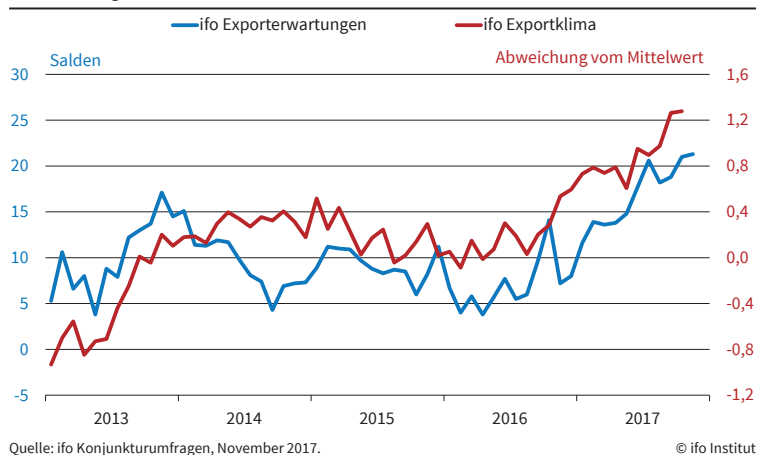
gegenüber den USA, Großbritannien und China. Im weiteren Prognosezeitraum wird, unter der Annahme konstanter Wechselkurse, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Jahresverlauf wohl in etwa unverändert bleiben, da die Preise in Deutschland mit ähnlichen Raten zulegen dürften wie die durchschnittliche Inflation in den Handelspartnerländern. Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit im Jahresdurchschnitt 2018 kommt dadurch zustande, dass sich der Wettbewerbsindikator zu Jahresende 2017 auf einem sehr hohen Niveau befindet.

### 3.5. EXPORT IST WICHTIGE STÜTZE FÜR DIE DEUTSCHE KONJUNKTUR

Die Ausfuhren zogen im dritten Quartal 2017 im Einklang mit dem sich sehr dynamisch entwickelnden Welthandel kräftig an. Positive Zuwächse der Nachfrage nach deutschen Gütern kamen, das siebte Quartal in Folge, aus dem übrigen Euroraum. Auch aus Asien wurden wieder deutlich mehr deutsche Waren gekauft und das, obwohl der chinesische Renminbi gegenüber dem Euro spürbar abwertete; hier dürften Aufholprozesse aufgrund des schwachen Asienhandels im Quartal zuvor eine Rolle gespielt haben. Die Einfuhr stieg nach einem starken zweiten Quartal 2017 im dritten Quartal nur moderat. Einhergehend mit dem Rückgang des realen privaten Konsums reduzierten sich auch die Einfuhren von Konsumgütern in nominaler Rechnung äußerst kräftig. Insgesamt stimulierte der Außenhandel rein rechnerisch den Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im dritten Vierteljahr deutlich.

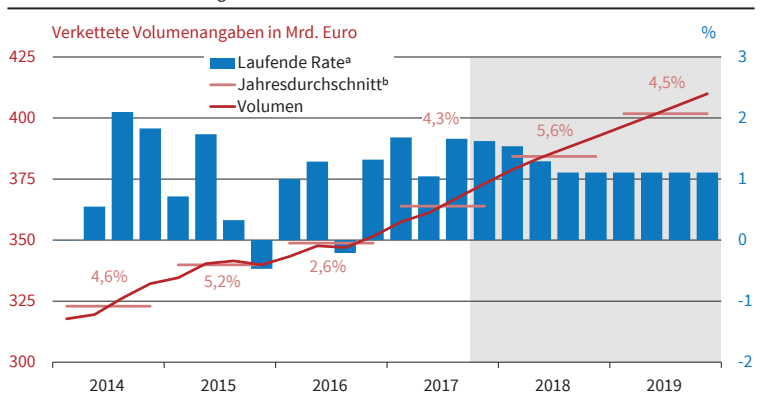
Auch im Schlussquartal 2017 dürfte der Export abermals sehr kräftig mit 1,6% expandieren. Dafür spricht der erneute Anstieg des ifo Exportklimas im Oktober, der vor allem aus der Verbesserung des Unternehmens- und Verbrauchervertrauens in vielen deutschen Absatzländern resultierte (vgl. Abb. 3.8). Auch der ifo Auftragsbestand der exportierenden Unternehmen, der die Summe aller Aufträge, die sich in Produktion befinden, misst, liegt im Durchschnitt der Monate Oktober und November deutlich über dem dritten Quartal. Auch die Aufträge aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe (ohne sonstigen Fahr-

Abb. 3.8  
Frühindikatoren für den Export  
Saisonbereinigter Verlauf



zeugbau) lagen im Oktober über dem Durchschnitt des dritten Quartals. Einzig die für Oktober vorliegende nominale Ausfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels ist geringfügig gegenüber dem dritten Quartal zurückgegangen. Die deutsche Ausfuhr wird voraussichtlich auch im ersten Quartal 2018 mit einer kräftigen Rate zulegen, auch wenn diese etwas schwächer als im Quartal zuvor ausfallen dürfte. Das ergibt sich zum einen aus dem weiterhin außergewöhnlich hohen Niveau der ifo Exporterwartungen. Zum anderen dürfte die weltwirtschaftliche Dynamik weiter deutlich expandieren, wenn auch etwas weniger stark als im Schlussquartal 2017. Von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, die sich im Sommerhalbjahr 2017 deutlich verschlechtert hat, dürften im Winterhalbjahr 2017/18 leicht dämpfende Effekte auf den deutschen Export ausgehen. Im weiteren Verlauf werden die Ausfuhren, im Einklang mit der weltwirtschaftlichen Dynamik, wohl kräftig expandieren, allerdings mit etwas niedrigeren Raten als im ersten Quartal 2018. Von der Wettbewerbsfähigkeit, die im Prognosezeitraum im Verlauf in etwa konstant bleiben dürfte, werden sich voraussichtlich keine negativen Effekte mehr auf die

Abb. 3.9  
Reale Exporte  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

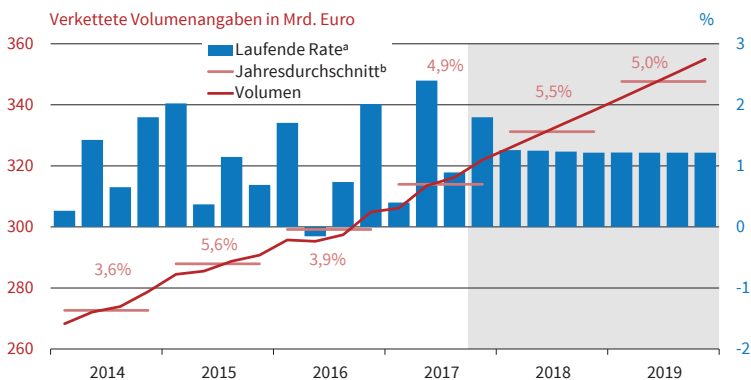


<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.10

**Reale Importe**

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Ausfuhren ergeben. Insgesamt ist mit einem Anstieg der realen Ausfuhr um 4,3% in diesem Jahr, um 5,6% im kommenden Jahr und um 4,5% im Jahr 2018 auszugehen (vgl. Abb. 3.9).

Die realen Importe dürften nach dem moderaten dritten Quartal im vierten Quartal 2017 wohl deutlich zunehmen. Darauf deutet das ifo Importklima, das die Erwartungen der deutschen Handelspartner mit ihrer Bedeutung für die deutsche Einfuhr zusammenfasst (vgl. Kasten »Zur Konstruktion des ifo Importklimas«); dieses zog zuletzt weiter spürbar an. Auch die inländischen Auftragseingänge im Verarbeiten-

**Zur Konstruktion des ifo Importklimas**

Die Treffsicherheit einer Prognose variiert erheblich zwischen den verwendungsseitigen Aggregaten. Neben den Bruttoinvestitionen und den Exporten weisen besonders Vorhersagen für die preisbereinigten Importe größere Prognosefehler auf (vgl. Döhrn und Schmidt 2011, Sinclair et al. 2016 oder Nierhaus 2017). Dazu hat sicherlich auch beigetragen, dass für die Importnachfrage deutscher Konsumenten und Unternehmen keine einschlägigen Frühindikatoren zur Verfügung stehen. Deshalb hat das ifo Institut einen Indikator für die Importe entwickelt, welcher nachfolgend kurz vorgestellt wird. Weiterführende Details finden sich in Grimme et al. (2017).

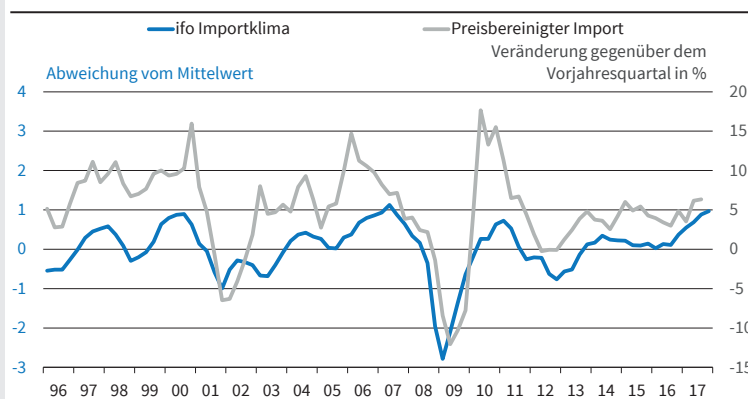
Inländische Konsumenten und Firmen werden nicht explizit nach der Entwicklung ihrer Importnachfrage gefragt. Demzufolge muss ein alternativer Weg gefunden werden, die Importe eines Landes abzubilden. Eine Variante ist die lehrbuchmäßige Modellierung der Importnachfrage als Funktion des verfügbaren Einkommens im Inland und des Wechselkurses. Hierbei könnte als Proxy für das (zukünftige) verfügbare Einkommen die inländische Industrieproduktion, die inländischen Produktions- oder Geschäftserwartungen oder die Auftragseingänge verwendet werden. Eine Alternative dazu ist es den Import als gewichtete Summe der (erwarteten) Exporte der wichtigsten Handelspartner darzustellen. Das ifo Importklima folgt dieser Vorgehensweise.

Das ifo Institut hat mit dem Exportklima in der Vergangenheit bereits einen wichtigen Frühindikator für die Prognose der deutschen Exporte vorgelegt (vgl. Elstner et al. 2013). Dieses basiert auf den Erwartungen der ausländischen Firmen und Haushalte sowie der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Für das neue ifo Importklima wurden die einzelnen Exportklimaindizes der 37 wichtigsten Handelspartner Deutschlands berechnet und mit deutschen Importanteilen zu einem neuen monatlichen Frühindikator verdichtet.

Abbildung 3.11 zeigt das ifo Importklima zusammen mit der Vorjahresveränderungsrate der preisbereinigten Importe Deutschlands für den Zeitraum 1996Q1 bis 2017Q4 (repräsentiert als Durchschnitt der Monate Oktober und November). Die visuelle Evidenz bescheinigt dem ifo Importklima einen soliden Vorlauf zum Import. Im Aufsatz von Grimme et al. (2017) wurde darüber hinaus die Prognosegüte mittels einer Pseudo-out-of-sample-Prognoseübung und Echtzeitdaten für das Importwachstum getestet. Verglichen wurde das ifo Importklima unter anderem mit den monatlichen Spezialhandelszahlen, den Auftragsein-

Abb. 3.11

**ifo Importklima<sup>a</sup> und Importwachstum**



<sup>a</sup> Das monatliche ifo Importklima wird als Durchschnitt von drei Monaten auf Quartalsbasis gezeigt. Das vierte Quartal 2017 entspricht dem Durchschnitt der Monate Oktober und November.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

gängen in der Industrie und wichtigen konjunkturellen Frühindikatoren für die deutsche Volkswirtschaft (z.B. der ifo Geschäftsklimaindex). Das ifo Importklima weist für das laufende und kommende Quartal die niedrigsten Prognosefehler auf. Darüber hinaus besitzt der Indikator auch einen Publikationsvorlauf, da dieser auf monatlichen Daten der Handelspartner beruht. Dem ifo Importklima kann daher hohe praktische Relevanz attestiert werden, da man bereits frühzeitig Signale für die aktuelle Entwicklung der Importe erhält. Am aktuellen Rand (November 2017) deutet das ifo Importklima auf eine kräftige Expansion der deutschen Importnachfrage hin.

den Gewerbe verbesserten sich im Oktober gegenüber dem dritten Quartal. Höhere Aufträge weisen auf eine steigende inländische Produktion hin, die typischerweise mit einer höheren Nachfrage nach Vorleistungsgütern aus dem Ausland einhergeht. Darüber hinaus zog die nominale Einfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels im Oktober kräftig gegenüber dem dritten Quartal an. Im weiteren Verlauf dürften die Einfuhren etwas weniger dynamisch zulegen. Zum einen ist die Expansion der Ausfuhren nicht mehr ganz so kräftig, dadurch wird der zusätzliche Bedarf an ausländischen Vorleistungsgütern gebremst. Zum anderen gehen die positiven Zuwachsraten bei den Ausrüstungsinvestitionen leicht zurück. Insgesamt dürfte der Import in diesem Jahr um 4,9% expandieren. Im kommenden Jahr wird er voraussichtlich um 5,5% und im Jahr 2019 um 5,0% steigen (vgl. Abb. 3.10).

Alles in allem wird der Außenhandel damit in diesem Jahr rein rechnerisch einen Beitrag zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts von 0,1 Prozentpunkten leisten, nach -0,3 Prozentpunkten im vergangenen Jahr; im Jahr 2018 dürfte er 0,5 Prozentpunkte und im übernächsten Jahr 0,2 Prozentpunkte betragen (vgl. Tab. 3.7). Berücksichtigt man, dass Importgüter nicht nur für die Produktion von Exportgütern verwendet werden, sondern auch einen Beitrag zum Anstieg der binnenwirtschaftlichen Verwendungskomponenten leisten, erhöhen sich die importbereinigten Beiträge der Ausfuhren zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts von 0,4 Prozentpunkten im vergangenen Jahr auf 0,9 Prozentpunkte im laufenden Jahr und auf 1,2 bzw. 0,9 Prozentpunkte in den Jahren 2018 und 2019 (vgl. Kasten »Zur Importbereinigung der Verwendungsaggregate«). Somit stellt der Export im gesamten Prognosezeitraum eine wichtige, wenn auch nicht alleinige Stütze für die deutsche Konjunktur dar.

Die Terms of Trade zogen im dritten Quartal 2017 abermals stark an. Zwar reduzierten sich die Ausfuhrpreise im dritten Vierteljahr, allerdings fielen die Einfuhrpreise noch stärker, da Rohstoffe im Vorquartal spürbar günstiger wurden; das führte auch dazu, dass sich die Preise für Vorleistungsgütereinfuhren reduzierten. Darüber hinaus verstärkte die abermalige Aufwertung des Euro den Rückgang der Einfuhrpreise.

Im vierten Quartal werden die Terms of Trade voraussichtlich deutlich fallen. Darauf weisen die vorliegenden Monatswerte für die Außenhandelspreise hin; die Einfuhrpreise werden wohl relativ stark zulegen, während die Ausfuhrpreise moderat steigen dürften. Der starke Anstieg der Importpreise ist auf die seit August anhaltende Verteuerung von Rohöl zurückzuführen, die sowohl die Einfuhrpreise von Energie als auch von Vorleistungsgütern steigen lässt. Diese Transmission dürfte sich bis in das Frühjahr des nächsten Jahres fortsetzen, so dass sich die Terms of Trade im ersten und zweiten Quartal 2018 wohl abermals, wenn auch weniger stark als im Schlussquartal 2017, verschlechtern werden. Ab dem dritten Quartal 2018 dürften sich die Terms of Trade dann leicht verbessern. Die inländischen Unternehmen werden ihre Kostensteigerungen bei den Energie- und Vorleistungsgütereinfuhren sowie bei den Löhnen voraussichtlich zum Teil an ihre Abnehmer weitergeben. Darüber hinaus dürften die Exporteure in Anbetracht der robusten Auslandskonjunktur die daraus resultierenden Preissetzungsspielräume nutzen. Unter der Annahme konstanter Wechselkurse und realer Konstanz der Ölpreise dürften die Einfuhrpreise mit etwas niedrigeren Raten anziehen als die Ausfuhrpreise. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Terms of Trade in diesem Jahr aufgrund des großen Rückgangs im ersten Quartal 2017 um 1,0% verschlechtern. Im kommenden Jahr dürften sie sich nochmals um 0,4% verschlechtern, bevor es im Jahr 2019 zu einer geringen Verbesserung um 0,2% kommen dürfte.

Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird voraussichtlich einen Wert von 252 Mrd. Euro in diesem,

Tab. 3.7

**Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts**  
in Prozentpunkten

	2016	2017	2018	2019
Konsumausgaben	1,8	1,3	1,1	1,2
Private Konsumausgaben	1,1	1,1	0,9	1,0
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,2	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	0,8	0,8	0,6
Ausrüstungen	0,1	0,3	0,4	0,3
Bauten	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	-0,2	0,1	0,3	0,1
Letzte inländische Verwendung	2,2	2,1	2,2	1,9
Außenbeitrag	-0,3	0,1	0,5	0,2
Exporte	1,2	2,0	2,6	2,2
Importe	-1,5	-1,9	-2,2	-2,0
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>a</sup></b>	<b>1,9</b>	<b>2,3</b>	<b>2,6</b>	<b>2,1</b>

<sup>a</sup> Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

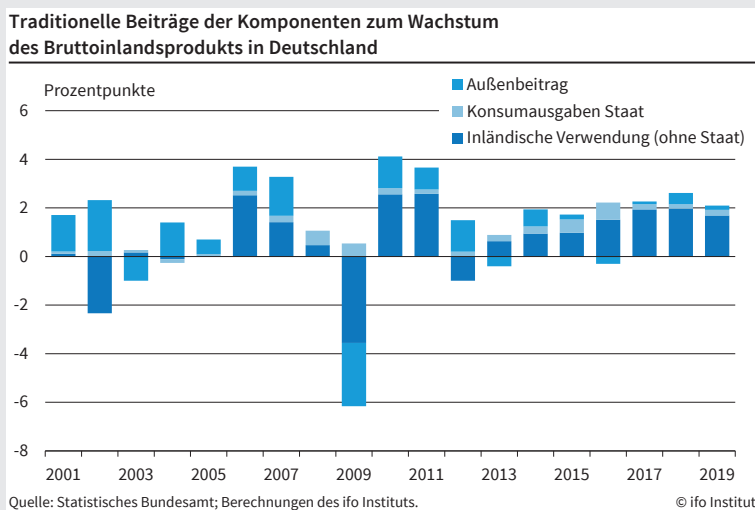
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

## Zur Importbereinigung der Verwendungsaggregate

In allen Texten und Argumentationen der einschlägigen Prognoseanbieter findet sich immer wieder die Betonung der binnenwirtschaftlichen Kräfte als Treiber des deutschen Aufschwungs seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise. Und in der Tat leistet gemäß der traditionellen Wachstumszerlegung, wie sie auch vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen wird, die inländische Verwendung – also die Summe aus privaten und öffentlichen Konsumausgaben, Bruttoanlageinvestitionen sowie Vorratsveränderungen – seit 2010 den größten Beitrag zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abb. 3.12). Demnach spielt in den Jahren 2013 bis 2016 der Außenbeitrag nur eine eher untergeordnete Rolle, während der Aufschwung vor der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 eher als außenwirtschaftlich getrieben bezeichnet werden konnte. Zudem wird die Rolle des Staates klar ersichtlich: die Konjunkturpakete 2008 und 2009 sowie die Ausgaben im Zuge der Flüchtlingsmigration in den Jahren 2015 und 2016 leisteten einen signifikanten Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung in Deutschland. Im aktuellen Prognosezeitraum wird der Außenbeitrag wieder eine etwas stärkere Rolle spielen, wenngleich die Wachstumsbeiträge weitaus kleiner ausfallen als in den Jahren vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Abb. 3.12



Das Bild des Aufschwungs wird in der traditionellen Darstellung jedoch verwaschen, da in dieser Darstellung bei der Berechnung des sogenannten Außenbeitrags die Exporte komplett mit den Importen verrechnet werden. Jedoch weisen die einzelnen Verwendungskomponenten für sich gesehen eine gewisse Importintensität auf (vgl. Kranendonk und Verbruggen 2008). Nicht alle importierten Güter werden zwangsläufig für den Export ge- oder verbraucht. Auch die privaten Haushalte oder der Staat konsumieren Güter aus dem Ausland bzw. inländische Firmen nutzen

importierte Güter als Input für ihre eigene Produktion. Um daher ein klareres Bild des deutschen Aufschwungs zu bekommen, müssen die einzelnen Verwendungsaggregate um ihren Importanteil bereinigt werden. Für den Euroraum hat die Bundesbank bereits solch eine Rechnung vorgelegt (vgl. Deutsche Bundesbank 2017b). Der vorliegende Kasten adaptiert diese Rechnung und wendet diese auf den deutschen Fall an.

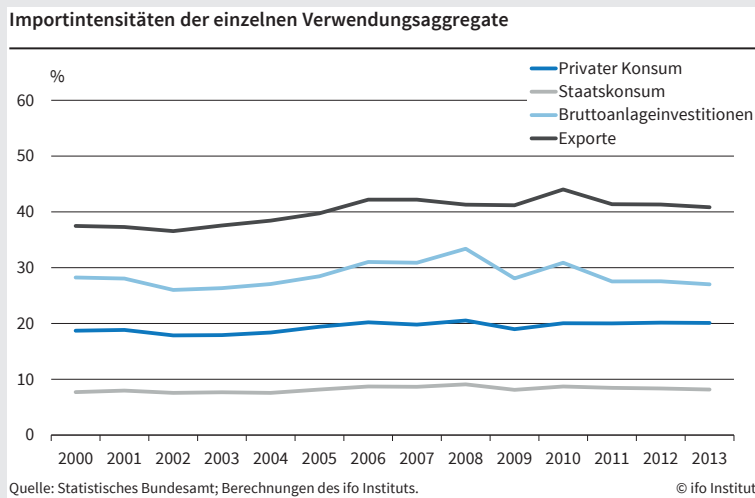
Zur Berechnung der Importintensitäten werden die Input-Output-Tabellen (IO-Tabellen) des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2000 bis 2013 herangezogen.<sup>1</sup> Die entsprechende Tabelle für das Jahr 2014 lag zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung noch nicht vor. Neben den Produktionsverflechtungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen der deutschen Volkswirtschaft (insgesamt werden aktuell 85 Sektoren abgebildet) und der letzten Verwendung von Gütern werden die Inputs – sowohl für die Produktion als auch für die Verwendung – getrennt nach inländischer Herstellung und importierten Gütern ausgewiesen. Mittels dieser Angaben kann eine Importbereinigung der einzelnen Verwendungsaggregate vorgenommen werden. Dabei folgt das ifo Institut eng dem Ansatz von Kranendonk und Verbruggen (2008).

Abbildung 3.13 zeigt die Importintensitäten, also den Anteil der nominalen Importe (Summe aus Importen für die letzte Verwendung und der Vorleistungen der Wirtschaftsbereiche) an der gesamten nominalen Verwendung, der Verwendungsaggregate für die Jahre 2000 bis 2013. Auf die Darstellung der Vorratsveränderungen wurde verzichtet, da es sich hierbei um eine um die Null schwankende Größe handelt und damit die Intensitäten hohe Prozentwerte annehmen können.

Die höchsten Importintensitäten mit Werten zwischen 40% und 45% weisen die Exporte auf. Jedoch wird an dieser Darstellung ersichtlich, dass eine vollständige Verrechnung der Importe mit den Exporten im Außenbeitrag nicht gerechtfertigt ist. Eine Importintensität von mehr als 25% zeigen die Bruttoanlageinvestitionen, gefolgt von den privaten Konsumausgaben mit einem Fünftel der gesamten Verwendung. Die geringste Import-

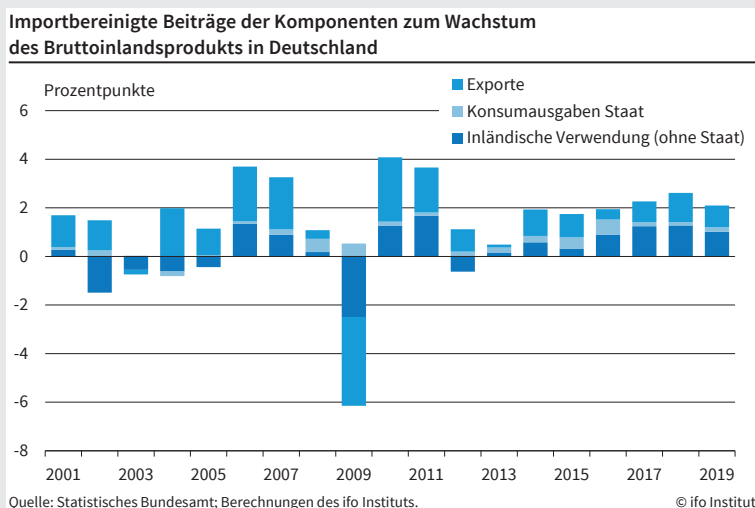
<sup>1</sup> Die dazugehörigen Publikationen (Fachserie 18, Reihe 2) können auf dem Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes heruntergeladen werden.

Abb. 3.13



seizeitraum (2017 bis 2019) konstant auf dem letzten verfügbaren Wert des Jahres 2013 gehalten. Angesichts der Entwicklung der Intensitäten in Abbildung 3.13. erscheint dies keine kritische Annahme. Zum anderen werden die Wachstumsbeiträge auf Basis der realen Zuwachsraten errechnet, die auch bei der traditionellen Zerlegung ihre Anwendung finden. Leider liegen keine preisbereinigten IO-Tabellen vor, so dass bspw. die Wachstumsrate der importbereinigten privaten Konsumausgaben erzeugt werden kann. Wenn demnach die gesamten privaten Konsumausgaben mit einer anderen Wachstumsrate expandieren als das hypothetische, importbereinigte Aggregat, kann der Wachstumsbeitrag entweder über- oder unterzeichnet sein. Aufgrund der Datenlage kann dieses Problem aber nicht gelöst werden. Jedoch sollte bei der Interpretation der importbereinigten Wachstumsbeiträge darauf geachtet werden. Zudem entspricht die Summe der nominalen Importe aus der IO-Tabelle nicht den nominalen Angaben aus der jüngsten VGR, da nicht alle IO-Tabellen rückwirkend an alle VGR-Revisionen angepasst werden.

Abb. 3.14



Die Aussage, dass der Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit nunmehr 2013 befindet, ausschließlich von der inländischen Verwendung getragen wurde, kann nach der Bereinigung nur noch eingeschränkt bestätigt werden (vgl. Abb. 3.14). Zwar hat die Binnennachfrage bis zum Jahr 2016, teilweise unterstützt durch den öffentlichen Konsum, einen wachsenden Beitrag zur konjunkturellen Erholung geleistet. Allerdings gingen anders als bei der traditionellen Wachstumszerlegung auch von den Exporten signifikante Impulse aus, deren Beitrag sich zwischen 2014 und 2016 jedoch merklich abgeschwächt hat. Erst im laufenden Jahr konnten die Exporte wieder an Kraft gewinnen.

Im Prognosezeitraum kommt den Exporten eine zentrale Schlüsselposition zu. Neben der robusten Binnenkonjunktur dürften die Wachstumsbeiträge des Exportes in den Jahren 2017 und 2018 weiter zunehmen und in etwa jenen der Jahre 2014 und 2015 entsprechen. Zwar fallen die Beiträge der Exporte deutlich geringer aus als in früheren Aufschwüngen, wie etwa den Jahren unmittelbar vor oder nach der Weltfinanzkrise. Jedoch unterscheidet sich der aktuelle Aufschwung insofern von jenen in der Vergangenheit, als dass dieser auf einer breiteren Basis steht und alle Verwendungsaggregate Impulse liefern dürften.

intensität mit annähernd 10% weisen die Konsumausgaben des Staates auf. Der Rest entfällt auf die Vorräte. Mit wenigen Ausnahmen erscheinen die Intensitäten sehr stabil über die Zeit.

Auf Grundlage dieser Importintensitäten werden die traditionellen Wachstumsbeiträge bereinigt und somit importbereinigte Wachstumsbeiträge berechnet. Hierfür mussten zwei Annahmen getroffen werden. Zum einen werden die Importintensitäten für die fehlenden Jahre (2014 bis 2016) sowie für den Prognosezeitraum (2017 bis 2019) konstant auf dem letzten verfügbaren Wert des Jahres 2013 gehalten.

Angesichts der Entwicklung der Intensitäten in Abbildung 3.13. erscheint dies keine kritische Annahme. Zum anderen werden die Wachstumsbeiträge auf Basis der realen Zuwachsraten errechnet, die auch bei der traditionellen Zerlegung ihre Anwendung finden. Leider liegen keine preisbereinigten IO-Tabellen vor, so dass bspw. die Wachstumsrate der importbereinigten privaten Konsumausgaben erzeugt werden kann. Wenn demnach die gesamten privaten Konsumausgaben mit einer anderen Wachstumsrate expandieren als das hypothetische, importbereinigte Aggregat, kann der Wachstumsbeitrag entweder über- oder unterzeichnet sein. Aufgrund der Datenlage kann dieses Problem aber nicht gelöst werden. Jedoch sollte bei der Interpretation der importbereinigten Wachstumsbeiträge darauf geachtet werden. Zudem entspricht die Summe der nominalen Importe aus der IO-Tabelle nicht den nominalen Angaben aus der jüngsten VGR, da nicht alle IO-Tabellen rückwirkend an alle VGR-Revisionen angepasst werden. Die berechnete Diskrepanz zwischen den beiden Importangaben wurde mittels der in Abbildung 3.13 angegebenen Intensitäten auf die Aggregate verteilt.

Die Aussage, dass der Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit nunmehr 2013 befindet, ausschließlich von der inländischen Verwendung getragen wurde, kann nach der Bereinigung nur noch eingeschränkt bestätigt werden (vgl. Abb. 3.14). Zwar hat die Binnennachfrage bis zum Jahr 2016, teilweise unterstützt durch den öffentlichen Konsum, einen wachsenden Beitrag zur konjunkturellen Erholung geleistet. Allerdings gingen anders als bei der traditionellen Wachstumszerlegung auch von den Exporten signifikante Impulse aus, deren Beitrag sich zwischen 2014 und 2016 jedoch merklich abgeschwächt hat. Erst im laufenden Jahr konnten die Exporte wieder an Kraft gewinnen.



von 265 Mrd. Euro im kommenden und 278 Mrd. Euro im übernächsten Jahr aufweisen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird der Leistungsbilanzüberschuss mit 7,7% in diesem Jahr und jeweils 7,8% in den folgenden beiden Jahren weiterhin auf einem relativ hohen Niveau bleiben. In diesem Jahr wirkte der Anstieg der Terms of Trade im Sommerhalbjahr für sich genommen leistungsbilanz erhöhend; allein auf die im Vergleich zum ersten Quartal niedrigeren Importpreise für Rohöl und Erdgas geht ein Anstieg des Leistungsbilanzsaldos in Höhe von 0,2 Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts zurück (vgl. Grimme und Wollmershäuser 2017). Im Prognosezeitraum ist von den Primäreinkommen kein Dämpfer auf den Leistungsbilanzüberschuss zu erwarten. Infolge der graduell einsetzenden Normalisierung der geldpolitischen Ausrichtung ist davon auszugehen, dass die Kapitalmarktzinsen steigen. Dadurch dürfte sich der Primäreinkommensüberschuss weiter erhöhen aufgrund des inzwischen relativ hohen deutschen Nettobestands an langfristigen ausländischen Schuldverschreibungen (vgl. Graf und Grimme 2017).

### 3.6. LEBHAFTE INVESTITIONSTÄTIGKEIT DER UNTERNEHMEN SETZT SICH FORT

Die Unternehmensinvestitionen setzten im dritten Quartal ihren seit Jahresbeginn anhaltenden positiven Trend fort und stiegen um 1,3% gegenüber dem Vorquartal. Über die Sparten hinweg ergab sich dabei ein gemischtes Bild: Während die Investitionen in gewerbliche Bauten nach dem kräftigen Anstieg am Jahresanfang um 1,4% nachgaben, legten die privaten Investitionen in sonstige Anlagen moderat um 0,6% zu. Einen kräftigen Zuwachs verzeichneten hingegen die privaten Ausrüstungsinvestitionen, die mit einer Verlaufsrate von 2,9% die stärkste Zunahme seit knapp 3 Jahren aufwiesen. Ausschlaggebend dafür dürften die gut gefüllten Auftragsbücher und damit einhergehend die seit geraumer Zeit überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung des Verarbeitenden Gewerbes sein.

Im laufenden Quartal dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen. Zwar kam es im Oktober zu einem Rückgang der Produktion und der Umsätze der Investitionsgüterproduzenten; die eigentlich aufwärtsgerichtete konjunkturelle Tendenz war allerdings durch Produktionsausfälle infolge eines zusätzlichen Brückentages im Oktober überlagert worden (vgl. Abschnitt »Industrielle Triebkräfte stärken deutschen Aufschwung«). Dafür sprechen zum einen die kräftigen Anstiege der Kraftfahrzeugzulassungen im Oktober und November die-

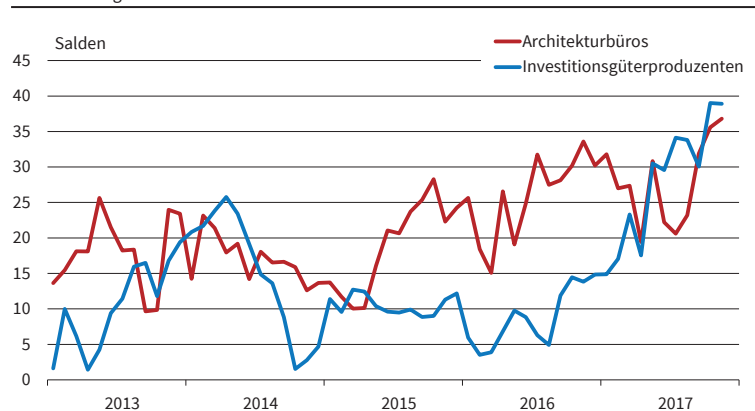
ses Jahres. Zum anderen deuten die zuletzt bei den Investitionsgüterproduzenten eingegangenen Bestellungen auf eine rege Investitionsnachfrage hin. Im Einklang mit der zuletzt spürbar anziehenden Dynamik der Weltwirtschaft entwickelten sich vor allem die Auftragsgänge aus dem Ausland äußerst positiv. Folglich sollte es zu spürbaren Erweiterungsinvestitionen kommen, auch weil die Auftragslage ausgezeichnet ist und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten schon seit einiger Zeit überdurchschnittlich ausgelastet sind (vgl. Abb. 3.1). Stimuliert durch die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen kam es überdies am aktuellen Rand zu einem nochmals beschleunigten Anstieg des Unternehmenskreditvolumens (dieses legte das erste Mal seit der Finanzkrise mit mehr als 5% gegenüber dem Vorjahr zu), welcher sich ebenfalls in einer lebhaften Investitionstätigkeit widerspiegeln sollte. Diese sehr vorteilhaften Rahmenbedingungen zeigen sich nicht zuletzt im ifo Geschäftsklima der Investitionsgüterproduzenten, welches sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau befindet (vgl. Abb. 3.15).

Vor dem Hintergrund des weiter ansteigenden Auslastungsgrads der deutschen Wirtschaft wird sich die kräftige Expansion der Unternehmensinvestitionen wohl fortsetzen. Die leicht abnehmende Dynamik der Weltkonjunktur dürfte jedoch die Zunahme der Nachfrage nach im Inland produzierten Investitionsgütern etwas dämpfen. Ferner wird die Ausweitung der Investitionen in gewerbliche Bauten in den kommenden Jahren wohl geringer ausfallen als zuletzt. Dies dürfte zu einer leichten Entschleunigung der Unternehmensinvestitionen im weiteren Prognosehorizont führen.

Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im laufenden Jahr wohl recht kräftig um 3,7% gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Für die Jahre 2018 und 2019 ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Anstieg um 4,4% bzw. 3,4% (vgl. Abb. 3.16). Die tatsächliche konjunkturelle Dynamik zeigt sich dabei vor allem in den Jahresverlaufsrate.<sup>5</sup> Diese erreichen

<sup>5</sup> Die Jahresverlaufsrate berechnet sich als Veränderung der realen Unternehmensinvestitionen im vierten Quartal gegenüber dem ent-

Abb. 3.15  
ifo Geschäftsklima in ausgewählten Bereichen  
Saisonbereinigter Verlauf



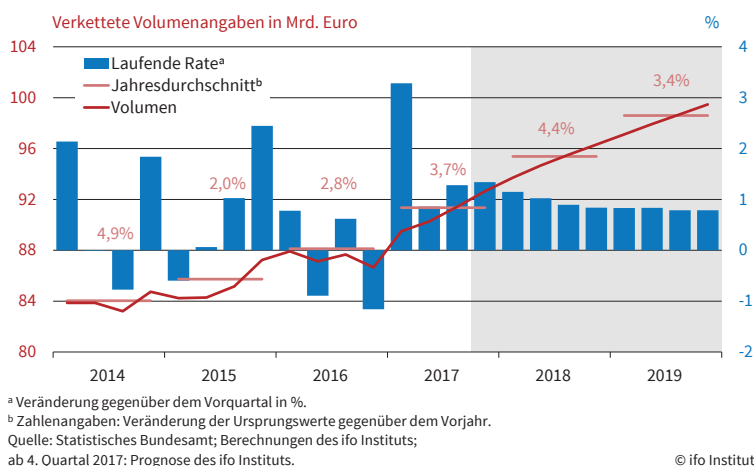
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2017.

© ifo Institut



Abb. 3.16

**Reale Unternehmensinvestitionen**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



ihren Höhepunkt mit 6,9% in 2017 und fallen in den Jahren 2018 und 2019 auf 4,0% bzw. 3,3%.

**3.7. WOHNUNGSBAU EXPANDIERT WEITERHIN KRÄFTIG**

Die Investitionen in Wohnbauten konnten zuletzt mit einem lediglich moderaten Zuwachs um 0,5% gegenüber dem Vorquartal nicht das Expansionstempo aus der ersten Jahreshälfte halten. Im laufenden Quartal dürfte sich die Ausweitung der Investitionen nur leicht beschleunigen. Darauf deutet vor allem die schwache Entwicklung des Produktionsindex des Baugewerbes am aktuellen Rand hin. Überdies dürfte sich hier eine leicht überdurchschnittliche Behinderung durch Witterungseinflüsse bemerkbar machen. Die generelle Dynamik der Wohnungsbauinvestitionen bleibt jedoch ungebrochen und zu Beginn des kommenden Jahres dürfte es wieder zu einer Beschleunigung der Zunahme kommen. Darauf deutet nicht zuletzt das weiterhin äußerst komfortable Niveau an Baugenehmigungen und Auftragsbeständen hin. Auch das Geschäftsklima der vom ifo Institut befragten Architekten ist nach einer Verschnaufpause im Sommerhalbjahr wieder deutlich angestiegen (vgl. Abb. 3.15). Des Weiteren sollte die günstige Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung in Verbindung mit dem vorteilhaften Finanzierungsumfeld stimu-

**Fortsetzung Fußnote 5:**

sprechenden Quartal des Vorjahres. Alternativ kann sie durch Summation der vierteljährlichen Verlaufsraten des betrachteten Jahres ermittelt werden und gibt deshalb ein besseres Bild der konjunkturellen Grundtendenz innerhalb eines Jahres als die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate, in die auch der statistische Überhang aus dem jeweiligen Vorjahr einfließt.

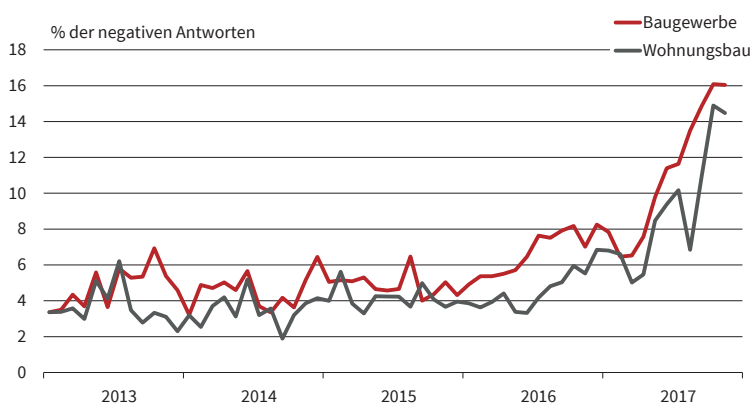
lierend wirken. Jedoch fällt es den Firmen im Baugewerbe zusehends schwerer offene Stellen zu besetzen, um weitere Bauprojekte umzusetzen. So berichten inzwischen ca. 15% der vom ifo Institut befragten Unternehmen, dass Arbeitskräftemangel derzeit ihre Bautätigkeit behindert. Dies stellt einen historischen Höchststand dar (vgl. Abb. 3.17). Dementsprechend kam es am aktuellen Rand zu deutlich steigenden Arbeitskosten und Baupreisen, welche sich trotz des weiterhin günstigen Finanzierungsumfeldes dämpfend auf die Nachfrage nach Wohnraum auswirken dürften.

Im weiteren Prognoseverlauf wird sich die Ausweitung der Wohnbauinvestitionen voraussichtlich fortsetzen. Die Rückgänge der Auftragsbestände sowie der Baugenehmigungen seit Jahresbeginn deuten jedoch daraufhin, dass sich die Zunahme in den Jahren 2018 und 2019 merklich verlangsamen wird. Alles in allem dürften die Wohnbauinvestitionen im laufenden Jahr um 4,4% (kalenderbereinigt 5,3%) gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden. Für die Jahre 2018 und 2019 ergeben sich Raten in Höhe von 3,7% bzw. 2,9% (vgl. Abb. 3.18).

Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen im Prognoseverlauf weiter zulegen. Im Jahr 2017 ergibt sich eine Expansion um 3,8% (kalenderbereinigt 4,5%) gegenüber dem Vorjahr. Im kommenden Jahr ergibt sich im Jahresdurchschnitt ein Anstieg in Höhe von 3,9%. Im Jahr 2019 werden die Bruttoanlageinvestitionen wohl um 3,1% zulegen (vgl. Tab. 3.8). Ähnlich wie bei den Unternehmensinvestitionen zeigt sich die konjunkturelle Dynamik in den Jahresverlaufsraten. Für das Jahr 2017 ergibt sich im Jahresverlauf ein kräftiger Anstieg um 6,2%. Für die Jahre 2018 und 2019 verringert sich dieser dann auf 3,7% bzw. 3,0%.

Abb. 3.17

**Mangel an Arbeitskräften**  
Saisonbereinigter Verlauf

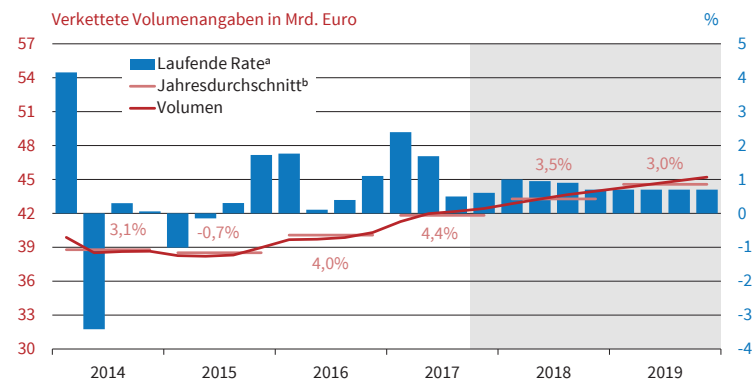


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2017.

© ifo Institut

Abb. 3.18

**Reale Wohnungsbauminvestitionen**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 3.8

**Reale Bruttoanlageinvestitionen**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % <sup>a</sup>	2016	2017	2018	2019
<b>Bauten</b>	<b>48,3</b>	<b>2,7</b>	<b>3,6</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>
Wohnungsbau	29,4	4,0	4,4	3,5	3,0
Nichtwohnungsbau	18,9	0,8	2,4	1,6	1,7
Gewerblicher Bau	13,3	0,0	3,0	1,5	2,0
Öffentlicher Bau	5,6	2,7	0,8	1,7	0,9
<b>Ausrüstungen</b>	<b>32,6</b>	<b>2,2</b>	<b>4,3</b>	<b>5,8</b>	<b>4,0</b>
<b>Sonstige Anlagen</b>	<b>19,1</b>	<b>5,5</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>	<b>3,3</b>
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>	<b>100</b>	<b>3,1</b>	<b>3,8</b>	<b>3,9</b>	<b>3,1</b>

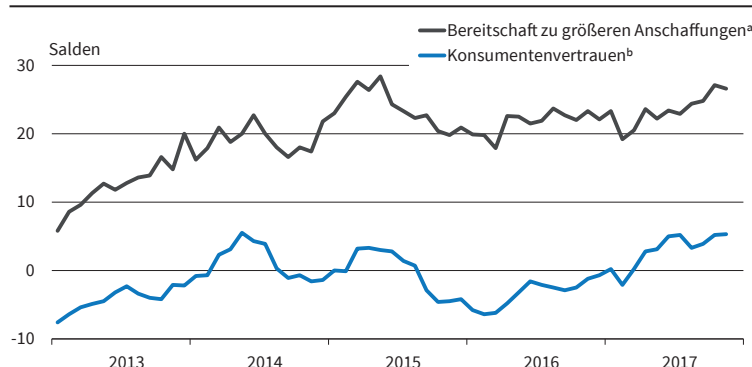
nachrichtlich:  
**Unternehmensinvestitionen<sup>b</sup>** 60,0 2,8 3,7 4,4 3,4  
<sup>a</sup> Bezogen auf das Jahr 2016. <sup>b</sup> Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungs-  
investitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

**3.8. KONSUMKONJUNKTUR ANHALTEND GUT**

Der private Konsum ist im ersten Halbjahr 2017 überaus kräftig gestiegen; im dritten Quartal stagnierten die Verbrauchsausgaben bei steigender Sparquote in etwa auf dem erreichten hohen Niveau. Wie im Vorjahr wurde die Konsumkonjunktur auch im laufenden Jahr begünstigt durch die Ausweitung der Beschäftigung, durch höhere Arbeits- und Transferinkommen sowie durch steuerliche Entlastungen. So wurde zu Jahresanfang abermals die kalte Progression durch eine Anpassung der Tarifeckwerte gemindert, zudem wurden der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag erhöht. Mit der Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes II wurde allerdings der Beitragssatz zur Pflegeversicherung angehoben. Beiden Transfers

saisonbereinigt im Durchschnitt der Monate Oktober und November mit 6,1% sogar sehr deutlich über dem Durchschnittswert des dritten Quartals, befördert durch die kräftigen Neuwagen-Rabatte des Pkw-Handels sowie die Umstiegsprämien für alte Diesel-Pkw.

Abb. 3.19  
**Indikatoren zur Konsumkonjunktur**  
Saisonbereinigter Verlauf



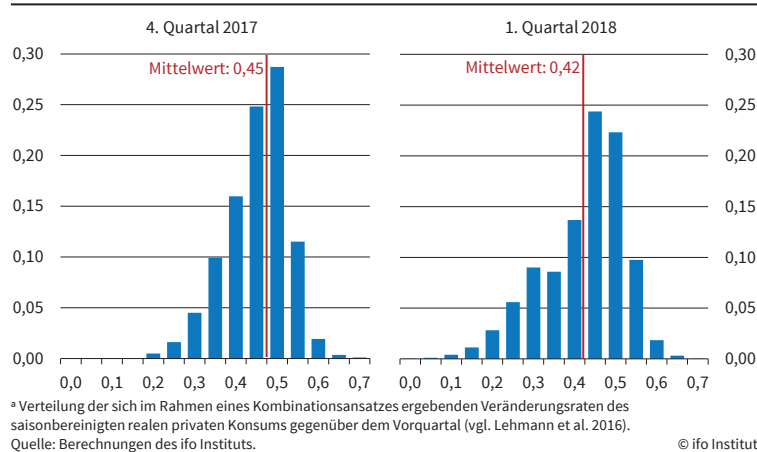
<sup>a</sup> Gegenwärtig. <sup>b</sup> Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten).  
Quelle: EU-Kommission. © ifo Institut

schlug zu Buche, dass zum Jahresbeginn das Kindergeld sowie der Kinderzuschlag erhöht wurden, auch sind die Hartz-IV-Regelsätze leicht gestiegen. Im Gefolge der Migration wurde außerdem mehr ALG II gewährt. Zur Jahresmitte wurden schließlich die Altersrenten merklich erhöht, um 1,90% in den westdeutschen Bundesländern und um 3,59% in den ostdeutschen Ländern. Alles in allem sind die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im bisherigen Jahresverlauf saisonbereinigt um 3% gestiegen, in annähernd gleichem Tempo expandierte der private Konsum. Nach Abzug der Preissteigerung, die sich in diesem Zeitraum auf 1,1% belief, ergab sich für den realen privaten Konsum ein Plus von 1,6%.

Die Perspektiven für eine Fortsetzung der guten Verbrauchskonjunktur sind weiter positiv. Zwar sind die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Pkw) im Oktober, ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge, gesunken. Das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen haben aber das ganze Jahr über zugenommen (vgl. Abb. 3.19). Die Zahl der von privaten Haltern neu zugelassenen Pkw lag

Abb. 3.20

**Verteilung der Modellprognosen für den realen Konsum<sup>a</sup>**  
Relative Häufigkeit



Nach dem ifo-eigenen Kombinationsansatz (vgl. Lehmann et al. 2016) dürfte die Zuwachsrate des realen privaten Konsums im Jahreschlussquartal bei 0,5% liegen (vgl. Abb. 3.20). Aufgrund der Linksschiefe wird hier jedoch auf den Mittelwert der Verteilung abgestellt, der geringfügig darunter liegt. Im Jahresdurchschnitt 2017 dürfte der private Verbrauch damit um 2,1% gestiegen sein; im Jahresverlauf ergibt sich ein Zuwachs in ähnlicher Größenordnung.

Der Anstieg des privaten Konsums dürfte sich im kommenden Jahr fortsetzen. Die Bruttolöhne werden im Gefolge höherer effektiver Stundenverdienste um 4,7% expandieren, netto fällt die Zunahme mit 4,6% voraussichtlich nur wenig langsamer aus. Der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag werden weiter erhöht, auch wird der Steuertarif zum Ausgleich der kalten Progression abermals nach rechts verschoben. Zudem soll der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte auf 1,0% zurückgenommen werden; im gleichen Ausmaß sinkt der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung. Bei den monetären Sozialleistungen wirkt sich aus, dass die Anpassung der Altersrenten zur Jahresmitte 2018 deutlich höher als im laufenden Jahr ausfallen wird (voraussichtlich 3,09% in den westdeutschen und 3,23% in den ostdeutschen Bundesländern). Außerdem erfolgt zu diesem Zeitpunkt die erste Stufe der Angleichung der Ostrenten im Zuge des Rentenüberleitungs-Abschlussgesetzes; ab dem 1. Juli 2024 wird in ganz Deutschland ein einheitlicher aktueller Rentenwert gelten. Darüber hinaus steigen die an Migranten gezahlten Sozialleistungen weiter. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,8% stei-

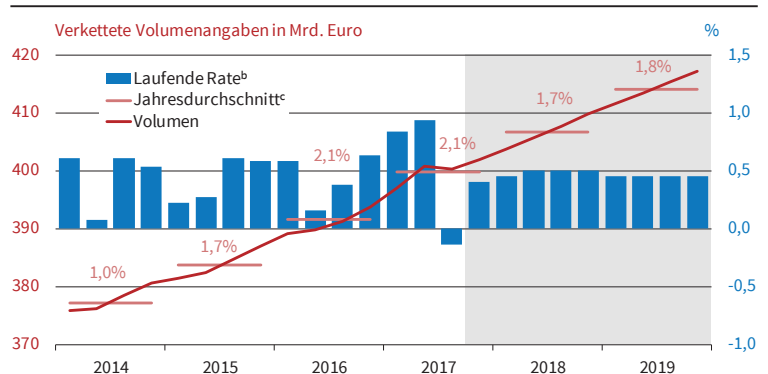
gen, bei nahezu unveränderter Sparquote. Zwar sprechen für eine Zunahme der lebhafte Wohnbautätigkeit und – vor dem Hintergrund eines trendmäßig sinkenden Rentenniveaus – die Notwendigkeit zur ergänzenden Privatvorsorge; gegenzurechnen ist allerdings der sich im Prognosezeitraum beschleunigende Preisauftrieb. Alles in allem dürften die Verbrauchsausgaben im kommenden Jahr bei einer allenfalls geringfügig gestiegenen Sparquote um 3,6% zulegen, real um 1,7% (vgl. Abb. 3.21). Die im Vergleich zum Jahr 2017 geringere jahresdurchschnittliche Steigerungsrate geht primär auf einen kleineren, aus dem Jahr 2017 herrührenden Überhang zurück. Im Jahr 2019 ist mit einer jahresdurchschnittlichen realen Steigerung des realen privaten Konsums in Höhe von 1,8% zu rechnen.

**3.9. BESCHLEUNIGTER PREISANSTIEG**

Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist im dritten Quartal 2017 mit einer laufenden Rate von 0,5% saisonbereinigt nahezu ähnlich kräftig gestiegen wie im ersten Quartal. Im zweiten Quartal 2017 hatte sich der Preisauftrieb aufgrund der merklichen Verbilligung von Energieträgern im Gefolge nachgebender Rohölnotierungen vorübergehend abgeschwächt. Kräftig verteuert haben sich zuletzt die Preise von Nahrungsmitteln und Dienstleistungen. Dagegen sind die Energiepreise trotz der Trendwende bei den Ölpreisen aufgrund der Aufwertung des Euro nochmals leicht gesunken. Im Vorjahresvergleich belief sich die Teuerung im dritten Quartal 2017 wie schon im vorangegangenen Quartal auf 1,7%. Die gleiche Vorjahresrate

Abb. 3.21

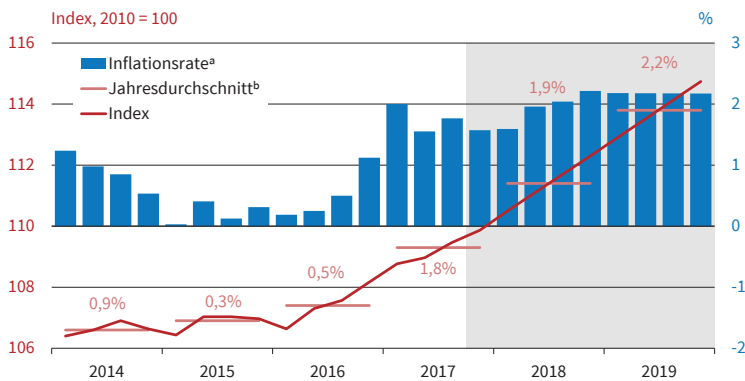
**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>a</sup>**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.  
<sup>b</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>c</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.22

**Verbraucherpreise in Deutschland**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

ergab sich im dritten Vierteljahr auch für den VPI ohne Energieträger.

Im vierten Quartal 2017 dürfte sich die laufende Rate auf 0,4% ermäßigt haben. Zwar sind die Preise für Energie saisonbereinigt nunmehr gestiegen, im Vorquartalsvergleich sind aber die Preise von Dienstleistungen wohl stabil geblieben, dämpfend wirkten die zu Herbstanfang stark nachgebenden Preise für Reisen und die zeitgleich erfolgte Senkung der Prämien für die Kraftfahrzeugversicherung. Auch im Vorjahresvergleich dürfte die Quartalsrate leicht gesunken sein (1,6%), dies nicht zuletzt aufgrund von Basiseffekten im Jahresendquartal 2016. Im Jahresdurchschnitt 2017 dürfte sich die Preissteigerung auf der Verbraucherstufe auf 1,8% belaufen; nach 0,5% im Jahr 2016 (vgl. Abb. 3.22). Die hohe jahresdurchschnittliche Rate 2017 geht zum überwiegenden Teil auf den energiepreisbedingten hohen Überhang (1,0%) von Ende 2016 zurück. Ohne Energie gerechnet liegt die Inflationsrate 2017 voraussichtlich bei 1,6% (2016: 1,2%).

Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Verbraucherpreise beschleunigt steigen. Maßgeblich hierfür ist die schwungvolle Binnenkonjunktur. Zum einen nimmt die bereits sehr hohe Auslastung der Kapazitäten weiter zu. Zum anderen erhöht sich der aus dem beschleunigten Anstieg der Löhne herrührende Kostendruck, was insbesondere im Dienstleistungssektor auf die Preise überwältigt werden dürfte. Zudem dürften die Mieten, deren Anstieg sich zuletzt etwas abgeschwächt hat, angesichts des in Ballungsräumen weiter herrschenden Wohnungsmangels wieder stärker steigen. Bei den Strompreisen ist mit einem leichten Anziehen zu rechnen. Zwar sinkt die EEG-Umlage 2018 geringfügig, dafür dürften aber die Netzentgelte weiter stei-

gen. Bei den Rohölnotierungen wird in dieser Prognose von realer Konstanz ausgegangen. Ein neuerlicher Preisverfall ist wenig wahrscheinlich; die OPEC-Staaten haben zudem die Fördermengenkürzung um neun Monate bis Ende 2018 verlängert. Alles in allem dürfte der VPI im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,9% und im Jahr 2019 um 2,2% steigen. Ohne Berücksichtigung der Energiekomponente ergeben sich die gleichen Inflationsraten.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der die Kosten der inländischen Leistungserstellung misst, dürfte im Prognosezeitraum beschleunigt steigen. Zum

einen ziehen die Arbeitnehmerentgelte angesichts zunehmender Knappheiten am Arbeitsmarkt an. Zum anderen dürften die Erträge der Unternehmen, je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts gerechnet, vor dem Hintergrund der guten Konjunktur merklich ausgeweitet werden (vgl. Tab. 3.9). Die ifo Preiserwartungen deuten darauf hin, dass der Anteil der Unternehmen, die in den kommenden Monaten beabsichtigen ihre Preise anzuheben, deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre liegt (vgl. Abb. 3.23).

**3.10. GERINGERER ANSTIEG DES STAATSKONSUMS**

Die realen Konsumausgaben des Staats dürften im laufenden Jahr mit einer Rate von 1,1% deutlich schwächer als in den Vorjahren gestiegen sein. Maßgeblich hierfür ist der abgeebbte Flüchtlingszustrom, welcher zu einem geringeren Anstieg von Vorleistungen und sozialen Sachleistungen geführt hat. Hingegen haben die Ausweitung der Leistungen der Pflegeversicherung im Zuge der Pflegereform sowie die Personalaufstockungen z.B. im Bildungssektor und bei der öffentlichen Sicherheit zu Steigerungen des Staatskonsums beigetragen. Im weiteren Prognosezeitraum werden leichte Ausgabensteigerungen durch die Gestattung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechn-

Tab. 3.9

**BIP-Deflator**

Inflationsbeiträge der Komponenten des BIP-Deflators in Prozentpunkten

	2016	2017	2018	2019
<b>BIP-Deflator<sup>a</sup></b>	<b>1,3</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>
Arbeitnehmerentgelte (Inländer) <sup>b</sup>	0,9	1,1	0,9	1,2
Kosteneffekt der Bruttolöhne und -gehälter	0,8	0,9	0,8	1,0
Kosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge	0,1	0,1	0,1	0,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen <sup>b</sup>	0,0	0,3	0,7	0,6
Abschreibungen <sup>b</sup>	0,2	0,2	0,2	0,3
Prod.- und Importabgaben abz. Subventionen <sup>b</sup>	0,1	0,1	0,0	0,1
./. Saldo der Primäreinkommen übrige Welt <sup>b</sup>	-0,1	0,2	0,0	0,0

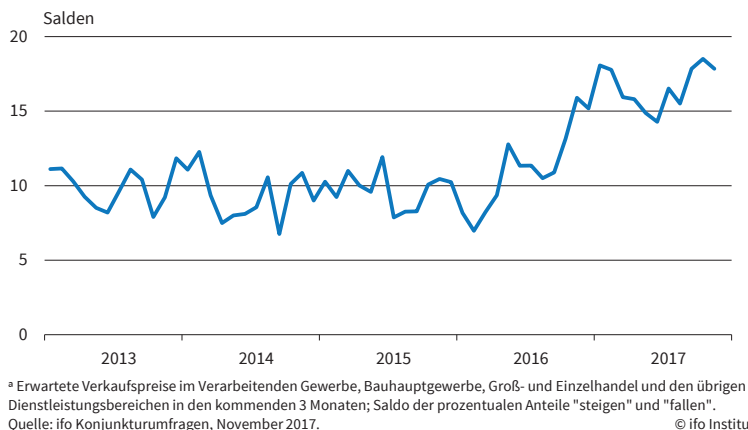
<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %; <sup>b</sup> Je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.23

**ifo Preiserwartungen der deutschen Wirtschaft<sup>a</sup>**  
Saisonbereinigter Verlauf



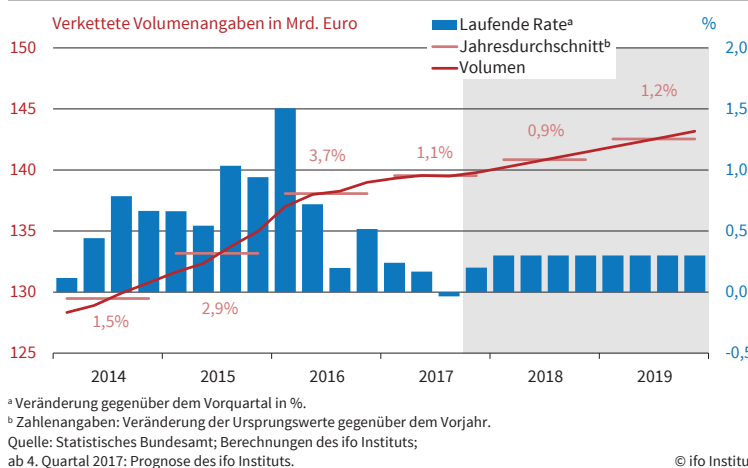
tigte erwartet, der bis März 2018 ausgesetzt ist. Alles in allem dürften die Zuwachsraten in den kommenden beiden Jahren ähnlich hoch sein wie in diesem Jahr. 2018 wird der reale Staatskonsum um 0,9% zulegen und im Jahr 2019 um 1,2% (vgl. Abb. 3.24).

**3.11. INDUSTRIELLE TRIEBKRÄFTE STÄRKEN DEUTSCHEN AUFSCHWUNG**

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem starken Aufschwung; das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte im ersten Vierteljahr 2017 mit einer kräftigen Zuwachsrate von 0,9% (vgl. Tab. 3.10). Nach aktuellem Rechenstand wurde eine ähnlich hohe Wachstumsrate zuletzt im Schlussquartal des Jahres 2014 erreicht. Im zweiten Vierteljahr des laufenden Jahres legte die hiesige Volkswirtschaft mit einer Zuwachsrate von 0,6% eine kurze, wenngleich verhältnismäßig leichte Verschnaufpause ein, um dann im dritten Quartal ihre Schlagzahl mit 0,8% wieder zu erhöhen. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe trug nunmehr spürbarer zum deutschen Aufschwung bei und weitete seine preis- und

Abb. 3.24

**Reale Konsumausgaben des Staats**  
Saisonbereinigter Verlauf



saisonbereinigte Bruttowertschöpfung im dritten Vierteljahr um 2,4% gegenüber dem Vorquartal aus. Darüber hinaus verbuchten die Dienstleister im Bereich Information und Kommunikation (+ 1,3%) sowie die Unternehmensdienstleister (+ 1,2%) deutliche Wertschöpfungsanstiege. Alle weiteren Wirtschaftsbereiche, mit Ausnahme der Energie- und Wasserversorgung, konnten ihre Produktion ebenfalls ausweiten. Im Jahresverlauf 2017 stellte sich der deutsche Aufschwung insgesamt auf eine breitere Basis, da nunmehr auch die hiesige Industrie, neben den bis dato starken binnenkonjunkturellen Kräften, spürbar zum Wirtschaftswachstum beitrug.

Grundlage für die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Leistung im vierten Quartal 2017 und dem ersten Vierteljahr des kommenden Jahres sind monatlich verfügbare Frühindikatoren. Neben Angaben der amtlichen Statistik (z.B. Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe und der Produktionsindex) wird den Ergebnissen der ifo Konjunkturumfrage eine besondere Rolle beigemessen (vgl. Carstensen et al. 2009). Auf Basis des vom ifo Institut verwendeten Indikatorenansatzes dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion weiterhin kräftig um 0,6% im laufenden und um 0,7% im kommenden Quartal zulegen. Abb. 3.25 zeigt die Häufigkeitsverteilung der im Rahmen des Pooling-of-Forecasts-Ansatzes<sup>6</sup> gewonnenen Quartalschätzungen der Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts, welcher sich in der Vergangenheit als äußerst treffsicher erwiesen hat (vgl. Fobbe und Lehmann 2016).

Zwar dürfte sich der gesamtwirtschaftliche Anstieg im vierten Quartal 2017 gegenüber dem Vorquartal etwas abschwächen, jedoch liegt die Zuwachsrate mit 0,6% weiterhin über der Potenzialrate. Das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland dürfte die kräftige Zuwachsrate aus dem dritten Vierteljahr nicht halten, da sich die Einschätzung der aktuellen ifo Geschäftslage seit geraumer Zeit auf hohem Niveau seitwärts bewegt (vgl. Abb. 3.26). Zudem ist der Produktionsindex

<sup>6</sup> Das ifo Institut prognostiziert die reale Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit Hilfe von Brückengleichungen. Im Rahmen eines Kombinationsansatzes (Pooling-of-Forecasts) wird eine Vielzahl von Modellen kombiniert, um der Modellunsicherheit Rechnung zu tragen. Schließlich werden die Quartalsprognosen der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu einer Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts hochaggregiert.

Tab. 3.10

**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>a</sup>**  
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2017				2018
	I	II	III	IV	I
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>	<b>0,8</b>	<b>0,6</b>	<b>0,7</b>
darunter:					
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,0	0,7	1,0	0,6	0,7
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	0,8	1,2	1,9	0,8	1,0
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	1,1	1,1	2,4	0,6	1,0
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-1,5	2,4	-3,0	2,7	0,5
Baugewerbe	3,0	0,7	0,4	0,6	0,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,3	0,9	0,4	0,5	0,6
Information und Kommunikation	1,4	0,8	1,3	0,6	0,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,2	0,0	0,2	0,0	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,3	-0,2	0,7	0,6	0,6
Unternehmensdienstleister	1,2	0,2	1,2	0,5	0,7
Öffentliche Dienstleister	0,3	0,8	0,5	0,5	0,4
Sonstige Dienstleister	0,2	0,1	0,7	0,1	0,2

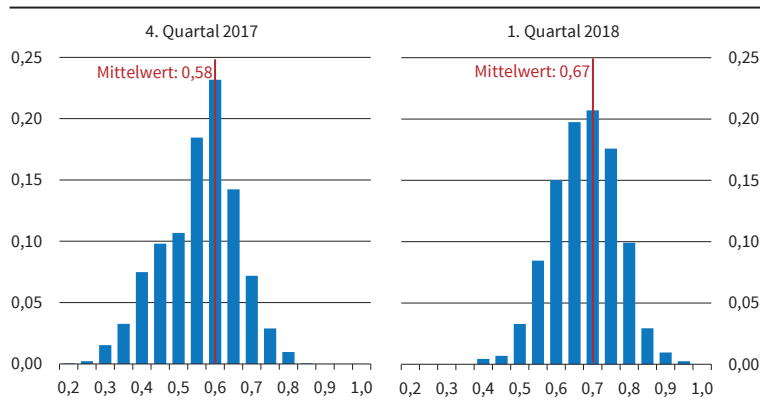
<sup>a</sup> Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; IV/2017 und I/2018: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.25

**Verteilung der Modellprognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt<sup>a</sup>**  
Relative Häufigkeit

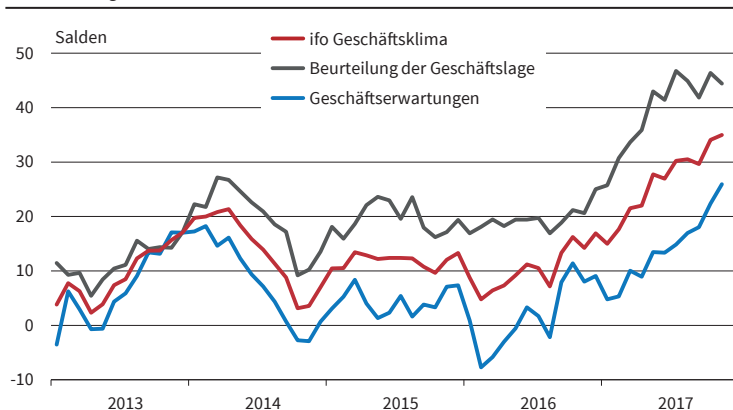


<sup>a</sup> Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsdaten des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorquartal; vgl. Carstensen et al. (2009).  
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.26

**ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe**  
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2017.

© ifo Institut

im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober 2017 um 2,0% gegenüber dem Vormonat gesunken; im Vergleich zum dritten Quartal 2017 entspricht dies einem Rückgang um 1,7%. Die jüngste Entwicklung der Produktion dürfte jedoch zu einem erheblichen Teil durch den Brückentag vor dem 31. Oktober 2017 beeinflusst sein. Derzeit gibt es keine weiteren Anzeichen, dass die Industriekonjunktur außer Takt geraten ist. Die Auftragseingänge verbuchen weiterhin kräftige Zuwächse (Oktober 2017: + 0,5% gegenüber dem Vormonat bzw. + 2,6% im Vergleich zum dritten Quartal des laufenden Jahres) und die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind anhaltend aufwärts gerichtet. Auch die Zahlen zur Automobilproduktion des Verbands der Automobilindustrie e.V. (VDA) zeigen im November 2017 einen saisonbereinigt sehr kräftigen Anstieg. Somit spricht die aktuelle Indikatorenlage klar für eine anhaltend gute Industriekonjunktur im Schlussquartal des laufenden Jahres. Jedoch wird der Anstieg mit 0,6% spürbar geringer ausfallen als in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017.

Im Baugewerbe hat sich der Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in den vergan-



genen Quartalen verlangsamt. Ursächlich sind wohl Normalisierungstendenzen nach der sehr kräftigen Expansion zu Jahresbeginn. Die Expansion im Bau dürfte dennoch weiter anhalten, darauf deuten auch die Befragungsergebnisse des ifo Instituts hin. Zwar ist die Bauproduktion im Oktober 2017 gegenüber dem Vormonat sowie Vorquartal gesunken. Jedoch deuten der hohe Auftragsbestand und die guten Geschäftsaussichten auf eine positive Zuwachsrate im Schlussquartal 2017 hin. Demnach wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des deutschen Baugewerbes im vierten Quartal 2017 voraussichtlich um 0,6% expandieren.

Darüber hinaus dürfte sich die positive gesamtwirtschaftliche Grundtendenz auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen niederschlagen. Insbesondere die industrienahen Bereiche wie der Verkehrssektor oder die Unternehmensdienstleister profitieren von der guten konjunkturellen Lage im Verarbeitenden Gewerbe. Die konsumnahen Dienstleister (z.B. der Handel oder das Gastgewerbe) dürften im vierten Quartal 2017 von der anhaltend guten Arbeitsmarktlage profitieren und im Einklang mit den realen privaten Konsumausgaben wieder stärker expandieren als im dritten Vierteljahr des laufenden Jahres. Bei den öffentlichen Dienstleistern laufen die Impulse aus der Flüchtlingsmigration langsam aus, so dass sich die Zuwachsraten allmählich normalisieren dürften.

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 2018 dürfte die deutsche Volkswirtschaft auf einem kräftigen Wachstumskurs verbleiben, wenngleich sich die Verkaufsraten langsam aber stetig abschwächen dürften. Das Verarbeitende Gewerbe wird seine Rolle als Triebkraft beibehalten, worauf die Auftragseingänge sowie die ifo Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate hindeuten. Das Baugewerbe agiert mit positiven Zuwachsraten weiterhin an seiner Kapazitätsgrenze, was sich vermehrt in Preissteigerungen niederschlagen dürfte. Auch die Dienstleistungsbereiche tragen weiterhin in erheblichem Maße zum Wirtschaftswachstum in Deutschland bei, was maßgeblich auf steigende Realeinkommen und die anhaltend gute Arbeitsmarktlage zurückzuführen ist. Von staatlicher Seite her sind die Impulse im Prognosezeitraum als eher gering einzustufen.

Insgesamt wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2017 um 2,3% expandieren (vgl. Abb. 3.5); kalenderbereinigt beträgt die Zuwachsrate sogar 2,5% (vgl. Tab. 3.2). Für das Jahr 2018 erwartet das ifo Institut einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,6%. Mit Ausnahme der Nachkriegsjahre 2010 und 2011 ist dies

die höchste jahresdurchschnittliche Veränderungsrate seit 2007. Im Jahr 2019 dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt dann mit 2,1% etwas schwächer expandieren als 2017 und 2018, wenngleich die Wachstumsrate weiterhin deutlich über der Potenzialrate liegen dürfte. Deshalb wird sich die Produktionslücke – also der Abstand der tatsächlichen Produktion von der Produktion, die sich bei Normalauslastung aller Produktionsfaktoren ergeben würde – weiter öffnen und die Überauslastung der deutschen Wirtschaft weiter zunehmen.

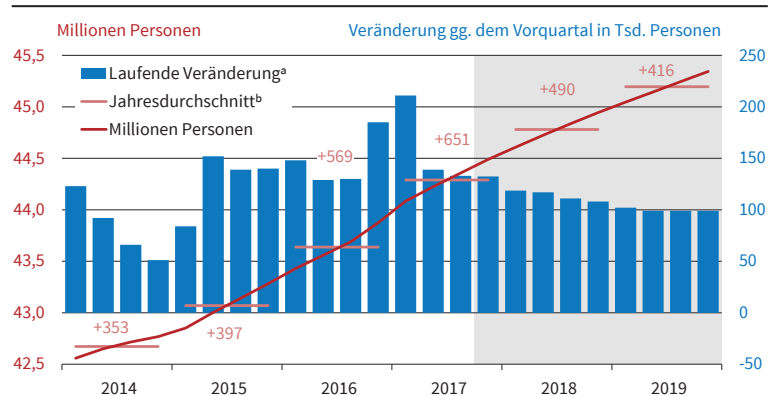
### 3.12. BESCHÄFTIGUNGSZUWACHS SETZT SICH FORT

Die Anzahl der Erwerbstätigen nahm im dritten Quartal 2017 im Vergleich zum Vorjahr um über 650 000 Personen zu. Diese starke Zunahme lässt sich nun schon drei Quartale in Folge beobachten. Gleichzeitig nahm die Expansionsgeschwindigkeit der Erwerbstätigkeit im Laufe dieses Jahres ab. Im abgelaufenen Quartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen noch um gut 130 000 Personen gegenüber dem Vorquartal zu, im ersten Quartal des Jahres waren es über 200 000 Personen (vgl. Abb. 3.27). Besonders stark im Vergleich zum Vorjahresquartal wuchs die Beschäftigung in den Bereichen Bau (1,8%), Information und Kommunikation (3,3%) und bspw. Unternehmensdienstleister (2,7%). Die Entwicklung des ifo Beschäftigungsbarometers deutet darauf hin, dass insbesondere Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors verstärkt nach Arbeitskräften suchen. Auch gesamtwirtschaftlich ist die Einstellungsbereitschaft weiterhin hoch, wie das Beschäftigungsbarometer und der BA-X zeigen (vgl. Abb. 3.28). Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2017 mit voraussichtlich 650 000 Personen stärker zulegen als im vergangenen Jahr. Im Jahr 2018 wird sich der Zuwachs auf 490 000 Personen verringern; damit werden sich die außergewöhnlich hohen Zuwachsraten

Abb. 3.27

#### Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

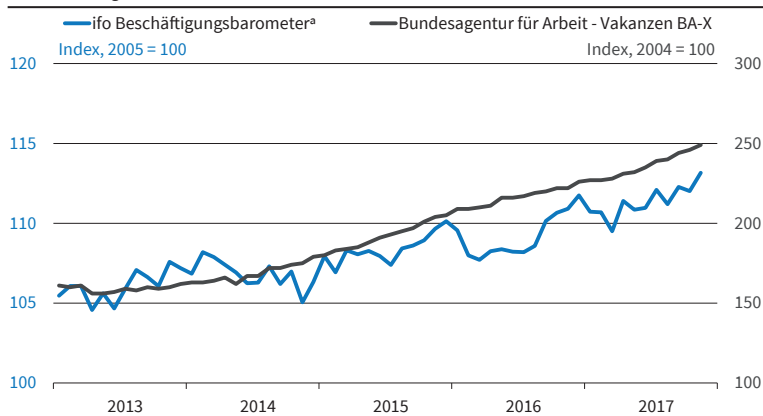


<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
 ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.28

**Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland**

Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel, Dienstleistungssektor.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen, November 2017.

© ifo Institut

ten des Winterhalbjahrs 2016/17 nicht wiederholen lassen. Im Jahr 2019 steigt die Beschäftigung wohl um 415 000 Personen (vgl. Tab. 3.11).

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleibt auch zukünftig die treibende Kraft des Aufschwungs am Arbeitsmarkt. Sie wird voraussichtlich um 740 000 Personen in diesem Jahr, um 560 000 Personen im Jahr 2018 und um 480 000 Personen Jahr 2019 expandieren. Hingegen ist die Entwicklung der Selbstständigkeit und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten voraussichtlich leicht rückläufig. In diesen Bereichen wechseln Personen verstärkt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Die gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden haben im Jahr 2016 saison- und kalenderbereinigt um 0,6% zugenommen. Das Arbeitsvolumen expandiert in diesem Jahr voraussichtlich um 1,7% und 2018 um 1,0%. Die starke Expansion des Bruttoinlandsprodukts in den ersten drei Quartalen 2017 ging mit einer hohen Dynamik der Arbeitsstunden einher. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer ist in diesem Jahr mit

– 0,1 leicht rückläufig; die Wachstumsraten liegen im kommenden Jahr bei 0,1% und im Folgejahr bei 0,0%. Maßgeblich für den leichten Rückgang im Jahr 2017 sind kalendarische Faktoren. Im Vergleich zum Vorjahr stehen insgesamt fast drei Arbeitstage weniger zur Verfügung. Die gute konjunkturelle Lage erfordert vermehrt Überstunden, sodass der langfristige Trend hin zu mehr Teilzeitarbeit, der zu rückläufigen Arbeitszeiten führt, überdeckt wird.

**3.13. ARBEITSLOSIGKEIT SINKT SCHWUNGVOLL**

Die Zahl der registrierten Ersterfassungen von Asylbegehrenden im EASY-System hat sich in den letzten Monaten bei 15 000 Personen pro Monat stabilisiert. Somit wird sich die Zahl neuer Asylsuchender im laufenden Jahr auf voraussichtlich 175 000 belaufen. Gleichzeitig ist die Anzahl der Asylanträge in den letzten Monaten auf unter 20 000 Anträge pro Monat gefallen. Kapazitätsbedingte Engpässe beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dürfte es hierbei nicht mehr geben. Nachdem das BAMF in der ersten Jahreshälfte über 400 000 Entscheidungen in Asylverfahren getroffen hat, ist in der zweiten Jahreshälfte mit einem Rückgang auf nur noch 200 000 zu rechnen. Dies lässt sich vornehmlich durch die rückläufige Zahl an offenen Verfahren erklären. Die durchschnittliche Schutzquote dürfte im laufenden Jahr auf knapp unter 45% sinken. Im Jahresdurchschnitt 2016 waren es noch gut 60%. Die Flüchtlingsmigration dürfte in diesem Jahr in einer Größenordnung von 150 000 Personen zum Erwerbspersonenpotenzial beigetragen haben. Auch im nächsten Jahr ist noch einmal mit einem deutlich positiven Effekt zu rechnen. Integrations- und Qualifikationskurse sowie ein langsamer Anstieg der Partizipation führen zu einer graduellen Aufnahme der Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt.

Auch die arbeitsmarktgerichtete Zuwanderung trägt weiterhin zum Arbeitskräftepotenzial in Deutschland bei. Das Statistische Bundesamt hat noch keine abschließenden Zahlen für das Jahr 2016 veröffentlicht. Bisher wird mit einem Wanderungssaldo von 750 000 Personen (vgl. Statistisches Bundesamt 2017) gerechnet. Laut IAB-Zuwanderungsmonitor (vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2017)

Tab. 3.11

**Arbeitsmarktbilanz**

Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2016	2017	2018	2019
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	59 286	60 037	60 681	61 197
Erwerbstätige Inländer	43 544	44 187	44 679	45 095
Arbeitnehmer	39 211	39 879	40 379	40 799
darunter				
SV Beschäftigte	31 485	32 224	32 790	33 269
Geringfügig Beschäftigte	4 801	4 741	4 686	4 638
Selbstständige	4 334	4 308	4 299	4 296
Pendlersaldo	93	102	101	101
Erwerbstätige Inland	43 638	44 289	44 779	45 195
Arbeitslose	2 691	2 534	2 356	2 203
Arbeitslosenquote BA <sup>a</sup>	6,1	5,7	5,3	4,9
Erwerbslose <sup>b</sup>	1 774	1 595	1 438	1 344
Erwerbslosenquote <sup>c</sup>	3,9	3,5	3,1	2,9

<sup>a</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). <sup>b</sup> Definition der ILO; <sup>c</sup> Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2017 bis 2019:

Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

hat die ausländische Bevölkerung im August gegenüber dem Vorjahresmonat um 615 000 Personen zugenommen. Dies deutet auch auf einen hohen Wanderungssaldo im laufenden Jahr hin. Der demographiebedingte Rückgang des Arbeitsangebots dürfte so mehr als kompensiert werden, denn gleichzeitig steigt auch die Partizipation älterer Arbeitnehmer.

Die Arbeitslosigkeit wird im Prognosezeitraum weiter sinken. Im Jahresdurchschnitt 2017 wird die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich um gut 150 000 Personen auf 2,5 Millionen sinken (vgl. Abb. 3.29). Eine hohe Geschwindigkeit des Beschäftigungsaufbaus und ein verhaltener Aufbau der Erwerbspersonen lässt die Zahl der Arbeitslosen 2018 voraussichtlich um gut 175 000 sinken, 2019 um 150 000. Die Arbeitslosenquote (in Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) dürfte in diesem Jahr 5,7% betragen und im kommenden Jahr voraussichtlich auf 5,3% sinken, im Folgejahr auf 4,9%. Die Erwerbslosenquote (in Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation) beträgt

in diesem Jahr voraussichtlich 3,5% und sinkt im Folgejahr auf 3,1%.

### 3.14. INDUSTRIELLER AUFSCHWUNG MIT POSITIVEN IMPULSEN FÜR DIE STUNDENPRODUKTIVITÄT

Im Jahr 2016 ist die gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (verkettete Volumenangaben in Ursprungswerten) je Erwerbstätigenstunde, mit 1,3% annähernd doppelt so stark gestiegen wie im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2015 (0,7%). Damit unterscheidet sich die Wachstumsrate auch deutlich im Vergleich zum Wissensstand der Juniprognose 2017 des ifo Instituts, wonach die Zuwachsrate nur 0,9% betragen hatte (vgl. Wollmershäuser et al. 2017). Der aktuelle Rechenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weist daher einen Produktivitätsanstieg aus, der nur knapp unter dem Durchschnitt der Jahre 2000

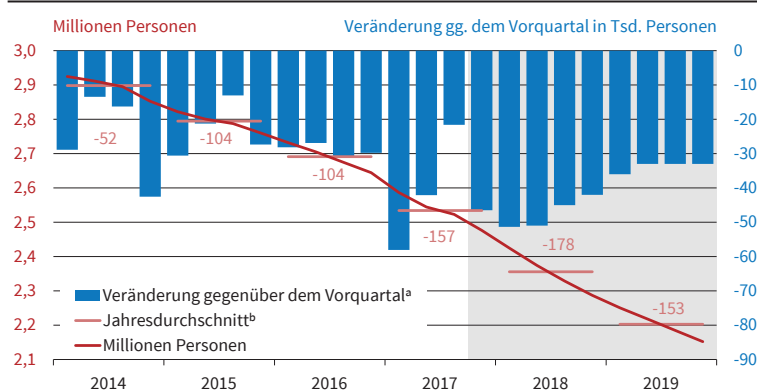
bis 2008 liegt. Mit einem Zuwachs von 3,8% fiel der Anstieg bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern am größten aus, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe mit 2,7%. Beide Sektoren gelten als überdurchschnittlich produktive Wirtschaftsbereiche (vgl. Lehmann und Wollmershäuser 2016).

Nach einer vorübergehenden Stagnation zu Jahresbeginn 2017 stieg die reale Stundenproduktivität im zweiten und dritten Quartal wieder mit recht kräftigen Raten von 1,4% bzw. 1,1% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (vgl. Tab. 3.12). Besonders die deutsche Industrie konnte im Jahresverlauf spürbar

Abb. 3.29

#### Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
 ab 4. Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 3.12

#### Stundenproduktivität nach Wirtschaftsbereichen<sup>a</sup>

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2016				2017		
	I	II	III	IV	I	II	III
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,9</b>	<b>0,6</b>	<b>1,1</b>	<b>1,5</b>	<b>0,0</b>	<b>1,4</b>	<b>1,1</b>
darunter:							
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,6	0,7	1,0	1,6	0,1	1,2	1,2
darunter:							
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	3,3	2,0	1,8	2,8	0,5	1,8	2,7
darunter:							
Verarbeitendes Gewerbe	3,5	2,5	2,0	2,9	1,0	1,7	3,3
Baugewerbe	2,3	1,4	1,6	0,8	2,2	2,3	1,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,6	1,2	1,0	3,0	1,0	2,3	2,1
Information und Kommunikation	2,4	1,8	1,1	-0,8	-0,4	-0,8	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	3,7	2,7	4,8	3,9	0,2	2,5	1,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,2	0,1	1,1	0,5	-1,8	-0,7	-1,7
Unternehmensdienstleister	-0,2	-0,2	0,1	0,2	-0,1	-0,2	0,1
Öffentliche Dienstleister	0,9	0,0	0,6	1,3	-0,3	0,7	0,2
Sonstige Dienstleister	0,7	0,4	0,9	1,2	-0,1	0,8	0,2

<sup>a</sup> Verkettete Absolutwerte je Erwerbstätigenstunde, Ursprungswerte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

zulegen; die Zuwachsrate der Stundenproduktivität im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) betrug 2,7% im dritten Quartal des laufenden Jahres. Die Finanz- und Versicherungsdienstleister trugen ebenfalls zum Produktivitätsanstieg in der deutschen Volkswirtschaft bei. Der Sektor mit der höchsten Stundenproduktivität, das Grundstücks- und Wohnungswesen, bremste hingegen die Produktivitätsentwicklung im Jahresverlauf 2017.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Produktivitätsanstieg verstetigen, da der anhaltende Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft durch die hiesigen industriellen Triebkräfte ergänzt und damit auf eine breitere Basis gestellt wird. Zudem werden nachgelagerte Effekte auf das Grundstücks- und Wohnungswesen durch die kräftige Baukonjunktur und den zunehmenden Beschäftigungsaufbau in hochproduktiven Sektoren das Produktivitätswachstum ankurbeln. Insgesamt dürfte die reale gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität im Jahr 2017 mit 1,0% ähnlich wie im Jahr 2016 expandieren. Für das Jahr 2018 rechnet das ifo Institut mit einem Anstieg der Stundenproduktivität von 1,5%; im Jahr 2019 wird die Zuwachsrate voraussichtlich 1,2% betragen.

### 3.15. VERDIENSTE STEIGEN INFOLGE ZUNEHMENDER ANSPANNUNGEN

Die Tariflöhne haben sich im laufenden Jahr nur moderat beschleunigt. Nach einem Anstieg von 2,5% im ersten Quartal (sowohl auf Stunden- als auch auf Monatsbasis) im Vergleich zum Vorjahr sind die Tariflöhne in den folgenden zwei Quartalen nur um jeweils 2,0% gestiegen. Die diesjährige Tarifrunde ist abgeschlossen. Im Herbst wurden neue Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Versicherungsbranche getroffen. Sie sieht nach sieben Nullmonaten nunmehr Lohnsteigerungen von 2,0% im November und 1,7% im Dezember 2018 vor. Im Kfz-Gewerbe Bayern wurde eine Einmalzahlung von 100€ vereinbart sowie Stufenerhöhungen von 2,9% in diesem Jahr und im September des kommenden Jahres. Darüber hinaus wurden in vielen Branchen auch zusätzlich Regelungen in Bezug auf Übernahmen von Auszubildenden, Altersteilzeit und betrieblicher Weiterbildung zwischen den Tarifparteien festgelegt. Alles in allem ist für 2017 nur mit einem Anstieg der Tariflöhne auf Stunden- bzw. Monatsbasis von 2,2%

bzw. 2,1% im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen (vgl. Tab. 3.13).

Im kommenden Jahr wird in gewichtigen Branchen über neue Tarifvereinbarungen verhandelt. Die IG-Metall fordert aktuell eine Erhöhung der Entgelte von 6%. Auch der Tarifvertrag Chemie endet in der zweiten Jahreshälfte 2018. Gleichzeitig gibt es Forderungen, die Arbeitszeit zu reduzieren. Vor dem Hintergrund der anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Expansion, einer weiter zunehmenden Kapazitätsauslastung und anziehenden Raten der Verbraucherpreise dürfte es im Jahr 2018 wieder zu höheren Tarifabschlüssen kommen. Im Jahresdurchschnitt ist mit einer Wachstumsrate von 2,4% sowohl auf Stunden- als auch auf Monatsbasis zu rechnen. Im Jahr 2019 steigt der Tariflohn voraussichtlich um 2,5% (Stundenbasis).

Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmer ist ungebrochen (vgl. auch Abb. 3.28). Einzelne Branchen wie zum Beispiel der Bau berichten über zunehmende Schwierigkeiten neue Arbeitskräfte zu gewinnen. Die konjunkturelle Arbeitsmarktanspannung nimmt also weiter zu. Die effektiven Verdienste der Arbeitnehmer dürften dieses Jahr mit 2,8% merklich stärker steigen als die Tariflöhne. Die Lohndrift (Arbeitnehmer) wird sich mit 0,6% spürbar beschleunigen. Im Vorjahresvergleich hat der dämpfende Einfluss vergangener niedriger Inflationsraten abgenommen (vgl. Kasten »Zur gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung«). Weiterhin trägt die zunehmende gesamtwirtschaftliche Auslastung positiv zur Steigerung der Verdienste bei. Im kommenden Jahr nimmt der Einfluss der Inflationskomponente weiter zu, da sich die Preissteigerungsraten deutlich beschleunigt haben. Auch wird voraussichtlich ein Anstieg der Produktivität einen expansiven Beitrag leisten. Mit Blick auf das Arbeitsangebot könnte es auch zu stärkeren Arbeitsmarktanspannungen kommen. Die Erwerbspersonen werden weniger stark zunehmen als in den Vorjahren. Alles in allem dürfte die Lohndrift im kommenden Jahr noch einmal deutlich zunehmen. Die Effektivverdienste pro Arbeitnehmer werden demnach voraussichtlich um 3,4% im kommenden Jahr und um 3,5% im Jahr 2019 expandieren.

### 3.16. ÜBERSCHÜSSE IM STAATSHAUSHALT LEGEN WEITER ZU

Im vergangenen Jahr überstiegen die Staatseinnahmen die Staatsausgaben um fast 26 Mrd. Euro. Dies ent-

Tab. 3.13

#### Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Lohndrift (Stunde)	Tariflohn (Monat)	Tariflohn (Stunde)
2016	- 0,7	2,4	3,2	0,3	1,0	2,1	2,1
2017	- 0,1	2,8	2,8	0,6	0,7	2,1	2,2
2018	0,1	3,4	3,3	1,0	0,9	2,4	2,4
2019	0,0	3,5	3,5	1,0	1,1	2,5	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesbank; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

## Zur gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung

Die Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre mit stetig steigender Beschäftigung, fallender Arbeitslosigkeit, einer Zunahme der offenen Stellen, einem größer werdenden Anteil an Unternehmen, die über einem Mangel an Fach- bzw. Arbeitskräften berichten, und einer steigenden Kapazitätsauslastung, hätte auf eine Beschleunigung der Lohndynamik deuten können (vgl. Tab. 3.14). Allerdings blieben der Anstieg sowohl der monatlichen Tariflöhne als auch der effektiv gezahlten Löhne je Arbeitnehmer und damit die konjunkturabhängige Lohndrift in den Jahren 2014–2016 im Vergleich zum Dreijahreszeitraum davor weitgehend unverändert.

Tab. 3.14

### Eckdaten der Arbeitsmarktentwicklung (2011–2016)

	2011–13	2014–16
Erwerbstätige (Zunahme in Tsd.)	432,9	439,7
Arbeitslosenquote (in %)	6,9	6,4
Offene Stellen (Zunahme in Tsd.)	32,5	66,2
ifo Fach-/Arbeitskräftemangel Gesamtwirtschaft (Saldo)	13,0	15,2
ifo Kapazitätsauslastung Gesamtwirtschaft (Abweichung vom Mittelwert)	0,6	0,9
Tariflöhne je Monat (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	2,3	2,3
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	2,7	2,7
Lohndrift je Monat (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	0,4	0,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Einen dämpfenden Einfluss auf den Lohnanstieg hatte sicherlich die sehr starke Zunahme des Arbeitskräftepotenzials in den zurückliegenden Jahren. Der Wanderungssaldo lag im Jahr 2014 knapp unter einer halben Millionen Personen. In den Folgejahren lag er immer deutlich darüber. So konnte die demographische Entwicklung, die für sich genommen zu einem Rückgang der Arbeitskräfte führt, kompensiert werden. Das kann auch erklären, warum

die Zahl der Erwerbstätigen in den zurückliegenden Jahren immer deutlich stärker zunahm, als die Zahl der Arbeitslosen gesunken ist. Gleichzeitig wurden in den zurückliegenden Jahren nur moderate Produktivitätsfortschritte erzielt, die für sich genommen keinen Anlass für eine starke Erhöhung der Löhne gegeben haben.

Eine weitere Erklärung, die im vorliegenden Kasten ausführlicher diskutiert werden soll, ist die niedrige Inflationsrate der vergangenen Jahre. Nach starken Rohölpreistrüben war der Preisauftrieb in den Jahren 2014–2016 mit durchschnittlich 0,5% deutlich geringer als in den Jahren 2011–2013 (1,9%). Da Tariflöhne für zukünftige Perioden festgelegt werden, wird den Inflationserwartungen bei Lohnverhandlungen eine wichtige Rolle beigemessen. Aus Umfragen im Rahmen des Wage Dynamic Networks des Europäischen Systems der Zentralbanken geht hervor, dass in Deutschland die vergangene Inflationsentwicklung (und damit eine adaptive Erwartungsbildung) eine entscheidende Determinante ist (vgl. Radowski 2017). Orientieren sich Gewerkschaften und Arbeitgeber bei den Lohnverhandlungen vermehrt an der realisierten (vergangenen) Inflationsrate anstelle der über die Laufzeit des Tarifvertrages erwartete zukünftigen Preissteigerung, reagiert die Lohnentwicklung nur langsam auf eine Änderung des realwirtschaftlichen Umfelds. So dämpfen die niedrigen Inflationsraten der Vorjahre noch heute die Entwicklung der Löhne.<sup>1</sup>

Der Beitrag dieser Inflationskomponente kann formal mit einem geschätzten Lohn-Phillips-Kurven-Modell untersucht werden. Dazu wird analog zu Studien der Deutschen Bundesbank (2016) oder dem Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2017) der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Stunde und der vergangenen Inflationsrate betrachtet.<sup>2</sup> Als weitere erklärende Variable gehen die Produktionslücke (vgl. Kasten »Zur Bestimmung der Produktivitätslücke auf Basis der gesamtwirtschaftlichen ifo Kapazitätsauslastung«), die Stundenproduktivität und die Importpreise ein. Die Schätzung wird mit mittelwertbereinigten vierteljährlichen Variablen über den Zeitraum vom ersten Quartal 2002 bis zum dritten Quartal 2017 durchgeführt. Durch Simulationsrechnungen, die in Analogie zu Yellen (2015) durchgeführt wurden, können die Erklärungsbeiträge zum Lohnwachstum der einzelnen Variablen bestimmt werden.

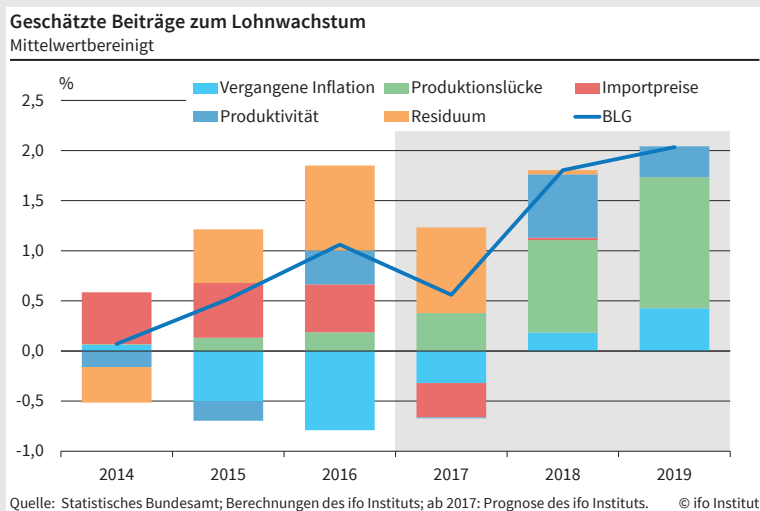
Die Ergebnisse der Schätzung zeigen, dass sich die niedrigen Inflationsraten zwischen Mitte 2014 und Ende 2016 durchgängig dämpfend auf das Lohnwachstum ausgewirkt haben (vgl. Abb. 3.30). Der gesamtwirt-

<sup>1</sup> Ein konkretes Beispiel hierfür stellen die am 17. Februar 2017 abgeschlossenen Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst dar. So kommentierte der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, die Tariflohnsteigerung um 2,0%, die für das Jahr 2017 rückwirkend ab Januar 2017 in Kraft treten sollte, mit folgenden Worten: »Wir haben ein Ergebnis mit deutlichen Reallohnsteigerungen erzielt.« Zu dieser Aussage kann man allerdings nur gelangen, wenn bei den Verhandlungen anstelle der für den Zeitraum des Tariflohnanstiegs erwarteten Inflationsrate die vergangene Inflationsentwicklung zugrunde gelegt worden ist. Mit einem Preisauftrieb im Jahr 2016 von gerade einmal 0,5% läge nach dieser Rechnung der Reallohnzuwachs im Jahr 2017 bei tatsächlich deutlichen 1,5%. Im Gegensatz dazu wäre der (erwartete) Reallohnanstieg bei gerade einmal 0,5% gelegen, wenn man die Inflationserwartungen für das Jahr 2017, die nach der Consensus Prognose zu Jahresbeginn (Prognose der im Januar 2017 im Rahmen des ifo World Economic Survey befragten Experten) bei 1,5% lag, als Ausgangspunkt für die Berechnungen genommen hätte.

<sup>2</sup> Inflationserwartungen für das laufende Jahr leisten keinen signifikanten Erklärungsbeitrag für die Entwicklung der Löhne. Daher bleiben sie im vorliegenden Modell unberücksichtigt. Diese Vorgehensweise steht im Einklang mit jener aus der Untersuchung des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2017).



Abb. 3.30



Erklärungsbeitrag vergangener Inflationsraten. Nach der Modellprognose steigt der Beitrag von -0,3 Prozentpunkte in diesem Jahr auf 0,2 Prozentpunkte im Jahr 2018 und 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2019 an. Eine höhere Preisdynamik sollte demnach auch höhere Lohnsteigerungen nach sich ziehen. Auch hat die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Auslastung, beschrieben durch die Produktionslücke, einen treibenden Effekt auf die Lohnentwicklung. Mit zunehmender Auslastung der Gesamtwirtschaft steigt der Erklärungsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten in diesem Jahr, auf 0,9 bzw. 1,3 Prozentpunkte in den Folgejahren. In diesem Umfeld tragen dann auch wieder Produktivitätssteigerungen positiv zum Lohnauftrieb bei. Alles im allem lässt dieses Modell auf eine höhere Lohndynamik in den nächsten zwei Jahren schließen.

schaftliche Auslastungsgrad hat in den letzten Jahren nur in geringem Umfang zur Steigerung der Löhne beigetragen. Der Beitrag der Produktionslücke war seit Mitte 2015 positiv und nimmt seither zu.

Das Lohn-Phillips-Kurven-Modell lässt sich auch für Abschätzungen für die zukünftige Entwicklung des Lohnwachstums verwenden. Dabei werden die erklärenden Variablen für die Jahre 2017 bis 2019 im Einklang mit der vorliegenden Prognose fortgeschrieben. Insbesondere endet im laufenden Jahr 2017 der negative

sprach 0,8% des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Damit konnte der Staat zum dritten Mal in Folge einen Finanzierungsüberschuss vorweisen, der, in Euro ausgedrückt, der höchste Überschuss seit der Wiedervereinigung ist. Auch in diesem und in den kommenden beiden Jahren wird der Staat an die entspannte Haushaltslage der vergangenen Jahre anknüpfen können und die Überschüsse sukzessive ausbauen.

Die Steuereinnahmen werden im laufenden Jahr um 4,8% zunehmen. Hierfür ist insbesondere das starke Ansteigen der direkten Steuern verantwortlich, das in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 auch das Wachstum der makroökonomischen Bezugsgrößen wie der Unternehmens- und Vermögenseinkommen bei Weitem überstieg. Dieser Trend begann bereits im vergangenen Jahr. Die hohe Dynamik bei Unternehmensgewinnen sowie Bruttolöhnen und -gehältern wird auch im weiteren Prognosezeitraum zu hohen Steuerzuwächsen führen. So werden die Steuern im Jahr 2018 um 4,0% und im Jahr 2019 um 4,5% zunehmen. Der vergleichsweise geringe Anstieg im kommenden Jahr resultiert aus den Entlastungen im Bereich der Einkommensteuern, die insbesondere im Jahr 2018 aufkommensmindernd wirken werden.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden im laufenden Jahr mit 4,6% ebenfalls kräftig steigen. Diese Entwicklung basiert primär auf dem Anstieg der Lohnsumme, der auf den anhaltenden Beschäftigungsaufbau sowie auf Lohnsteigerungen zurückzuführen ist. Zudem wurde zu Jahresbeginn der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte

angehoben. 2018 ist mit einem geringeren Anstieg der Sozialbeiträge um 4,2% zu rechnen. Zum einen sinkt zu Jahresbeginn der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,1 Prozentpunkte. Zum anderen wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte reduziert. Eine geringere Rolle spielt der Rückgang der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte. Im Folgejahr 2019 ist wiederum mit einer höheren Zunahme der Sozialbeitragseinnahmen zu rechnen, da keine weitere Veränderung der Beitragssätze erwartet wird. Eine angesichts der guten Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit mögliche Beitragssatzsenkung wird für den Prognosezeitraum ebenfalls nicht unterstellt.

Die staatlichen Vermögenseinkünfte werden im Jahr 2017 um 6,2% abnehmen. Hierfür ist in erster Linie die niedrige Bundesbankdividende verantwortlich, welche aufgrund von Rückstellungen und des Niedrigzinsumfelds deutlich unter dem Niveau der Vorjahre blieb. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Dividende schon im kommenden Jahr wieder etwas ansteigen wird. Darüber hinaus wirkt das niedrige Zinsniveau generell mindernd auf die staatlichen Zinseinkünfte. Dies wird dazu führen, dass die staatlichen Vermögenseinkünfte im Jahr 2018 um 2,5% steigen und im Jahr 2019 um 4,4% fallen werden.

Die empfangenen Vermögenstransfers werden im aktuellen Jahr um 17,6% gegenüber dem Vorjahr zurückgehen, im Folgejahr um 2,1% und im Jahr 2019 konstant auf dem Niveau des Vorjahres verharren. Hierfür sind die niedrigeren Einkünfte aus der Erb-



schaft- und Schenkungsteuer verantwortlich. Durch die Steuerreform im Jahr 2016 ist es zu erheblichen Vorzieheffekten gekommen, die im Prognosezeitraum zu einem verringerten Aufkommen der Erbschaft- und Schenkungsteuer führen werden. Gegen Ende des Prognosezeitraums ist mit einer Normalisierung zu rechnen.

Im laufenden Jahr werden die staatlichen Verkäufe mit voraussichtlich 4,3% kräftig zunehmen. In den darauffolgenden Jahren werden sie mit 3,3% (2018) bzw. 3,4% (2019) schwächer steigen, obwohl die Ausweitung der Maut auf zusätzliche Strecken und Lkw-Klassen in den kommenden beiden Jahren positiv auf die staatlichen Verkäufe wirkt.

Insgesamt dürften die Staatseinnahmen im Jahr 2017 um 4,3%, im Jahr 2018 um 3,9% und im Jahr 2019 um 4,2% zunehmen, was insbesondere durch die hohen Zuwächse bei Steuern und Sozialbeiträgen bedingt ist.

Ausgabenseitig werden die Vorleistungen im laufenden Jahr mit 2,8% deutlich schwächer wachsen als in den Vorjahren. Diese abnehmende Dynamik ist auf den Rückgang des Flüchtlingszustroms zurückzuführen. Dieser resultierte in den vergangenen Jahren in umfangreichen Mehrausgaben, beispielsweise aufgrund der Bereitstellung von Unterkünften. Obgleich davon ausgegangen werden kann, dass der Zuzug von Flüchtlingen im Prognosezeitraum im Vergleich zu den Vorjahren niedrig bleibt, könnte es jedoch zu einem Anstieg des Familiennachzugs kommen. Dieser wurde im Rahmen des Asylpaketes II für subsidiär Schutzberechtigte bis März 2018 ausgesetzt. 2018 und 2019 dürfte es mit 3,1 bzw. 3,5% zu einem etwas höheren Ausgabenanstieg kommen, der jedoch sehr deutlich unter den Zuwachsraten der letzten Jahre liegt.

Ebenso werden die sozialen Sachleistungen mit 3,5% im kommenden Jahr und 4,2 bzw. 4,1% in den Folgejahren nicht mehr die flüchtlingsbedingte Dynamik der Vorjahre erreichen. Gleichwohl tragen die Ausweitung der Leistungen der Pflegeversicherung im Rahmen der Pflegereform und die steigenden Gesundheitsausgaben in Folge des demographischen Wandels zu einem Ausgabenanstieg bei.

Währenddessen werden die monetären Sozialleistungen im aktuellen Jahr um 4,0% merklich expandieren. Hierzu tragen die deutlichen Rentenanhebungen zur Mitte des Vorjahrs bei, die im ersten Halbjahr 2017 ausgabensteigernd wirkten. Zudem erhalten in Folge abgeschlossener Asylverfahren zunehmend mehr Asylsuchende Anspruch auf Arbeitslosengeld-II-Bezüge. Diesem Wachstum wirkt entgegen, dass aufgrund der guten Arbeitsmarktlage die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld sinkt. In den Jahren 2018 und 2019 werden die monetären Sozialleistungen mit 3,2 und 3,3% deutlich, aber etwas geringer als im Vorjahr wachsen. Während die Rentenanpassung zur Mitte des aktuellen Jahres weniger kräftig ausfiel, werden die deutliche Rentenerhöhung zum Juli 2018, die Angleichung der Renten in Ost-

deutschland sowie die Erhöhung des Kindergeldes in den kommenden Jahren ausgabensteigernde Wirkung entfalten.

Die Aufwendungen des Staates für Zinszahlungen werden im Prognosezeitraum weiter abnehmen. Allerdings sinkt die Senkungsintensität von 5,1% im laufenden Jahr über 2,4% im kommenden Jahr auf 0,5% im Jahr 2019. Dies ist auf ein Ansteigen des Zinsniveaus im Prognosezeitraum zurückzuführen. Jedoch wird gleichzeitig ein Teil der staatlichen Finanzierungsüberschüsse zum Schuldenabbau genutzt werden, sodass die Schuldenlast nicht nur relativ, sondern auch absolut sinken und damit dämpfend auf die Zinslast wirken wird.

Die sonstigen Transfers werden im Jahr 2017 um 6% sinken, da die Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommens(BNE)-basierten Eigenmittel gegenüber dem Vorjahr stark zurückgehen werden. In den kommenden Jahren werden diese dann wieder kräftiger zulegen, was zu einem Anstieg der laufenden Übertragungen um 15,3% im Jahr 2018 und um 7,1% im Jahr 2019 führen wird.

Die geleisteten Vermögenstransfers werden im laufenden Jahr mit 15% einen sehr kräftigen Anstieg verzeichnen. Dafür ist das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Kernbrennstoffsteuer verantwortlich, das zu Rückzahlungen in Höhe von 7,1 Mrd. Euro geführt hat. Den Unternehmen wurde das Aufkommen der Kernbrennstoffsteuer (6,3 Mrd. Euro) zuzüglich Zinsen (0,8 Mrd. Euro) zurückerstattet. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird beides als geleisteter Vermögenstransfer verbucht.<sup>7</sup> Im Jahr 2018 werden die geleisteten Vermögenstransfers mit 15,1% stark abnehmen, da sie wieder zu ihrem Normalniveau zurückkehren werden. Im Jahr 2019 wird der Anstieg mit 2,2% wieder moderat ausfallen.

Die Bruttoinvestitionen werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 4,2%, im kommenden Jahr um 5,3% und im Jahr 2019 um 4,2% zunehmen. Hierfür sind die Bauinvestitionspakete von Bund und Ländern sowie die Mehrausgaben im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit verantwortlich.

Insgesamt werden die Staatsausgaben im Jahr 2017 mit 3,2%, 2018 mit 3,4% und 2019 mit 3,6% eher moderat zunehmen, was insbesondere durch die Entwicklung von Arbeitnehmerentgelten, sozialen Sachleistungen sowie monetären Sozialleistungen bedingt ist. Des Weiteren schlägt im laufenden Jahr die Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer zu Buche.

Damit wird der Staat im Prognosezeitraum wie auch in den vergangenen Jahren kontinuierliche Finanzierungsüberschüsse vorweisen können. Diese werden im Prognosezeitraum weiter anwachsen. So wird der Finanzierungssaldo im laufenden Jahr über 42 Mrd. Euro (1,3% in Relation zum Bruttoinlands-

<sup>7</sup> Hier besteht ein Unterschied zur Schätzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«, der den Rückfluss der Kernbrennstoffsteuer gemäß der finanzstatistischen Abgrenzung als negative Steuereinnahmen verbucht hat (vgl. Göttert 2017).

Tab 3.15

**Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>a</sup>**

in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungssaldo
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:	
Steuern		Nettosozialbeiträge	Zinsausgaben			
2000	45,6	23,2	18,1	44,7	3,1	0,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	- 3,1
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	- 3,9
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	- 4,2
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	- 3,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	- 3,4
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	- 1,7
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	0,2
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	- 0,2
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	- 3,2
2010	43,0	21,4	16,5	47,3	2,5	- 4,2
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	- 1,0
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	0,0
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	- 0,1
2014	44,6	22,8	16,4	44,3	1,7	0,3
2015	44,5	22,9	16,5	43,9	1,5	0,6
2016	45,0	23,3	16,7	44,2	1,3	0,8
2017	45,2	23,5	16,8	43,9	1,2	1,3
2018	45,0	23,4	16,7	43,5	1,1	1,5
2019	45,0	23,5	16,8	43,2	1,1	1,7

<sup>a</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

produkt) betragen, im kommenden Jahr reichlich 50 Mrd. Euro (1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und im Jahr 2019 mehr als 62 Mrd. Euro (1,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Die Steuerquote steigt im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr auf 23,5% an, was zum einen durch die kalte Progression bedingt ist, zum anderen durch die überdurchschnittliche gute Entwicklung der übrigen direkten Steuern (vgl. Tab. 3.15). Im kommenden Jahr wird die Steuerquote leicht abnehmen und im Jahr 2019 nur schwach zunehmen, da die Einkommensteuerentlastungen hier dämpfend wirken. Aufgrund der Senkung des Rentenbeitrags und des durchschnittlichen Zusatzbeitrags geht der Anteil der Nettosozialbeiträge 2018 zurück. 2019 ist hier eine Stagnation des Anteils zu erwarten.

Die Schuldenquote wird im Prognosezeitraum von 68% (2016) auf 57% (2019) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sinken. Wesentlich dafür sind zum einen das starke Wirtschaftswachstum und zum anderen die kräftiger werdenden staatlichen Überschüsse. Auch der Abbau der Portfolios der in staatlichem Besitz befindlichen Bad Banks wirkt sich positiv auf die Reduktion des Bruttoschuldenstands aus. Allerdings werden die Finanzierungsüberschüsse des Staates nicht vollständig zum Schuldenabbau genutzt. So bildet beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit Rücklagen, reduziert also nicht den Bruttoschuldenstand, sondern baut Finanzvermögen auf.

## 4. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

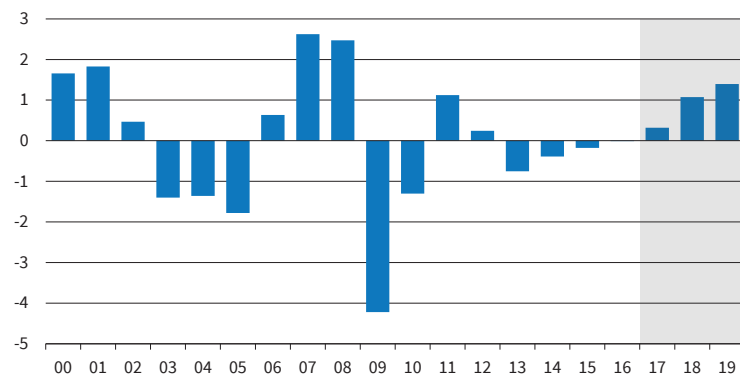
Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2022 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese wiederum baut grundsätzlich auf dem Ansatz der EU-Kommission auf. Bei diesem wird der gesamtwirtschaftliche Output auf Basis einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden der technische Fortschritt, Kapital und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitszeit bestimmt. Aufgrund der hohen Flüchtlingsmigration seit dem Jahr 2015 wird jedoch eine Anpassung der EU-Methodik vorgenommen, die insbesondere die Erwerbstätigkeit der Flüchtlinge explizit berücksichtigt. Wesentlicher Aspekt der Modellierung ist, dass für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge eine separate Partizipationsquote und strukturelle Erwerbslosenquote berechnet wird (vgl. Heinisch und Wohlrabe 2017). Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf das Produktionspotenzial sind gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2017 nahezu unverändert geblieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2017b).

Das Produktionspotenzial wächst bis zum Ende des Projektionszeitraums 2022 um durchschnittlich 1,6%. Der Treiber des Wachstums ist vor allem der technische Fortschritt (Solow-Residuum). Im kommenden Jahr tragen das Arbeitsvolumen und der Kapitalstock

Abb. 4.1

**Produktionslücke**

In Prozent des Produktionspotenzials



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2017, 2018 und 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

zurückzuführen, dass der positive Beitrag der Partizipationsquote kleiner wird und die Erwerbsbevölkerung trotz Zuwanderung leicht sinken wird. Ersteres stellt jedoch weiterhin den größten Beitrag zum Anstieg des Arbeitsvolumens dar. Die Wachstumsrate des Potenzials beträgt 2017 etwa 1,9% und wird bis zum Ende der Kurzfristprognose 2019 leicht auf 1,8% zurückgehen. Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke steigt seit 2014 kontinuierlich und erreicht im laufenden Konjunkturzyklus mit plus 1,4% im Jahr 2019 ihren vorläufigen Höhepunkt (vgl. Abb. 4.1). Die Kapazitäten der deutschen Wirtschaft sind damit überdurchschnittlich ausgelastet.

etwa in gleichen Anteilen zum Wachstum bei. Im Jahr 2019 verringert sich der Beitrag des Arbeitsvolumens in Relation zum Kapitalstock. Dies ist vor allem darauf

sich damit im Vergleich zur Juniprognose 2017 des ifo

Tab. 4.1

**Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum**

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt					
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in		Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde	jeweiligen Preisen		
Mill.	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro	2010 = 100				
2011	41,020	36,533	1389,9	2 580,06	62 898	45	2 580,1	100,0	
2016	43,638	39,305	1358,6	2 855,35	65 433	48	3 144,1	110,1	
2022	44,913	40,644	1349,0	3 167,44	70 524	52	3 888,1	122,8	
Veränderung insgesamt in %									
2016/2011	6,4	7,6	- 2,3	10,7	4,0	6,4	21,9	10,1	
2022/2016	2,9	3,4	- 0,7	10,9	7,8	8,5	23,7	11,5	
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %									
2016/2011	1,0	1,2	- 0,4	1,7	0,7	1,0	3,3	1,6	
2022/2016	0,5	0,6	- 0,1	1,7	1,3	1,4	3,6	1,8	

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2022/2016: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 4.2

**Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts**

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
Mrd. Euro							
2011	2 580,1	1 446,3	493,3	506,3	501,4	4,9	134,1
2016	3 144,1	1 674,4	615,4	603,6	630,0	- 26,4	250,6
2022	3 888,1	2.060,9	746,8	814,9	831,9	- 17,0	265,6
Anteile am BIP in %							
2011	100,0	56,1	19,1	19,6	19,4	0,2	5,2
2016	100,0	53,3	19,6	19,2	20,0	- 0,8	8,0
2022	100,0	53,0	19,2	21,0	21,4	- 0,4	6,8
Veränderung insgesamt in %							
2016/2011	21,9	15,8	24,8	19,2	25,6	-	-
2022/2016	23,7	23,1	21,3	35,0	32,0	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2016/2011	3,3	2,5	3,8	3,0	3,9	-	-
2022/2016	3,6	3,5	3,3	5,1	4,7	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2022/2016: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Instituts deutlich vergrößert (vgl. Wollmershäuser et al. 2017). Dies ist insbesondere auf eine deutliche Anhebung der Kurzfristprognose für das reale Bruttoinlandsprodukt zurückzuführen. Aber auch die Potenzialrate in diesem und im kommenden Jahr ist aus heutiger Sicht höher als noch im Sommer geschätzt. Dazu hat unter anderem beigetragen, dass die Arbeitslosenquote stärker zurückgegangen ist als ursprünglich angenommen, was die natürliche Arbeitslosenquote gesenkt hat. Zudem werden für 2018 nun 200 000 zusätzliche Arbeitskräfte im Inland im Vergleich zum Sommer angenommen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfe bis zum Jahr 2022 mit einer Jahresdurchschnittsrate von 1,7% zunehmen (vgl. Tab. 4.1). Die positive Produktionslücke dürfte bis zum Jahr 2022 kleiner werden. Mit Blick auf die Verwendungsseite zeigt sich, dass der Anteil des Konsums am Bruttoinlandsprodukt leicht abnimmt (vgl. Tab. 4.2). Im Gegenzug steigt der Anteil der Investitionen leicht.

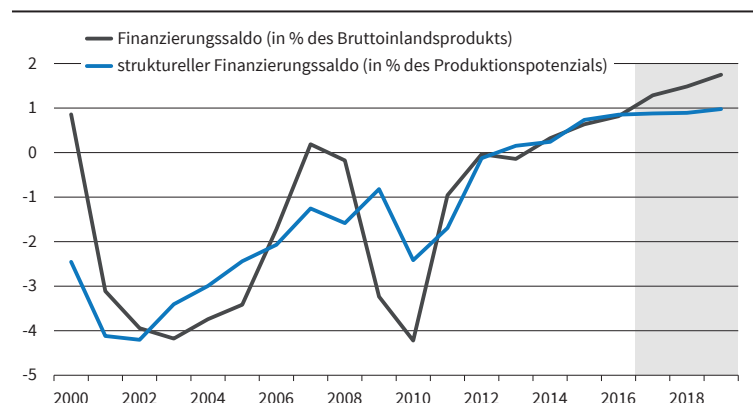
## 5. Zur Wirtschaftspolitik

### 5.1. ZUR FINANZPOLITIK IN DEUTSCHLAND

Der deutsche Staat wird im laufenden Jahr vermutlich zum vierten Jahr in Folge einen Rekordüberschuss erzielen<sup>8</sup> und im weiteren Prognosezeitraum

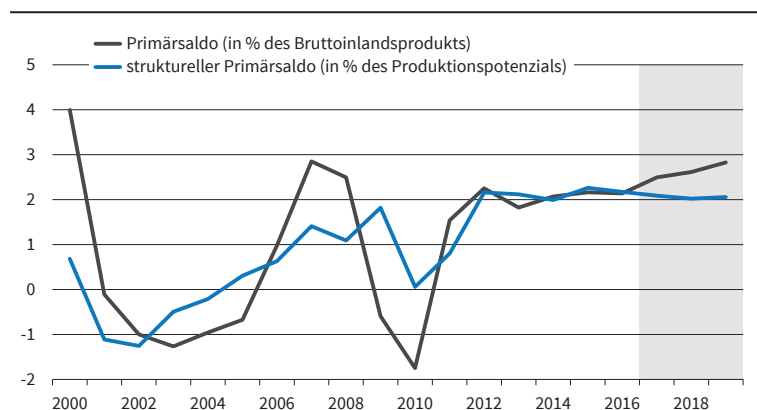
<sup>8</sup> In dieser Betrachtung wurde vom Jahr 2000 abstrahiert, da die dortigen hohen Überschüsse allein durch die Erlöse in Höhe von 50,8 Mrd. Euro aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen resultierten. Bei Einbeziehung des Jahres 2000 wäre es der dritte Rekordüberschuss in Folge.

Abb. 5.1  
Finanzierungssaldo



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2017, 2018 und 2019: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 5.2  
Primärsaldo



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2017, 2018 und 2019: Prognose des ifo Instituts.

von Rekord zu Rekord eilen, sofern die Politik nicht reagiert. Auch der um konjunkturelle Einflüsse und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo weist im gesamten Prognosezeitraum Überschüsse auf, welche sich von 0,9% in Relation zum nominalen Produktionspotenzial auf 1% leicht steigern werden (vgl. Abb. 5.1). Für die Differenz zwischen unbereinigtem und strukturellem Finanzierungssaldo ist im Prognosezeitraum vor allen Dingen die wachsende Produktionslücke verantwortlich. Im laufenden Jahr trägt auch die Erstattung der Kernbrennstoffsteuer, welche als Einmaleffekt behandelt wird, merklich zur Differenz bei. Der strukturelle Primärsaldo, dessen Veränderung als Maß des Ausrichtungsgrades der Finanzpolitik betrachtet werden kann und als Saldenmethode bezeichnet wird (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2017a), stagniert im Prognosezeitraum, was auf eine neutrale Finanzpolitik schließen lässt (vgl. Abb. 5.2). Damit divergiert im laufenden Jahr der aus der Saldenmethode abgeleitete Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik leicht von dem aus der Maßnahmenmethode abgeleiteten. Ein Grund dafür sind die im aktuellen Jahr überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten bei den direkten Steuern, die sich positiv auf den strukturellen Primärsaldo auswirken, aber bei der Maßnahmenmethode keine Berücksichtigung finden. Darüber hinaus wirkt die kalte Progression bei der Saldenmethode für sich genommen restriktiv, wohingegen sie bei der Maßnahmenmethode nicht berücksichtigt wird.

Die mehr als stabile staatliche Haushaltslage ist zum einen durch das historisch niedrige Zinsniveau bedingt. Zum anderen spielt aber auch die gute konjunkturelle Lage eine bedeutende Rolle. So korrespondieren die hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts

Die mehr als stabile staatliche Haushaltslage ist zum einen durch das historisch niedrige Zinsniveau bedingt. Zum anderen spielt aber auch die gute konjunkturelle Lage eine bedeutende Rolle. So korrespondieren die hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts

mit hohen Zuwachsraten bei Unternehmensgewinnen sowie bei Bruttolöhnen und -gehältern. Die steigenden Unternehmensgewinne führen zu hohen Steigerungsraten der Gewinnsteuern wie Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer. Jedoch überstieg das Wachstum der Gewinnsteuern das der zugrundeliegenden makroökonomischen Grundlagen in den vergangenen Jahren um ein Vielfaches. Die Zunahme der Bruttolohn- und Gehaltssumme resultiert zum einen aus einem fortgesetzten Beschäftigungsaufbau und zum anderen aus Lohnsteigerungen. Dies führt unmittelbar dazu, dass sowohl die Lohnsteuer als auch die Sozialversicherungsbeiträge steigen. Im Falle der Lohnsteuer führt die kalte Progression sogar zu überproportional starken Steuermehreinnahmen. Zum anderen bewirken die Lohnzuwächse über eine Ausweitung der verfügbaren Einkommen einen Anstieg des Privatkonsums, was wiederum steigende Steuern vom Umsatz zur Konsequenz hat.

Gleichzeitig sinken die staatlichen Ausgaben. Die geringere Arbeitslosigkeit reduziert monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen, welche gleichwohl einen nominalen Anstieg verbuchen. Diesem steht ein unterproportionaler Anstieg der Zinsausgaben gegenüber. Obgleich mit einem Anstieg des Zinsniveaus zu rechnen ist, bleibt es aufgrund der weiterhin sehr expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank dennoch niedrig. Zudem wird sich der im Prognosezeitraum erfolgende Schuldenabbau, zu dem die konjunkturbedingten staatlichen Finanzierungsüberschüsse verwendet werden sollten, dämpfend auf die Zinslast auswirken.

Neben den konjunkturbedingten Überschüssen liegen die strukturellen Überschüsse im Prognosezeitraum ebenfalls auf Rekordniveau. Bei der Betrachtung der strukturellen Überschüsse muss jedoch beachtet werden, dass der Finanzierungssaldo nicht bezüglich des sehr niedrigen Zinsniveaus bereinigt wird. So wäre der strukturelle Überschuss bei einem gewöhnlichen Zinsniveau merklich niedriger. Die Verwendung der strukturellen Überschüsse zum weiteren Schuldenabbau hätte eine konjunkturneutrale Wirkung. Eine dauerhafte Senkung der Zinsausgabenlast würde langfristig zu einer erhöhten budgetären Flexibilität führen und in zukünftigen konjunkturrell angespannten Zeiten den staatlichen Handlungsspielraum erweitern.

Eine in der Öffentlichkeit häufig diskutierte Möglichkeit ist, auch die strukturellen Überschüsse zur Finanzierung zusätzlicher Ausgabenposten, beispielsweise im Bereich der Sozialausgaben, zu verwenden. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Wirtschaft momentan auf eine Hochkonjunktur zusteuert und die gegenwärtige expansive Geldpolitik im Prognosezeitraum anhalten wird. Nach derzeitigem Stand wird die Finanzpolitik im laufenden Jahr leicht expansiv bzw. konjunkturneutral ausgerichtet sein und im restlichen Prognosezeitraum konjunkturneutral. Zusätzliche fiskalische Impulse sind deshalb aus konjunkturpolitischer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht wünschens-

wert. Vor allem im Bereich der Sozialversicherung ist zu beachten, dass mittelfristig aufgrund der demographischen Entwicklung eine zusätzliche Belastung zu erwarten ist. Daher ist eher davon abzusehen, die Ausgabenposten dauerhaft zu erhöhen und zu empfehlen, etwaige zusätzliche Ausgaben durch Umstrukturierungen des Haushalts zu finanzieren.

Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, die strukturellen Überschüsse für Ausgaben zu nutzen, die das Produktionspotenzial heben und die mittelfristig wieder reduziert werden könnten. Hier wären beispielhaft Investitionen in Bildung und Forschung zu nennen. Investitionen in die Schulinfrastruktur wären jedoch eher ungeeignet, da der Bausektor bereits hochgradig ausgelastet ist und weitere Investitionen primär zu einem Preisanstieg führen würden. Bauinvestitionen wären im Prognosezeitraum zudem mit einem höheren Fiskalimpuls verbunden und würden die Überhitzungsgefahr verstärken. Hingegen sind zielgerichtete Investitionen in die digitale Infrastruktur – wie beispielsweise Breitbandausbau und Investitionen in die mobile Netzabdeckung – dringend erforderlich, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen insbesondere im ländlichen Raum zu stärken. Zudem werden bereits vorhandene Mittel teilweise nicht von den Ländern und Gemeinden abgerufen. Hier könnte durch Anpassungen der Zuständigkeiten und durch Einstellung von zusätzlichem Personal, gegebenenfalls auch finanziert durch Bundesmittel, Abhilfe geschaffen werden. Gleichwohl wären entsprechende investive Ausgaben nicht konjunkturneutral.

Alternativ ist auch eine Senkung der staatlichen Einnahmen denkbar. Hier kann bei den Steuereinnahmen oder auf Seite der Sozialversicherung angesetzt werden. Auf steuerlicher Seite wurde im vergangenen Bundestagswahlkampf vor allem die Abschaffung des Solidaritätszuschlags debattiert. Die Verteilungswirkungen eines solchen Schrittes sind allerdings umstritten. Da der Solidaritätszuschlag proportional zur Einkommensteuerlast steigt, würden vor allem die obersten 20% entlastet, während bei kleinen und mittleren Einkommen kaum Entlastungseffekte auftreten würden (vgl. Peichl et al. 2017). Eine graduelle Abschmelzung insbesondere im mittleren Einkommensbereich sowie gegebenenfalls eine teilweise Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer würden die Entlastungen stärker auf die mittleren und unteren Einkommensbereiche konzentrieren. Dort ist die implizite Grenzbelastung durch Steuern, Sozialabgaben und Transfers besonders hoch. Entlastungen würden dort größere Arbeitsangebotseffekte auslösen als bei höheren Einkommen.

In den vergangenen Jahren entstand im mittleren und unteren Einkommensbereich auch deshalb ein erheblicher Reformbedarf, weil Durchschnittsverdienerinnen und Durchschnittsverdiener im Zeitverlauf von immer höheren Grenzsteuersätzen betroffen sind. Während in den 1960er Jahren der Spitzen-



steuersatz bei dem 18-fachen des durchschnittlichen Einkommens ansetzte, greift der Spitzensteuersatz heute bereits bei dem 1,3-fachen des durchschnittlichen Vollzeiteinkommens. Daher wäre eine Verschiebung des Steuertarifs denkbar, um die kalte Progression der vergangenen Jahre auszugleichen. In Zukunft wäre auch ein Tarif auf Rädern vorstellbar, d.h. ein Automatismus, der die kalte Progression und die damit einhergehenden heimlichen Steuererhöhungen ausgleicht (vgl. Dorn et al. 2017a). Eine weitere Steuer senkungsmöglichkeit besteht in dem Abbau des Mittelstandsbauchs. In der Mitte des Einkommensteuertarifs steigen die Grenzbelastungen stark an (vgl. Dorn et al. 2017b sowie Peichl et al. 2017). Eine Abflachung des Steuertarifs würde hier sowohl mittleren als auch hohen Einkommen zugutekommen, da letztere auch bei für sie konstanten Grenzsteuersätzen von einer Absenkung der gesamten Steuerlast profitieren würden.

Während Bezieherinnen und Bezieher geringer Einkommen kaum von Senkungen der Einkommensteuer profitieren würden, wären hier Entlastungen und Vereinfachungen durch Reformen im Transferzugsbereich denkbar. Geringverdienerinnen und Geringverdiener unterliegen stark schwankenden und teils sehr hohen Grenzbelastungen aufgrund von Interaktionen des Steuer- und Transfersystems (vgl. Nierhaus 1988 sowie Peichl et al. 2017). Diese Belastungen senken die Anreize zur Mehrarbeit im unteren Einkommensbereich. Hier sollten Transferentzugsraten gesenkt und die verschiedenen Komponenten des Steuer- und Transfersystems enger aufeinander abgestimmt werden, um die Schwankungen der Grenzbelastung einzudämmen. Eine solche Reform hätte erhebliche Effizienzvorteile (hohe Arbeitsangebotselastizitäten niedriger Einkommensbezieher).

Ebenso würde eine Mehrwertsteuersenkung bei einer Weitergabe der Steuer an Konsumentinnen und Konsumenten niedrigere Einkommensschichten begünstigen, da diese einen größeren Anteil ihres Einkommens konsumieren. Jedoch zeigen Studien, dass Mehrwertsteuersenkungen zumindest kurz- bis mittelfristig nicht vollständig weitergegeben werden und sich nur begrenzt in niedrigeren Preisen niederschlagen (vgl. Benzarti et al. 2017).

Neben Steuersenkungen sind ebenfalls Reformen im Bereich der Sozialversicherung denkbar. Eine Senkung der Sozialbeiträge würde ebenfalls niedere und mittlere Einkommensschichten entlasten. Aufgrund des demographischen Zwischenhochs sind die Kassen der Sozialversicherungen momentan gut gefüllt. Jedoch ist in Zukunft mit steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen zu rechnen. Daher sollten etwaige Absenkungen so gestaltet werden, dass sie demographiebeständig sind bzw. sich bei Bedarf leicht und rasch wieder rückgängig machen lassen. Falls eine Senkung der Sozialbeiträge anvisiert wird, wäre zu empfehlen, dass dies von einer Reform der versicherungsfremden Leistungen beglei-

tet wird. So belasten beispielsweise die Mütterrente und die Rente ab 63 die Beitragszahler und verteuern bei der jetzigen Finanzierung den Produktionsfaktor Arbeit. Durch eine vollständige Steuerfinanzierung solcher versicherungsfremden Leistungen sowie durch eine Vermeidung vergleichbarer zusätzlicher Belastungen in der kommenden Legislaturperiode könnten die Sozialkassen nachhaltig entlastet werden, wodurch weiterer Spielraum für Beitragssenkungen entstünde.

Weiterhin ist damit zu rechnen, dass die Steuerreform in den Vereinigten Staaten den internationalen Steuerwettbewerb verschärfen und Druck auf Deutschland ausüben wird, ebenfalls Unternehmenssteuern zu senken. Eine mögliche Reaktion wäre eine Abschaffung der Gewerbesteuer. Diese belastet nicht nur Unternehmen, sondern führt durch Überwälzungseffekte auf Löhne ebenfalls zu Umverteilungswirkungen, durch die insbesondere gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Zweitverdiener belastet werden (vgl. Fuest et al. 2017). Zudem birgt die starke Abhängigkeit der Kommunen von der Gewerbesteuer die Gefahr, dass Kommunen im Fall eines wirtschaftlichen Einbruchs die Gewerbesteuer erhöhen. Dies belastet wiederum die lokalen Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kann zu einer Spirale aus wachsender Steuerbelastung und wirtschaftlicher Stagnation führen. Eine Ersetzung der Gemeindeeinnahmen aus der Gewerbesteuer durch einen Gemeindezuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie Zuweisungen, die sich am örtlichen Lohnsteueraufkommen orientieren, könnten hier Abhilfe schaffen.

## 5.2. ZUR GELDPOLITIK DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in ihrer Ratssitzung am 26. Oktober 2017 die Eckpunkte ihrer künftigen Geldpolitik beschlossen:

- eine mindestens neunmonatige Verlängerung des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Program, APP) ab Januar 2018 bei einem reduzierten Volumen von 30 Mrd. Euro, ausdrücklich ohne fixiertes Enddatum;
- eine Bestätigung der »zukunftsgerichteten Hinweise« (Forward Guidance), dass die Leitzinsen für einen längeren Zeitraum auf niedrigem Niveau bleiben werden und dies weit über das Ende des APP hinaus;
- die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte werden als Festzinstender mit Vollzuteilung mindestens bis Ende der letzten Mindestreserveperiode 2019 fortgesetzt;
- fortgesetzte Reinvestition der Tilgungszahlungen aus fälligen Wertpapieren für einen längeren Zeitraum nach Ende des APP.



Insgesamt setzt die EZB damit ihren stark expansiv ausgerichteten geldpolitischen Kurs fort. Zwar wurden die geplanten Anleihekäufe im Volumen halbiert, gleichzeitig jedoch weit in das Jahr 2018 verlängert. Dies verschafft auch der »Forward Guidance« zusätzliche Glaubwürdigkeit, so dass mit steigenden Zinsen offenbar nicht vor Mitte 2019 zu rechnen ist. Die Refinanzierung über die Vollzuteilung gibt den Banken mittelfristig Planungssicherheit hinsichtlich der Kosten ihres Liquiditätsmanagements. Die Reinvestition der fälligen Wertpapiere auch nach (dem noch nicht definierten) Ende des APP bedeutet eine mittel- bis langfristig ausgedehnte Zentralbankbilanz, die auch über den vom Eurosystem gehaltenen Bestand an Wertpapieren Wirkung auf das langfristige Zinsniveau entfalten kann (vgl. Europäische Zentralbank 2017a). Gleichzeitig dürfte die im Zuge des APP und der LTROs gestiegene Liquidität im Bankensystem dazu führen, dass die Geldmarktzinsen mittelfristig nahe des (negativen) Einlagesatzes (- 0,4%) bleiben werden. Die EZB vermeidet mit dem zögerlichen Ausstieg aus den unkonventionellen Maßnahmen (von EZB-Präsident Mario Draghi als »Rekalibrierung« bezeichnet) vorerst Verwerfungen auf den Anleihemärkten, wie sie beim Ausstieg der amerikanischen Notenbank (Fed) im Rahmen des Ausschleichungs-Prozesses (»Tapering«) entstanden waren. Die Ankündigung der amerikanischen Notenbank im Jahr 2013, ihre Anleihekäufe ab Januar 2014 zurückzuführen, löste eine Art Schockwelle an den globalen Finanzmärkten aus. Renditen amerikanischer Staatsanleihen stiegen stark an, und in einigen Schwellenländern kam es zu Kursverwerfungen. Vor diesem Hintergrund betonte EZB-Präsident Mario Draghi mehrfach, dass es kein fixes Enddatum für die derzeitige unkonventionelle Politik gibt:

*»Our programme is flexible enough that we can adjust its size. We can carry through smoothly and that's been the evidence we have given until now (...) The decision today is for an open-ended program, it's not going to stop suddenly. It's never been our view that things should stop suddenly.«* (Mario Draghi, 26. Oktober 2017)

Als Reaktion auf die Beschlüsse fielen die Anleihezinsen leicht, was darauf hindeutet, dass die Finanzmärkte die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass es auch nach September 2018 noch weitere Anleihekäufe geben wird. Gleichwohl ging nach einer Umfrage der Agentur Reuters die Mehrzahl der befragten Ökonomen von einem Auslaufen Ende 2018 aus (vgl. Reuters News 2017).

Gegen eine zu frühe Normalisierung der Geldpolitik spricht die angespannte Situation der Staatshaushalte in einigen Mitgliedstaaten. So könnten steigende Kapitalmarktzinsen dort die Staatsverschuldung in die Höhe treiben (vgl. Analyse zur Schuldentragfähigkeit Italiens im Abschnitt »Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum«). Sollte ein großes Land wie Italien wieder in eine sich verschärfende Staatsschuldenkrise gelangen, könnte davon erneuter Deflationsdruck ausgehen. Eine wieder aufflammende Schuldenkrise wäre

jedoch bei einem schlechter werdenden makroökonomischen Umfeld für den Euroraum schwer zu verkraften und würde die unkonventionellen Maßnahmen der EZB über viele Jahre verlängern.

Allerdings geht von einer fortgesetzten Niedrigzinspolitik eine Reihe von Risiken aus. Bereits in der Juniprognose 2017 des ifo Instituts wurde auf die damit verbundenen Zinsänderungsrisiken eingegangen (Wollmershäuser et. al 2017). Diese bestehen in einem Gewöhnungseffekt, der die langfristigen Kreditzinsen drückt, jedoch bei einem Zinsanstieg zu erheblichen Wertverlusten führen kann. Die Negativzinspolitik und Anleihekaufpolitik der Europäischen Zentralbank belastet zudem die Ertragslage der Banken: zum einen über die Negativzinsen der bei der Zentralbank hinterlegten Reserven, und zum anderen über die niedrigeren Erträge durch eine flache Zinsstrukturkurve. Von einer frühzeitig eingeleiteten, schrittweisen Normalisierung der Geldpolitik würden daher mittelfristig positive Wirkungen auf den Bankensektor ausgehen.

Auch die Deutsche Bundesbank warnt jüngst vor Risiken für die Finanzstabilität bei fortgesetzter expansiver Geldpolitik der EZB (vgl. Deutsche Bundesbank 2017a). Diese bestehen in hohen Bewertungen von Kapitalanlagen, dem zunehmenden Anteil niedrig verzinsten Anlagen und steigenden Immobilienpreisen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich verweist zudem auf die Erfahrungen der US-amerikanischen Notenbank mit der Normalisierung ihrer Geldpolitik, wonach sich die Finanzierungsbedingungen in den Vereinigten Staaten nach den ersten Zinsanhebungsschritten zunächst weiter gelockert haben (vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 2017). Dies bedeutet, dass geldpolitische Kursänderungen nur mit Zeitverzögerung an den Märkten aufgenommen werden und daher frühzeitig eingeleitet werden sollten.

Die EZB nimmt offenbar diese mittelfristigen Risiken in Kauf, um den Euroraum als Ganzes mittels Negativzinsen und dem APP auf einen längerfristig stabilen Inflationspfad zu führen.<sup>9</sup> Zu beachten ist dabei, dass die Deflationsgefahren, mit denen die Negativzinsen und das APP ursprünglich begründet wurden, aktuell nicht mehr zu erkennen sind. Nach der hier vorgelegten Prognose befindet sich der Euroraum auf einem starken und stabilen Expansionskurs (vgl. Abschnitt »Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum«). Die Produktionslücke dürfte aktuell bereits geschlossen sein und sich im Prognosezeitraum öffnen. Als Folge der zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten dürfte die Kerninflationsrate, welche die Preissteigerung ohne Energiepreise misst, von 1,1% in diesem Jahr auf 1,7% im Jahr 2019 steigen. Auch eine Umfrage der EZB unter Ökonomen deutet darauf hin, dass sich sowohl die kurzfristigen als auch die mittelfristigen Inflationserwartungen wieder in Richtung

<sup>9</sup> Zur Diskussion, ob das Inflationsziel von knapp unter 2% weiterhin adäquat ist, vgl. Weeber (2017).

des EZB-Inflationsziels von »unter, aber nahe bei 2%« bewegen (vgl. Europäische Zentralbank 2017b). Durch ihre fortgesetzte ultralockere Politik verabschiedet sich die EZB somit dauerhaft von ihrer bisherigen, nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank konzipierten Ausrichtung. Dies zeigt sich auch eindrücklich in der Abweichung von der Taylor-Zinsregel.<sup>10</sup> Wie in der Juniprognose 2017 des ifo Instituts ausgeführt wurde, wäre entsprechend dieser Regel bereits für das aktuelle Quartal ein positiver Leitzins geboten (vgl. Wollmershäuser et. al 2017). Die im Oktober 2017 gefassten geldpolitischen Beschlüsse der Europäischen Zentralbank sind damit auch als Zäsur hin zu einer dauerhaft laxeren Geldpolitik zu sehen.

Abgeschlossen am Dienstag, 12. Dezember 2017

## 6. Literatur

- Abberger, K. und W. Nierhaus (2010), »Markov-Switching and the Ifo Business Climate: The Ifo Business Cycle Traffic Lights«, *Journal of Business Cycle Measurement and Analysis* 7(2), 1–13.
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2017), *International banking and financial market developments*, BIZ, Dezember.
- Benzarti, Y., D. Carloni, J. Harju und T. Kosonen (2017), »What Goes Up May Not Come Down: Asymmetric Incidence of Value-Added Taxes«, NBER Working Paper Nr. 23849.
- Boumans, D., Chr. Zeiner und T. Schuler (2017), »ifo Weltwirtschaftsklima auf höchstem Stand seit 2011«, *ifo Schnelldienst* 70(22), 49–61.
- Bussière, M., G. Callegari, F. Ghironi, G. Sestieri und N. Yamano (2013), »Estimating Trade Elasticities: Demand Composition and the Trade Collapse of 2008–2009«, *American Economic Journal: Macroeconomics* 5(3), 119–151.
- Carstensen, K., St. Henzel, J. Mayr und K. Wohlrabe (2009), »IFOCAS: Methoden der ifo-Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 62(23), 15–28.
- Clark, P.K. (1989), »Trend Reversion in Real Output and Unemployment«, *Journal of Econometrics*, 40, 15–32.
- Deutsche Bundesbank (2016), *Monatsbericht April*, 68(4), Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2017a), *Finanzstabilitätsbericht 2017*, Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2017b), *Monatsbericht August*, 69(Nr. 8), Frankfurt am Main.
- Döhrn, R. und Chr. M. Schmidt (2011), »Information or Institution? On the Determinants of Forecast Accuracy«, *Journal of Economics and Statistics* 231(1), 9–27.
- Dorn, F., C. Fuest, B. Kauder, L. Lorenz, M. Mosler und N. Potrafke (2017a), »Die Kalte Progression – Verteilungswirkungen eines Einkommensteuertarifs auf Rädern«, *ifo Schnelldienst* 70(03), 28–39.
- Dorn, F., C. Fuest, F. Häring, B. Kauder, L. Lorenz und M. Mosler (2017b), »Die Beseitigung des Mittelstandsbauchs – Reformoptionen zur Einkommensteuer und ihre fiskalischen Kosten«, *ifo Schnelldienst* 70(09), 31–38.
- Elstner, St., Chr. Grimme und U. Haskamp (2013), »Das ifo Exportklima – ein Frühindikator für die deutsche Exportprognose«, *ifo Schnelldienst* 66(4), 36–43.
- Europäische Zentralbank (2017a), »Maintaining price stability with unconventional monetary policy measures«, verfügbar unter: <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2017/html/ecb.sp171011.en.html>.
- Europäische Zentralbank (2017b), *Survey of Professional Forecasters*, Q3 2017, Frankfurt am Main.
- Felbermayr, G., C. Fuest, J. Gröschl und D. Stöhlker (2017), »Economic Effects of Brexit on the European Economy«, *EconPol Policy Report* 1(4), München.
- Fuest, C., A. Peichl und S. Sieglösch (2017), »Do Higher Corporate Taxes Reduce Wages? Micro Evidence from Germany«, *American Economic Review*, im Erscheinen; ebenfalls erschienen als ifo Working Paper Nr. 241.
- Flaig, G. (2003), »Strukturelle Zeitreihenmodelle. Spezifikation, Schätzung und Anwendungen«, *WIST* 32, 258–263.
- Fobbe, F. und R. Lehmann (2016), »Elektromotoren, Energieversorgung und Erziehung: Die Güte der entstehungsseitigen ifo-Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 69(12), 58–63.
- Fuest, C. (2017), »Eine der besseren Reformen Trumps«, *Handelsblatt* 5. Dezember, 48.
- Götttert, M. (2017), »Steuermehreinnahmen trotz Rückerstattung der Kern-brennstoffsteuer«, *ifo Schnelldienst* 70(22), 45–48.
- Graf, C. und Chr. Grimme (2017), »Der Einfluss der Vermögenseinkommen auf den deutschen Leistungsbilanzüberschuss«, *ifo Schnelldienst* 70(22), 38–44.
- Grimme, Chr., R. Lehmann und M. Nöller (2017), »A New Leading Indicator for Forecasting Imports«, mimeo.
- Grimme, Chr. und T. Wollmershäuser (2017), »Zu den Auswirkungen von Rohstoffpreisänderungen auf den Leistungsbilanzsaldo«, *ifo Schnelldienst* 70(14), 44–46.
- Heinisch, K. und K. Wohlrabe (2017), »The European refugee crisis and the natural rate of output«, *Applied Economics Letters* 24(6), 1138–1142.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017), *Zuwanderungsmonitor Oktober 2017*, Nürnberg.
- Joint Committee on Taxation (2017), »Macroeconomic Analysis of the Tax Cut and Jobs Act as Ordered Reported by the Senate Committee on Finance on November 16, 2017«, (JCX-61-17), 30. November.

<sup>10</sup> Bei dieser Taylor-Regel handelt es sich um eine Reaktionsfunktion der Europäischen Zentralbank, die ihr Zinssetzungsverhalten von 1999 bis zum Ausbruch der Weltfinanz- und Eurokrise beschreibt.

## 7. Tabellenanhang

Kim, C.-J. und Nelson, C.R. (1999), *State-space models with regime switching: classical and Gibbs-sampling approaches with applications*, MIT Press Books, Cambridge.

Kranendonk, H. und J. Verbruggen (2008), »Decomposition of GDP Growth in Some European Countries and the United States«, *De Economist* 156(3), 295–306.

Lehmann, R., W. Nierhaus und M. Reif (2016), »Eine FlashSchätzung für die privaten Konsumausgaben in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 69(21), 36–41.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2016), »Zur Prognosegüte der gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität«, *ifo Schnelldienst* 69(22), 57–61.

Nierhaus, W. (1988), *Umverteilung in der Bundesrepublik Deutschland – das Zusammenwirken von Steuern und Sozialtransfers: Modellanalyse des gegenwärtigen Systems*, Einzelschrift des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Band II, München.

Nierhaus, W. (2007), »Wirtschaftskonjunktur 2006: Prognose und Wirklichkeit«, *ifo Schnelldienst* 60(2), 23–28.

Nierhaus, W. (2017), »Wirtschaftskonjunktur 2016: Prognose und Wirklichkeit«, *ifo Schnelldienst*, 70(2), 72–78.

Peichl, A., F. Buhlmann und M. Löffler (2017), *Grenzbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem: Fehlanreize, Reformoptionen und ihre Wirkungen auf inklusives Wachstum*, Studie der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), »Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016: Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert«, *ifo Schnelldienst* 69(8), 3–59.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017a), »Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2017: Aufschwung festigt sich trotz weltwirtschaftlicher Risiken«, *ifo Schnelldienst* 70(8), 3–58.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017b), »Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2017: Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu«, *ifo Schnelldienst* 70(19), 3–60.

Radowski, D. (2017), *WDN Country Report: Germany*, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.

Reuters News (2017), »ECB to shut the door on easy money by end-2018: Reuters poll«, verfügbar unter <https://www.reuters.com/article/us-ecb-policy-poll/ecb-to-shut-the-door-on-easy-money-by-end-2018-reuters-poll-idUSKBN1DU0GT>.

Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2016), *Zeit für Reformen, Jahresgutachten 2016/17*, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2017), *Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, Jahresgutachten 2017/18*, Wiesbaden.

Sinclair, T., H. O. Stekler und H. C. Müller-Dröge (2016), »Evaluating Forecasts of a Vector of Variables: A German Forecasting Competition«, *Journal of Forecasting* 35(6), 493–503.

Statistische Bundesamt (2017), »Bevölkerung in Deutschland voraussichtlich auf 82,8 Millionen gestiegen«, Pressemitteilung Nr. 033.

Tax Foundation (2017), *Preliminary Details and Analysis of the Senate's 2017 Tax Cuts and Jobs Act*, Special Report Nr. 240.

Tax Policy Center (2017), *Macroeconomic Analysis of the Tax Cuts and Jobs Act as Passed by the Senate Finance Committee*, 1. Dezember.

Weeber, J. (2017), »Die 2%-Illusion«, *ifo Schnelldienst* 70(21), 3–42.

Wohlraube, K. und T. Wollmershäuser (2017), »Zur Konstruktion einer gesamtwirtschaftlichen ifo Kapazitätsauslastung«, *ifo Schnelldienst* 70(15), 26–30.

Wollmershäuser, T., W. Nierhaus, N. Hristov, D. Boumans, M. Göttert, Chr. Grimme, St. Lautenbacher, R. Lehmann, W. Meister, A. Peichl, M. Reif, F. Schröter, T. Schuler, M. Stöckli, K. Wohlraube, A. Wolf und Chr. Zeiner (2017), »ifo Konjunkturprognose 2017/2018: Deutsche Wirtschaft stark und stabil«, *ifo Schnelldienst* 70(12), 30–83.

**Hauptaggregate der Sektoren**

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2016				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	2 831,9	1 918,0	301,8	612,1	–
2 – Abschreibungen .....	552,3	318,1	68,4	165,8	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 279,7	1 599,9	233,4	446,3	– 250,6
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 598,2	1 143,2	236,5	218,5	14,0
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	22,3	13,0	0,2	9,2	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	26,1	24,6	0,2	1,3	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	685,3	468,4	– 3,1	220,0	– 264,6
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 600,3	–	–	1 600,3	11,9
9 – Geleistete Subventionen .....	27,8	–	27,8	–	5,6
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	334,7	–	334,7	–	6,9
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	702,3	633,5	41,6	27,3	168,5
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	754,7	352,5	18,1	384,1	116,1
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 644,9	187,4	280,3	2 177,2	– 303,8
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	387,5	83,7	–	303,8	10,2
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	397,2	–	397,2	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	644,4	–	–	644,4	4,0
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	645,6	121,0	523,8	0,8	2,8
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	551,8	64,7	486,3	0,8	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	544,9	–	–	544,9	7,3
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	321,8	169,0	75,7	77,0	57,5
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	281,9	153,9	19,9	108,2	97,4
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 609,0	144,9	659,2	1 805,0	– 267,9
23 – Konsumausgaben .....	2 289,8	–	615,4	1 674,4	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 49,1	–	49,1	–
25 = Sparen .....	319,2	95,8	43,7	179,7	– 267,9
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	59,9	13,4	36,4	10,1	5,1
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	55,4	24,6	15,5	15,4	9,6
28 – Bruttoinvestitionen .....	603,6	347,5	66,8	189,3	–
29 + Abschreibungen .....	552,3	318,1	68,4	165,8	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 3,3	– 2,9	– 1,3	0,8	3,3
31 = Finanzierungssaldo .....	266,8	80,4	25,7	160,7	– 266,8
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 609,0	144,9	659,2	1 805,0	– 267,9
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	401,7	–	401,7	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	401,7	–	–	401,7	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 609,0	144,9	257,5	2 206,6	– 267,9
38 – Konsum 3) .....	2 289,8	–	213,8	2 076,0	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 49,1	–	49,1	–
40 = Sparen .....	319,2	95,8	43,7	179,7	– 267,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

## Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2017				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.F.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	2 940,9	1 994,2	313,8	632,9	–
2 – Abschreibungen .....	570,9	328,0	70,8	172,0	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 370,1	1 666,1	243,0	460,9	– 245,8
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 668,1	1 191,5	246,3	230,3	14,6
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	22,1	12,5	0,2	9,4	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	25,6	24,1	0,2	1,3	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	705,4	486,2	– 3,3	222,5	– 260,3
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 670,4	–	–	1 670,4	12,3
9 – Geleistete Subventionen .....	28,0	–	28,0	–	5,0
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	346,4	–	346,4	–	6,9
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	689,7	625,1	39,5	25,1	169,9
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	748,7	326,1	16,9	405,6	110,9
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 753,1	187,2	292,5	2 273,4	– 305,1
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	410,2	89,5	–	320,7	10,7
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	420,4	–	420,4	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	669,8	–	–	669,8	4,1
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	671,0	122,4	547,8	0,8	2,9
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	571,2	64,5	505,8	0,8	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	564,1	–	–	564,1	7,6
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	343,4	191,0	71,2	81,2	58,5
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	294,0	161,5	21,4	111,0	107,9
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 708,0	126,1	705,1	1 876,8	– 260,0
23 – Konsumausgaben .....	2 374,1	–	636,6	1 737,6	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 49,5	–	49,5	–
25 = Sparen .....	333,9	76,5	68,6	188,8	– 260,0
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	64,2	11,3	41,9	11,0	4,0
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	61,5	33,4	12,7	15,3	6,7
28 – Bruttoinvestitionen .....	644,8	372,3	69,7	202,8	–
29 + Abschreibungen .....	570,9	328,0	70,8	172,0	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 2,2	– 1,6	– 1,5	0,9	2,2
31 = Finanzierungssaldo .....	259,5	56,0	42,1	161,4	– 259,5
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 708,0	126,1	705,1	1 876,8	– 260,0
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	415,7	–	415,7	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	415,7	–	–	415,7	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 708,0	126,1	289,5	2 292,5	– 260,0
38 – Konsum 3) .....	2 374,1	–	220,9	2 153,2	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 49,5	–	49,5	–
40 = Sparen .....	333,9	76,5	68,6	188,8	– 260,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

## Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2018				
	Gesamte Volks- wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital- gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	3 075,7	2 107,4	324,0	644,4	–
2 – Abschreibungen .....	591,1	338,6	73,2	179,3	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 484,6	1 768,7	250,9	465,1	– 257,5
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 743,2	1 245,9	254,5	242,7	15,2
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	22,4	12,5	0,2	9,7	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	26,2	24,6	0,2	1,4	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	745,2	534,8	– 3,6	214,0	– 272,7
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 745,8	–	–	1 745,8	12,6
9 – Geleistete Subventionen .....	28,8	–	28,8	–	5,0
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	355,5	–	355,5	–	7,1
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	703,0	641,0	38,5	23,5	174,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	764,4	313,0	17,4	434,0	112,6
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 879,0	206,8	301,9	2 370,3	– 319,4
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	431,3	93,9	–	337,4	11,0
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	441,9	–	441,9	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	694,0	–	–	694,0	3,8
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	694,9	123,4	570,7	0,8	2,9
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	587,8	64,8	522,2	0,8	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	580,5	–	–	580,5	7,7
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	363,1	196,8	82,1	84,3	60,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	312,4	177,5	21,7	113,2	110,7
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 832,5	152,3	732,0	1 948,3	– 272,9
23 – Konsumausgaben .....	2 459,3	–	659,6	1 799,7	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 50,1	–	50,1	–
25 = Sparen .....	373,2	102,2	72,4	198,6	– 272,9
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	60,0	12,5	35,5	12,0	4,1
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	57,0	29,2	12,5	15,3	7,2
28 – Bruttoinvestitionen .....	691,4	401,6	73,4	216,5	–
29 + Abschreibungen .....	591,1	338,6	73,2	179,3	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 2,5	– 1,8	– 1,5	0,9	2,5
31 = Finanzierungssaldo .....	272,3	57,8	50,6	163,9	– 272,3
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 832,5	152,3	732,0	1 948,3	– 272,9
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	433,0	–	433,0	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	433,0	–	–	433,0	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 832,5	152,3	299,0	2 381,3	– 272,9
38 – Konsum 3) .....	2 459,3	–	226,6	2 232,7	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 50,1	–	50,1	–
40 = Sparen .....	373,2	102,2	72,4	198,6	– 272,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.



## Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2019				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.F.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	3 210,7	2 216,7	334,8	659,2	–
2 – Abschreibungen .....	612,6	349,9	75,5	187,2	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 598,1	1 866,8	259,3	472,0	– 268,9
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 821,0	1 302,0	263,2	255,8	15,9
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	22,6	12,4	0,2	10,0	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	26,7	25,1	0,2	1,4	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	781,1	577,4	– 3,9	207,6	– 284,8
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 823,8	–	–	1 823,8	13,2
9 – Geleistete Subventionen .....	29,5	–	29,5	–	5,0
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	365,8	–	365,8	–	7,2
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	731,3	670,5	38,3	22,4	177,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	795,3	309,9	16,6	468,8	113,0
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	3 005,2	216,8	310,7	2 477,6	– 333,5
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	456,4	98,6	–	357,9	11,4
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	467,5	–	467,5	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	721,8	–	–	721,8	3,9
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	722,7	125,4	596,4	0,9	3,0
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	605,1	65,0	539,2	0,9	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	597,7	–	–	597,7	7,9
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	376,7	204,7	87,9	84,1	61,5
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	325,2	187,8	22,1	115,4	113,0
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 958,2	161,7	769,5	2 027,0	– 286,5
23 – Konsumausgaben .....	2 555,3	–	684,0	1 871,3	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 50,7	–	50,7	–
25 = Sparen .....	402,8	111,0	85,4	206,4	– 286,5
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	63,3	14,0	36,3	13,0	4,2
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	59,9	32,0	12,5	15,4	7,6
28 – Bruttoinvestitionen .....	728,9	422,1	76,5	230,3	–
29 + Abschreibungen .....	612,6	349,9	75,5	187,2	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 2,7	– 2,0	– 1,5	0,9	2,7
31 = Finanzierungssaldo .....	285,8	58,8	62,1	164,8	– 285,8
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 958,2	161,7	769,5	2 027,0	– 286,5
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	450,9	–	450,9	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	450,9	–	–	450,9	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 958,2	161,7	318,5	2 477,9	– 286,5
38 – Konsum 3) .....	2 555,3	–	233,1	2 322,3	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 50,7	–	50,7	–
40 = Sparen .....	402,8	111,0	85,4	206,4	– 286,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.

## BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017 (2)	2018 (2)	2019 (2)	2017		2018 (2)		2019 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

## Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	1,5	1,1	0,9	1,5	1,5	1,2	1,0	1,0	0,9
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	-0,2	0,0	-0,1	0,0	-0,4	-0,1	0,0	-0,4	0,2
Arbeitsvolumen	1,3	1,1	0,9	1,5	1,0	1,1	1,1	0,6	1,1
Produktivität (4)	1,0	1,5	1,2	0,6	1,3	1,5	1,5	1,4	1,1
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>2,3</b>	<b>2,6</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,4</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>

## 2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2374,1	2459,3	2555,3	1160,5	1213,6	1198,2	1261,1	1243,7	1311,6
Private Konsumausgaben 5)	1737,6	1799,7	1871,3	850,5	887,0	877,0	922,7	910,8	960,5
Konsumausgaben des Staates	636,6	659,6	684,0	310,0	326,6	321,2	338,4	332,9	351,1
Bruttoanlageinvestitionen	666,1	705,6	741,5	320,8	345,3	339,4	366,1	355,9	385,6
Ausrüstungen	215,1	228,8	239,1	101,7	113,4	108,7	120,1	113,3	125,9
Bauten	325,3	344,9	364,6	157,8	167,5	166,4	178,6	175,3	189,3
Sonstige Anlagen	125,7	131,8	137,7	61,3	64,4	64,3	67,4	67,3	70,4
Vorratsveränderungen 6)	-21,3	-14,1	-12,5	-6,4	-14,9	-0,2	-13,9	1,4	-14,0
Inländische Verwendung	3018,9	3150,8	3284,3	1475,0	1543,9	1537,4	1613,3	1601,0	1683,3
Außenbeitrag	245,8	257,5	268,9	127,5	118,2	136,3	121,2	141,4	127,5
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	7,5	7,6	7,6	8,0	7,1	8,1	7,0	8,1	7,0
Exporte	1537,5	1635,0	1724,2	761,2	776,3	809,4	825,6	850,5	873,7
Importe	1291,7	1377,5	1455,3	633,7	658,0	673,1	704,4	709,1	746,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3264,7</b>	<b>3408,2</b>	<b>3553,2</b>	<b>1602,5</b>	<b>1662,2</b>	<b>1673,7</b>	<b>1734,5</b>	<b>1742,5</b>	<b>1810,7</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	3,7	3,6	3,9	3,9	3,5	3,2	3,9	3,8	4,0
Private Konsumausgaben 5)	3,8	3,6	4,0	4,0	3,6	3,1	4,0	3,9	4,1
Konsumausgaben des Staates	3,4	3,6	3,7	3,5	3,4	3,6	3,6	3,6	3,8
Bruttoanlageinvestitionen	5,7	5,9	5,1	5,2	6,2	5,8	6,0	4,8	5,3
Ausrüstungen	4,5	6,4	4,5	2,7	6,1	6,9	5,9	4,2	4,8
Bauten	6,8	6,0	5,7	7,0	6,7	5,5	6,6	5,4	6,0
Sonstige Anlagen	5,0	4,8	4,5	4,9	5,2	4,9	4,7	4,6	4,5
Inländische Verwendung	4,3	4,4	4,2	4,3	4,3	4,2	4,5	4,1	4,3
Exporte	6,0	6,3	5,5	6,0	6,0	6,3	6,4	5,1	5,8
Importe	7,7	6,6	5,6	8,8	6,7	6,2	7,0	5,3	5,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>	<b>3,4</b>	<b>4,2</b>	<b>4,4</b>	<b>4,4</b>	<b>4,1</b>	<b>4,4</b>

## 3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2157,4	2189,7	2226,2	1061,7	1095,7	1074,5	1115,2	1091,5	1134,8
Private Konsumausgaben 5)	1599,0	1626,4	1656,3	784,8	814,2	795,7	830,7	809,3	847,0
Konsumausgaben des Staates	558,1	563,2	570,0	276,7	281,3	278,6	284,5	282,0	288,0
Bruttoanlageinvestitionen	594,2	617,2	636,6	286,9	307,3	297,7	319,5	306,3	330,3
Ausrüstungen	208,1	220,2	229,0	97,9	110,2	104,2	116,0	108,0	121,0
Bauten	273,3	280,8	287,8	133,5	139,8	136,4	144,4	139,4	148,4
Sonstige Anlagen	113,5	117,4	121,3	55,6	57,9	57,5	59,9	59,4	61,9
Inländische Verwendung	2719,5	2782,8	2840,6	1340,6	1378,9	1370,8	1411,9	1398,2	1442,4
Exporte	1455,6	1537,2	1607,1	720,5	735,1	762,5	774,7	794,3	812,8
Importe	1255,8	1324,8	1390,6	613,2	642,5	648,0	676,8	678,0	712,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2920,0</b>	<b>2996,4</b>	<b>3059,1</b>	<b>1447,5</b>	<b>1472,5</b>	<b>1485,2</b>	<b>1511,1</b>	<b>1514,7</b>	<b>1544,4</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,8	1,5	1,7	2,0	1,6	1,2	1,8	1,6	1,8
Private Konsumausgaben 5)	2,1	1,7	1,8	2,2	1,9	1,4	2,0	1,7	2,0
Konsumausgaben des Staates	1,1	0,9	1,2	1,4	0,7	0,7	1,1	1,2	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	3,8	3,9	3,1	3,4	4,2	3,8	4,0	2,9	3,4
Ausrüstungen	4,3	5,8	4,0	2,5	5,9	6,4	5,3	3,6	4,4
Bauten	3,6	2,7	2,5	4,0	3,2	2,1	3,3	2,2	2,8
Sonstige Anlagen	3,7	3,5	3,3	3,7	3,8	3,4	3,5	3,3	3,2
Inländische Verwendung	2,3	2,3	2,1	2,4	2,3	2,3	2,4	2,0	2,2
Exporte	4,3	5,6	4,5	4,1	4,6	5,8	5,4	4,2	4,9
Importe	4,9	5,5	5,0	5,0	4,9	5,7	5,3	4,6	5,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,3</b>	<b>2,6</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,4</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2017 (2)	2018 (2)	2019 (2)	2017		2018 (2)		2019 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,8	2,1	2,2	1,8	1,9	2,0	2,1	2,2	2,2
Private Konsumausgaben 5)	1,7	1,8	2,1	1,7	1,6	1,7	2,0	2,1	2,1
Konsumausgaben des Staates	2,4	2,7	2,5	2,1	2,6	2,9	2,5	2,4	2,5
Bruttoanlageinvestitionen	1,8	2,0	1,9	1,7	1,9	2,0	2,0	1,9	1,9
Ausrüstungen	0,2	0,5	0,5	0,3	0,2	0,4	0,6	0,5	0,4
Bauten	3,1	3,2	3,1	2,9	3,4	3,2	3,2	3,1	3,1
Sonstige Anlagen	1,3	1,3	1,2	1,2	1,3	1,4	1,2	1,2	1,2
Inländische Verwendung	2,0	2,0	2,1	1,9	2,0	1,9	2,0	2,1	2,1
Exporte	1,6	0,7	0,9	1,9	1,4	0,5	0,9	0,9	0,9
Importe	2,6	1,1	0,6	3,7	1,7	0,5	1,6	0,7	0,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>	<b>1,2</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>	<b>2,1</b>

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2273,4	2370,3	2477,6	1120,0	1153,4	1167,2	1203,0	1217,8	1259,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	299,5	310,6	322,9	145,1	154,4	150,3	160,3	156,2	166,7
Bruttolöhne und -gehälter	1370,9	1435,2	1500,8	653,2	717,7	684,5	750,6	715,4	785,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	603,0	624,5	653,9	321,6	281,4	332,4	292,1	346,3	307,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	479,7	508,8	527,5	219,0	260,7	233,9	274,9	242,3	285,2
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2753,1</b>	<b>2879,0</b>	<b>3005,2</b>	<b>1338,9</b>	<b>1414,2</b>	<b>1401,1</b>	<b>1478,0</b>	<b>1460,1</b>	<b>1545,0</b>
Abschreibungen	570,9	591,1	612,6	283,3	287,6	293,3	297,9	303,8	308,8
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3324,0</b>	<b>3470,2</b>	<b>3617,8</b>	<b>1622,2</b>	<b>1701,7</b>	<b>1694,3</b>	<b>1775,8</b>	<b>1764,0</b>	<b>1853,8</b>
nachrichtlich:									
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2434,8</b>	<b>2552,3</b>	<b>2668,9</b>	<b>1180,6</b>	<b>1254,2</b>	<b>1238,5</b>	<b>1313,9</b>	<b>1292,9</b>	<b>1376,0</b>
Arbeitnehmerentgelte	1670,4	1745,8	1823,8	798,3	872,0	834,8	910,9	871,6	952,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	764,4	806,6	845,1	382,3	382,1	403,6	402,9	421,3	423,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	4,4	4,3	4,5	4,6	4,3	4,2	4,3	4,3	4,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	3,7	4,0	3,8	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,5	4,7	4,6	4,5	4,5	4,8	4,6	4,5	4,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,8	3,4	3,5	2,7	2,8	3,4	3,4	3,4	3,6
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,6	3,3	3,0	2,5	2,7	3,4	3,3	2,9	3,1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	4,5	3,6	4,7	5,0	4,0	3,3	3,8	4,2	5,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,6	6,1	3,7	-1,4	6,1	6,8	5,4	3,6	3,8
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>4,1</b>	<b>4,6</b>	<b>4,4</b>	<b>3,6</b>	<b>4,6</b>	<b>4,6</b>	<b>4,5</b>	<b>4,2</b>	<b>4,5</b>
Abschreibungen	3,4	3,5	3,6	3,3	3,5	3,5	3,6	3,6	3,7
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>4,0</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>	<b>3,5</b>	<b>4,4</b>	<b>4,4</b>	<b>4,4</b>	<b>4,1</b>	<b>4,4</b>
nachrichtlich:									
<b>Volkseinkommen</b>	<b>4,1</b>	<b>4,8</b>	<b>4,6</b>	<b>3,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,9</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,7</b>
Arbeitnehmerentgelte	4,4	4,5	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,4	4,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,6	5,5	4,8	1,6	5,7	5,6	5,4	4,4	5,2

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1350,7	1404,9	1457,2	650,5	700,3	675,6	729,2	701,0	756,2
Nettolöhne und -gehälter	906,9	948,8	987,5	427,7	479,2	448,0	500,8	466,0	521,6
Monetäre Sozialleistungen	564,1	580,5	597,7	282,5	281,6	289,8	290,7	299,0	298,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	120,3	124,4	128,0	59,7	60,5	62,2	62,2	64,0	64,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	603,0	624,5	653,9	321,6	281,4	332,4	292,1	346,3	307,6
Sonstige Transfers (Saldo)	-76,9	-81,1	-84,1	-38,7	-38,2	-42,0	-39,1	-43,5	-40,6
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1876,8</b>	<b>1948,3</b>	<b>2027,0</b>	<b>933,4</b>	<b>943,4</b>	<b>966,0</b>	<b>982,2</b>	<b>1003,8</b>	<b>1023,2</b>
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	49,5	50,1	50,7	24,5	25,1	24,7	25,4	25,0	25,7
Private Konsumausgaben 5)	1737,6	1799,7	1871,3	850,5	887,0	877,0	922,7	910,8	960,5
Sparen	188,8	198,6	206,4	107,3	81,5	113,7	84,9	118,0	88,4
<b>Sparquote 7)</b>	<b>9,8</b>	<b>9,9</b>	<b>9,9</b>	<b>11,2</b>	<b>8,4</b>	<b>11,5</b>	<b>8,4</b>	<b>11,5</b>	<b>8,4</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	4,0	4,0	3,7	4,2	3,8	3,9	4,1	3,8	3,7
Nettolöhne und -gehälter	4,4	4,6	4,1	4,3	4,4	4,7	4,5	4,0	4,1
Monetäre Sozialleistungen	3,5	2,9	3,0	4,3	2,8	2,6	3,2	3,2	2,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,7	3,5	2,8	5,6	3,9	4,2	2,8	2,8	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	4,5	3,6	4,7	5,0	4,0	3,3	3,8	4,2	5,3
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>4,0</b>	<b>3,8</b>	<b>4,0</b>	<b>4,2</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>3,9</b>	<b>4,2</b>
Private Konsumausgaben 5)	3,8	3,6	4,0	4,0	3,6	3,1	4,0	3,9	4,1
Sparen	5,1	5,2	3,9	5,1	5,0	6,0	4,2	3,8	4,1

## noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2017 (2)	2018 (2)	2019 (2)	2017		2018 (2)		2019 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

## 7. Einnahmen und Ausgaben des Staates

## a) Mrd. EUR

<b>Einnahmen</b>									
Steuern	766,8	797,3	833,3	385,1	381,7	400,8	396,6	418,0	415,3
Nettosozialbeiträge	547,8	570,7	596,4	265,7	282,0	276,5	294,2	288,7	307,7
Vermögenseinkünfte	16,9	17,4	16,6	8,6	8,3	9,5	7,9	9,1	7,5
Sonstige Übertragungen	21,4	21,7	22,1	10,1	11,3	10,3	11,5	10,4	11,6
Vermögensübertragungen	12,7	12,5	12,5	5,4	7,3	5,4	7,1	5,4	7,1
Verkäufe	109,4	113,0	116,8	52,2	57,2	53,7	59,3	55,7	61,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>1475,3</b>	<b>1532,8</b>	<b>1597,8</b>	<b>727,3</b>	<b>748,0</b>	<b>756,2</b>	<b>776,6</b>	<b>787,3</b>	<b>810,5</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	154,2	159,0	164,5	71,7	82,6	73,8	85,2	76,4	88,2
Arbeitnehmerentgelte	246,3	254,5	263,2	118,4	127,9	122,5	132,0	126,7	136,5
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	39,5	38,5	38,3	19,9	19,5	19,1	19,4	19,0	19,3
Subventionen	28,0	28,8	29,5	13,5	14,5	13,8	14,9	14,2	15,3
Monetäre Sozialleistungen	505,8	522,2	539,2	253,2	252,6	260,5	261,7	269,6	269,6
Soziale Sachleistungen	278,0	289,6	301,6	138,2	139,7	143,6	146,0	149,5	152,0
Sonstige Transfers	71,2	82,1	87,9	40,9	30,3	43,6	38,4	46,9	41,0
Vermögenstransfers	41,9	35,5	36,3	20,7	21,2	13,8	21,7	14,1	22,2
Bruttoanlageinvestitionen	69,7	73,4	76,5	30,1	39,5	31,7	41,7	33,0	43,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,5	-1,5	-1,5	-0,7	-0,8	-0,7	-0,8	-0,7	-0,9
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1433,2</b>	<b>1482,2</b>	<b>1535,7</b>	<b>706,1</b>	<b>727,2</b>	<b>722,0</b>	<b>760,2</b>	<b>749,0</b>	<b>786,7</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>42,1</b>	<b>50,6</b>	<b>62,1</b>	<b>21,2</b>	<b>20,8</b>	<b>34,2</b>	<b>16,4</b>	<b>38,3</b>	<b>23,8</b>

## b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

<b>Einnahmen</b>									
Steuern	4,8	4,0	4,5	5,6	3,9	4,1	3,9	4,3	4,7
Nettosozialbeiträge	4,6	4,2	4,5	4,8	4,4	4,0	4,3	4,4	4,6
Vermögenseinkünfte	-6,2	2,5	-4,4	-9,9	-2,0	9,9	-5,2	-4,1	-4,8
Sonstige Übertragungen	7,8	1,4	1,4	12,9	3,7	1,4	1,4	1,4	1,5
Vermögensübertragungen	-17,6	-2,1	0,0	-28,6	-7,0	-0,1	-3,6	0,0	0,0
Verkäufe	4,3	3,3	3,4	4,8	3,9	2,9	3,7	3,7	3,0
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>4,3</b>	<b>3,9</b>	<b>4,2</b>	<b>4,8</b>	<b>3,9</b>	<b>4,0</b>	<b>3,8</b>	<b>4,1</b>	<b>4,4</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	2,8	3,1	3,5	3,0	2,7	3,0	3,2	3,5	3,5
Arbeitnehmerentgelt	4,2	3,3	3,4	4,4	3,9	3,5	3,2	3,4	3,4
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-5,1	-2,4	-0,5	-3,8	-6,5	-4,2	-0,5	-0,5	-0,5
Subventionen	0,8	2,6	2,6	-0,6	2,1	2,6	2,6	2,6	2,6
Monetäre Sozialleistungen	4,0	3,2	3,3	4,8	3,3	2,9	3,6	3,5	3,0
Soziale Sachleistungen	3,5	4,2	4,1	3,5	3,5	3,9	4,5	4,1	4,1
Sonstige Transfers	-6,0	15,3	7,1	2,3	-15,3	6,7	26,9	7,6	6,6
Vermögenstransfers	15,0	-15,1	2,2	31,9	2,2	-33,0	2,3	2,2	2,3
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	5,3	4,2	4,1	4,3	5,1	5,5	4,3	4,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>3,2</b>	<b>3,4</b>	<b>3,6</b>	<b>4,4</b>	<b>2,1</b>	<b>2,3</b>	<b>4,5</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>
nachrichtlich:									
<b>Finanzierungssaldo in % des BIP</b>	<b>1,3</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>2,0</b>	<b>0,9</b>	<b>2,2</b>	<b>1,3</b>

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

3) Geleistete Arbeitsstunden.

4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des ifo Instituts.